

Das Parlament

Berlin, Montag 27. April 2020

www.das-parlament.de

70. Jahrgang | Nr. 18-19 | Preis 1 € | A 5544

KOPF DER WOCHE

Umstrittenes Machtwort

Angela Merkel Für ihre Warnung vor „Öffnungsdiskussionsorgien“ in der Corona-Pandemie bekam Bundeskanzlerin einige Schelte: Anmaßend sei das, weil es Kritikern des Regierungshandelns Leichtsinns unterstelle. Andernorts, etwa in den USA, wo ein Immobilienmakler und Hotelbesitzer an der Spitze des Staates steht, genießt das Krisenmanagement der deutschen Kanzlerin derzeit Ansehen. Ihre Mahnung zur Vorsicht begründete Merkel vor den Abgeordneten im Bundestag mit der nüchternen Skepsis der Naturwissenschaftlerin: Es helfe nicht, auf das „Prinzip Hoffnung“ zu vertrauen. Man dürfe sich vor dem Hintergrund ermutigender Infektionszahlen nicht zu schnell in falscher Sicherheit wiegen. „Es wäre jämmerlich, wenn uns die voreilige Hoffnung am Ende bestraft.“ *ahe*

ZAHL DER WOCHE

150.000

Infektionen mit Sars-CoV-2 sind dem Robert-Koch-Institut bis vergangenen Freitag in Deutschland gemeldet worden. Etwas mehr als 106.000 Menschen waren zu diesem Zeitpunkt bereits wieder genesen. Es sind mehr als 5.300 Todesfälle im Zusammenhang mit dem Virus zu beklagen.

ZITAT DER WOCHE

»Heute endet die große Einmütigkeit.«

Christian Lindner, FDP-Partei- und Fraktionsvorsitzender, plädiert dafür, unter verantwortbaren Gesundheitsbedingungen schnell wieder zu einer Öffnung des gesellschaftlichen Lebens zu kommen.

IN DIESER WOCHE

- KULTUR**
Corona-Hilfen Unterstützung für Kultur und Kreativwirtschaft **Seite 4**
- INNENPOLITIK**
Familie Entlastung für Eltern auf dem Weg **Seite 5**
- WIRTSCHAFT**
Lockerungen Debatte um Öffnungsstrategien in der Corona-Krise **Seite 6**
- EUROPA UND DIE WELT**
Polen Präsidentschaftswahl soll per Brief stattfinden **Seite 10**

MIT DER BEILAGE



Das Parlament
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH
60268 Frankfurt am Main



Wie lange noch?

CORONAKRISE Kanzlerin fordert Geduld und rügt Länder für »zu forsche« Öffnungspläne

Ein Vierteljahr nach dem Ausbruch der Coronainfektion in Deutschland wird fieberhaft nach Wegen aus der schweren Gesundheitskrise gesucht. Die rigiden Kontaktsperren werden zwar von den meisten Menschen akzeptiert und befolgt, sie hinterlassen aber ein Gefühl von Hilflosigkeit angesichts einer Pandemie, die in ihrer gesellschaftlichen Tragweite noch immer schwer fassbar ist. Zu den Härten der sozialen Abgrenzung kommen manifeste wirtschaftliche Schwierigkeiten, in vielen Fällen existenzielle Sorgen: Zahllose Selbstständige, Firmen und Projekte stehen vor einer ungewissen Zukunft, die Arbeitslosigkeit steigt. Im Zwei-Wochen-Rhythmus werden neue Auflagen verkündet, immer mit dem Ziel, die Ausbreitung des Virus einzudämmen und das Gesundheitssystem nicht zu überfordern. Bisher ist zumindest Letzteres gelungen. Die meisten Menschen finden sich in ihrem neuen Alltag einigermaßen zurecht: Abstand halten, Hände waschen, Masken tragen. Künftig sind einfache Gesichtsmasken zumindest im öffentlichen Nahverkehr verpflichtend, vielfach auch beim Einkaufen. In den Parks wächst die Zahl der Jogger, beim „Homeworking“ oder „Home-schooling“ der Frust über quälende Isolation. Fälle von häuslicher Gewalt nehmen zu, die Anspannung entlädt sich in Familien. Die UNO warnt vor zunehmenden interfamiliären Gewalttaten. Der Wunsch nach einer Rückkehr zur Normalität wird drängender, aber ein Blick auf die aktuellen Fallzahlen legt das nicht unbedingt nahe. In Deutschland haben sich nun offiziell mehr Menschen mit Sars-CoV-2 infiziert als in China, auch die Todesrate liegt höher als im Ursprungsland der Infektion. Auch wenn in vielen Ländern die Infektionsraten mittlerweile weniger stark steigen und viele an Covid-19 erkrankte Patienten wieder gesund sind, scheint Entwarnung unangebracht, zumal Experten mit einer zweiten Infektionswelle im Herbst rechnen.

Fragile Lage Gleichwohl haben Bund und Länder erste Lockerungen der Auflagen beschlossen, um noch größere Verwerfungen zu vermeiden. Zwar bleibt die Mobilität eingeschränkt, dafür wird der Schulbetrieb schrittweise wieder aufgenommen (siehe Seite 3). Geschäfte mit einer Verkaufsfläche unterhalb von 800 Quadratmetern dürfen öffnen, sofern sie ein Abstands- und Hygienekonzept vorweisen können. Die Quadratmeterregelung löste bei Händlern umgehend heftige Kritik aus. Von einer willkürlichen und rechtlich angreifbaren Auflage war die Rede. Kritisch zu Wort meldeten sich auch das Gastgewerbe, Kultureinrichtungen und Sportclubs, die befürchten, ganz zuletzt von Auflagen entbunden zu werden. Hotels, Restaurants und Kneipen rechnen mit einem Kahl-schlag in der Branche. Die Tourismuswirtschaft steht vor einer der größten Bewährungsproben aller Zeiten. Mögliche weitere Lockerungen stehen im Zentrum der politischen Debatte, weil sich die vom Robert-Koch-Institut (RKI) veröffentlichten Infektionsraten günstig entwickeln. Experten schauen dabei gebannt auf die sogenannte R-Zahl. Die Reproduktionszahl R gibt an, wie viele Personen von einem Infizierten im Durchschnitt angesteckt werden. Der R-Wert ist von rund drei auf unter eins abgesackt, er schwankt aber und macht damit deutlich, wie fragil die Lage ist. Experten sorgen sich, bei einer zu schnellen Lockerung könnten die Infektionszahlen wieder steigen. Die Bundesregierung besteht darauf, die Beschränkungen nur moderat zu lockern, solange es weder Medikamente noch einen Impfstoff gegen das Virus gibt. Dafür soll der Öffentliche Gesundheitsdienst (ÖGD) gestärkt werden, um Kontaktpersonen von Infizierten nachverfolgen zu können. Zudem werden Coronatests massiv ausgeweitet, unter anderem in der Pflege. Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) wandte sich vergangene Woche in einer Regierungserklärung im Bundestag erneut an



Abstand halten wird noch für längere Zeit eine wichtige Hygieneregulierung bleiben, auch wenn es manchmal außerordentlich schwer fällt.

© picture-alliance/augeclick/firo Sportphoto

die Bevölkerung und warb um Verständnis für die Einschränkungen. Sie sprach von außergewöhnlichen Zeiten und würdigte den Zusammenhalt und die Solidarität in der Gesellschaft. In dieser besonderen Lage müsse jeder Bürger sein Leben anpassen. Dies falle allen schwer, die Einschränkungen seien belastend. Sie nannte die Pandemie „eine demokratische Zumutung“ und stellte die Bürger zugleich auf eine längere Ausnahmezeit ein: „Wir leben nicht in der Endphase der Pandemie, sondern an ihrem Anfang.“

»Wir werden noch lange mit diesem Virus leben müssen.«

Angela Merkel (CDU)
Bundeskanzlerin

Forsche Länder Merkel warb dafür, die Auflagen weiter mit Bedacht zu lockern. Die Infektionszahlen bewegten sich zwar in die richtige Richtung, dies sei auch ein Zwischenerfolg, aber ein zerbrechlicher. „Wir bewegen uns auf dünnstem Eis, wir sind noch lange nicht über den Berg.“ Mit Sorge sehe sie, wenn die Öffnung von Ländern „zu forsche“ umgesetzt werde. Merkel mahnte: „Lassen Sie uns jetzt das Erreichte nicht verspielen und einen Rückschlag riskieren.“ Die Kanzlerin ging auch auf die Krisenbewältigung in Europa ein und sicherte den anderen Staaten die Solidarität Deutschlands zu. Mit Blick auf die umstrittenen Eurobonds gab sie zu bedenken, eine gemeinsame Verschuldung setze die Änderung der Verträge voraus und sei schwierig und zeitraubend. Jetzt gehe es um schnelle Hilfe in Europa (siehe Seite 10). Bei der anschließenden Aussprache zeigte sich, dass die anfängliche Krisenharmonie nicht mehr trägt. Redner der Opposition

hielten der Kanzlerin vor, mit ihren Warnungen vor einer zu schnellen Lockerung der Auflagen unangemessen autoritär vorzugehen. Den von Merkel in einer internen Parteisitzung angeblich gebrauchten Begriff der „Öffnungsdiskussionsorgien“ wies etwa AfD-Fraktionschef Alexander Gauland strikt zurück. Der Begriff zeuge von einer „Bastardmentalität“. Die Beschränkungen zu lockern ist nach seiner Ansicht auch gesundheitspolitisch geboten, denn manche Krebspatienten oder psychisch Kranke würden derzeit nur unzureichend versorgt. Die Frage sei, wann Vorkkehrungen gegen die Pandemie mehr Schaden anrichteten als die Pandemie selbst.

Zweifel FDP-Fraktionschef Christian Lindner sagte, es wüchsen die Zweifel an der Verhältnismäßigkeit und Eignung der Beschränkungen. Er verkündete: „Heute endet die große Einmütigkeit in der Frage des Krisenmanagements.“ Freiheit und Gesundheit dürften nicht gegeneinander ausgespielt werden. Viele Entscheidungen basierten nicht auf gesicherter Erkenntnis und müssten hinterfragt werden. Als Beispiel nannte er die Gesichtsmasken, die erst als unnötig bezeichnet worden seien und nun verpflichtend würden. Nach Ansicht Lindners sind die Öffnungsregeln für die Wirtschaft teilweise nicht nachvollziehbar. Zudem fehlten moderne Apps, die zur Eindämmung des Virus beitragen könnten. Eine reduzierte Umsatzsteuer für Betriebe ohne Umsatz sei unsinnig. Linksfraktionschef Dietmar Bartsch sagte, die Krisenbewältigung laufe passabel, das sei der Bevölkerung zu verdanken. Er hielt

der Union vor, die Epidemie auszunutzen zu wollen, um die geplante Grundrente zu „versenken“. Es sei schäbig, Kassierern im Supermarkt zu applaudieren und dann die Grundrente nicht zu wollen. Es seien ja genau diese Leute, die von der Rente profitieren würden. Bartsch forderte größtmögliche Offenheit. Einschnitte in Grund- und Freiheitsrechte dürften keine Gewohnheit und müssten diskutiert werden. Nötig sei ein Fahrplan, um Familien und Alleinerziehende zu entlasten. „Diese Krise darf die Gesellschaft nicht zerreißen.“

Kinder Soziale Fragen standen auch im Mittelpunkt der Rede von Grünen-Fraktionschef Anton Hofreiter. Die Lage sei epidemiologisch weiter fragil. Es müsse vorsichtig und besonnen vorgegangen werden. Die Innenstädte sollten nicht gleich wieder voll sein mit Menschen. Auch Hofreiter lenkte den Blick auf Kinder, Familien und arme Menschen. Wenn es darum gehe, das gesellschaftliche Leben wieder zu öffnen, müssten soziale und wirtschaftliche Aspekte auf Augenhöhe behandelt werden. SPD-Fraktionschef Rolf Mützenich wertete die schrittweise Lockerung der Auflagen als verantwortbar und angemessen. Beachtlich sei die Solidarität der Bürger, die sich mit demokratischen Zumutungen auseinandersetzen müssten. Es gebe berechnete Fragen nach der Einschränkung der Rechtsgüter. Umso wichtiger sei die Diskussion im Parlament. Auch Mützenich stellte die Bevölkerung auf eine längere Krise ein. „Die Pandemie wird uns noch einige Zeit im Griff haben.“ Der Vorsitzende der Unionsfraktion, Ralph Brinkhaus (CDU), lobte, die Bürger hätten mit Disziplin, Geduld und Arbeit viel erreicht. „Wir müssen jetzt aufpassen, dass wir das, was wir aufgebaut haben, nicht wieder einreißen.“ Brinkhaus mahnte, das Recht auf individuelle Freiheit beinhalte nicht das Recht, die Freiheit anderer Menschen einzuschränken durch das eigene Verhalten. Was die diversen Unterstützungsprogramme betraf, wandte er sich gegen immer neue Vorschläge und betonte, die Hilfen kosteten sehr viel Geld. „Wir müssen aufpassen, dass wir nicht Maß und Mitte verlieren.“ Die Warnung betraf nicht nur Deutschland, denn auch woanders werden im Kampf gegen die Epidemie unfassbare Geldbeträge eingesetzt. Wohin das führt, ist ungewiss. *Claus Peter Kosfeld*

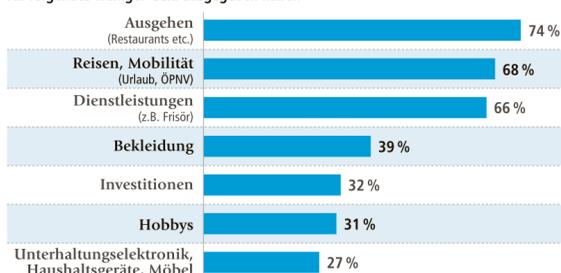
EDITORIAL Frust am Küchentisch

VON JÖRG BIALLAS

Mehr und mehr erfasst der Corona-Frust die Nation. Der anfängliche Reiz des selbstbestimmten Arbeitens am heimischen Küchentisch weicht der Sehnsucht nach einer Konferenz mit leibhaftigen Kollegen im Büro. Die unerwartete Erfahrung eines entschleunigten Daseins in nahezu allen Lebensbereichen konkurriert zunehmend mit der Erkenntnis, dass produktive Hektik auch ganz reizvoll sein kann. Und die Hoffnung, diese Pandemie könne wie ein Alpträumen am nächsten Morgen folgenlos verfliegen sein, zerrinnt mit jedem Tag, der weltweit wieder Tausende Virustote zählt. In einer solchen Situation läuft die Politik Gefahr, den Menschen im Land in ihrem Wunsch nach einer Rückkehr zur Normalität weiter entgegenzukommen, als es vernünftig ist. Im Detail kann über eine Lockerung der Regeln für einen Schutz gegen Corona trefflich diskutiert werden. Was bringt eine Pflicht, im öffentlichen Raum Atemmasken zu tragen? Wie gefährlich ist es, jetzt Kindergärten und Schulen zu öffnen? Was unterscheidet kleinere Ladenlokale bei der Infektionsgefahr von solchen mit mehr als 800 Quadratmetern? Nicht immer sind die Beiträge aus der Politik bei der Orientierung in diesen Fragen hilfreich. Auch wenn es schwer vorstellbar ist: Die Coronawelle ist noch immer im Anfangsstadium. Entspannung, gar ein Ende der Infektionsgefahr sind nicht in Sicht. Und selbst wenn das in Europa eines Tages so ist, werden die Menschen noch lange unter dieser Geißel leiden, in Afrika, in Asien, in Südamerika. Das fordert die westliche Welt abermals, zuvorderst in humanitärer, aber auch in wirtschaftlicher Hinsicht. Überhaupt wäre es trotz der großen Probleme vor der eigenen Haustür hilfreich, die globalen Krisen nicht ganz aus dem Blick zu verlieren. Auch in Corona-Zeiten schreitet die Erderwärmung voran, werden Kriege geführt, flüchten verzweifelte Menschen vor Not und Elend in ihrer Heimat. Deshalb ist es wichtig, dass die parlamentarische Demokratie hierzulande handlungsfähig bleibt. Wie für alle anderen Menschen, die ihre beruflichen Pflichten ernst nehmen, ist es derzeit auch für Abgeordnete mühsam und nicht ohne persönliches Risiko, den Plenarbetrieb aufrechtzuerhalten. Wenn dann als nahezu einzige Reaktion der Öffentlichkeit ein – im Übrigen weitgehend unumstrittener – Verzicht auf eine Erhöhung der Bundestagsdiäten gefordert wird, ist das ein bisschen dürftig.

Woran die Deutschen jetzt sparen

Anteil der Befragten, die seit Ausbruch der Corona-Pandemie für folgendes weniger Geld ausgegeben haben



Basis: 708 Befragte ab 18 Jahren in Deutschland; Befragung vom 13.04. bis 19.04.20
Quelle: Statista COVID-19 Barometer 2020 | Grafikquelle: Statista (edittiert)

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



GASTKOMMENTARE

CORONA-REGELN LOCKERN?

Mehr Vertrauen

PRO



Niklas Zábóji, »Frankfurter Allgemeine Zeitung«

Die Wirtschaft braucht klare Regeln – nicht nur in guten Zeiten, um Exzesse zu verhindern. Auch in der Krise muss der Gesetzgeber verständlich und nachvollziehbar sagen, was erlaubt ist und was nicht. Doch das tut er seit der Verhängung von Kontaktbeschränkungen hierzulande leider nur bedingt. Drogerieketten dürfen offen bleiben, der Schreibwarenladen nebenan aber musste schließen. Auch die jüngsten Lockerungen sind widersprüchlich. Kaufhäuser mit weniger als 800 Quadratmetern sind wieder begehbar, während die mit mehr Fläche dicht bleiben. Besonders schlimm trifft es nach wie vor die Gastronomie. Restaurants mit großer Terrasse werden genauso behandelt wie Eckkneipen. Dabei rücken sich die Menschen im Supermarkt im Zweifel mehr auf die Pelle als draußen im Lokal, wo Abstände zwischen den Tischen möglich sind. Fest steht: Die Mitte März ergriffenen Eindämmungsmaßnahmen zeigen große Wirkung. Deutschland steht mit seinem hervorragenden Gesundheitssystem deutlich besser da als andere Industrieländer – und könnte dank Kurzarbeitergeld und beherrzter Hilfsprogramme auch schneller wieder wachsen. Fest steht aber auch: Jeder zusätzliche Tag kostet, gefährdet Existenzen und frustriert. Gewerbetreibende erleben eine Ungleichbehandlung, die nicht sein müsste. So zu tun, als gingen vom Aufenthalt in Biergarten und Konzerthalle dieselbe Ansteckungsgefahr aus, erschließt sich nicht. Ebenso wenig das rigorose Verbot für Sportstätten aller Art. Sieht man von Großstädten ab, sollte der Zwangs-Stillstand deshalb dort enden, wo das Tragen von Schutzmasken und Abstandsregeln befolgt wird. So viel Eigenverantwortung muss man dem mündigen Bürger zutrauen.

Zu dünnes Eis

CONTRA



Peter Thelen, freier Journalist

Angela Merkel hat ihre Regierungserklärung am Donnerstag genutzt, um erneut vor zu schnellen Lockerungen des Shut-Downs zu warnen. »Wir bewegen uns nach wie vor auf ganz dünnem Eis«, sagte die Kanzlerin. Die Kritik an »Öffnungsdiskussionsorgien« hat sie nicht wiederholt. Aus gutem Grund. Diese Debatte muss weiter gehen. Die Abwägung zwischen Gesundheitsschutz und sozialen und wirtschaftlichen Kollateralschäden stellt sich immer neu. Doch ist das Eis in der Tat noch zu dünn, um den Schutz vor Corona vom Staat in die Hände des einzelnen Bürgers zu legen. Der Seuchenschutz ist Staatsaufgabe, solange bis die Epidemie unter Kontrolle ist. Es ist erlaubt, wie FDP-Chef Christian Lindner zu klagen, dass Deutschland schlecht vorbereitet war und trotz entsprechender Pandemiepläne zu wenig Schutz-ausrüstung gelagert hatte, dass wir noch immer keine funktionierende und konsensfähige Tracing-App haben. Shut-Down und Social Distancing deshalb als Methoden des Mittelalters zu diffamieren, ist jedoch gefährliche parteipolitische Rhetorik, weil vorgaukelt wird, es gebe »freierliche« Wege. Die stehen erst offen, wenn die Epidemie mit Tests und Verfolgung von Infektionswegen beherrschbar geworden ist. Der Braunschweiger Immunologe Michael Meyer Hermann sieht den Termin gekommen, wenn die Reproduktionsrate auf 0,2 oder 0,3 gesunken ist. Noch ist aber ungewiss, ob die beschlossenen Lockerungen nicht bereits zum Wiederanstieg der Rate auf über eins führen werden. Deutschland kann sich seine Vorsicht leisten – inklusive Entschädigung der Wirtschaft und Wiederankurbelungsprogramm nach der Krise. Grund genug, Zuversicht statt Panik zu verbreiten.

Mehr zum Thema der Woche auf den Seiten 1 bis 7. Kontakt: gastautor.das-parlament@bundestag.de

Herr Vogel, oft wird in der aktuellen Krise darauf verwiesen, dass das Instrument der Kurzarbeit Deutschland in der Finanzkrise 2008 so glimpflich davongekommen ließ. Ist das Kurzarbeitergeld tatsächlich so ein Segen?

Ja. Das Kurzarbeitergeld ist ein bewährtes Erfolgsmodell zur Sicherung von Arbeitsplätzen. Wir halten solche Staatsintervention in Krisen für absolut sinnvoll und notwendig und haben deshalb auch dem Sozialschutzpaket im März aus voller Überzeugung zugestimmt, ohne die Opposition wäre das Schnellverfahren auch gar nicht möglich gewesen.

Ein entscheidender Unterschied zu 2008 ist, dass sich Kurzarbeit durch alle Branchen zieht, auch durch den Dienstleistungssektor mit verbreitet geringen Löhnen. Muss man dieses Instrument deshalb nicht stärker ausdifferenzieren?

Das ist in der Tat ein Unterschied, auf den man eingehen muss. Es sollte dann aber um zielgenaue Hilfen gehen, die übrigens auch aus anderen Finanzquellen, aus Steuermitteln zum Beispiel, kommen könnten. Wir müssen genau schauen, wo kommen volle oder viel Kurzarbeit und niedrige Löhne zusammen und in welchen Branchen sehen wir zudem, dass das auch noch einige Zeit so weitergeht.

Was sagen Sie zu dem Beschluss der Koalition, das Kurzarbeitergeld pauschal zu erhöhen?

Ich fände es unseriös, über eine pauschale Erhöhung des Kurzarbeitergeldes zu diskutieren, bevor genaue Daten darüber vorliegen, in welchen Branchen Kurzarbeit in welchem Umfang genutzt wird. Bis zur Beratung der Koalitionsbeschlüsse im Bundestag werden wir diese aber voraussichtlich haben. Bei einer pauschalen Erhöhung des Kurzarbeitergeldes bestünde die Gefahr, dass auch Kosten übernommen werden, die die Arbeitgeber heute schon freiwillig erbringen, indem sie per Tarifvertrag das Kurzarbeitergeld aus Eigenmitteln aufstocken. Übernimmt der Staat diese Kosten pauschal, wird kein Arbeitgeber in Zukunft mehr freiwillig das Kurzarbeitergeld aufstocken und die Rücklagen der Bundesagentur für Arbeit würden schmelzen wie Schnee in der Sonne. Das darf auf keinen Fall passieren.

Etwas mehr als die Hälfte der Beschäftigten in Kurzarbeit arbeitet aber in Betrieben, die das Kurzarbeitergeld nicht aufstocken.

Wir brauchen auf jeden Fall zielgenaue Hilfen. Die Beschlüsse der Koalition sehen jetzt, anders als zuerst diskutiert, auch eine Differenzierung vor: Nur bei Beschäftigten mit umfassender Kurzarbeit, bei längerer Kurzarbeit, es gibt eine zeitliche Staffelung und Befristung. Das werden wir uns nun im Detail anschauen, wie es finanziert und umgesetzt werden soll.

Um Menschen mit geringem Einkommen zu entlasten, fordern die Grünen in einem aktuellen Antrag einen Corona-Aufschlag für das Arbeitslosengeld II.

Die generelle Kritik der Grünen an den Regelsätzen überzeugt mich nicht. Aber es gibt auch heute schon in der Grundsicherung eine Mehrbedarfsregelung, die ohne Veränderung der Regelsätze funktioniert und die ohne Gesetzesänderungen auf Problemlagen in der jetzigen Situation angewendet werden könnten.

Wie zum Beispiel durch höhere Kosten für Familien, deren Kindern normalerweise in der Schule ein Mittagessen bekommen?

Man muss wirklich schauen: Was verändert sich durch Corona. Aber das wäre zum Beispiel ein solcher Fall, wo es nachvollziehbar wäre, die Regelung anzuwenden.

» Helfen nach Bedarf «

JOHANNES VOGEL Der Arbeitsmarktexperte der FDP fordert zielgenaue Hilfen bei der Kurzarbeit statt pauschale Lösungen



© johannes-vogel.de

In Spanien sind die wirtschaftlichen Verwerfungen durch Corona so groß, dass ab Mai ein Grundeinkommen eingeführt wird. Was müsste in Deutschland passieren, damit die FDP einen solchen Vorstoß unterstützt?

Wer genauer hinschaut, sieht, dass das eigentlich sehr dem deutschen Grundsicherungssystem entspricht. Ein bedingungsloses Grundeinkommen überzeugt mich dagegen nicht. Aber wir sind generell der Meinung, dass wir in Deutschland einen großen Reformbedarf bei der Grundsicherung haben. Sie muss unbürokratischer, würdevoller und, mit besseren Hinzuverdienstgrenzen, auch aufstiegsorientierter werden. Unser »liberales Bürgergeld« wäre so ein Modell.

Kurzarbeit nutzt bekanntermaßen nicht den Selbständigen. Reicht das im März verabschiedete Sozialschutzpaket Ihrer Ansicht nach aus?

Die Freelancer werden in den sozialpolitischen Debatten zu oft vergessen. Das Sozialschutzpaket ist grundsätzlich eine richti-

ge Sache. Aber es gibt dabei ein großes Problem: Denn die Soforthilfen dürfen nur für die Betriebskosten verwendet werden, nicht aber für den Lebensunterhalt. Das verkennt ganz entscheidend das Wesen vieler Selbständigen und Freelancer, die in der digitalen Arbeitswelt oft gar nicht die klassischen Betriebskosten wie Ladenmieten haben, sondern deren Geschäft sie selbst sind, ihr Kopf, ihre Tätigkeit sozusagen.

Neben der Kurzarbeit ist das Homeoffice derzeit das Gebot der Stunde. Ist es jetzt Zeit für ein Recht auf Homeoffice?

Wir brauchen einen modernen Rechtsrahmen für mobiles Arbeiten für mehr Wahlfreiheit und Selbstbestimmung. Ich glaube, wir werden auch nach der Krise nicht mehr in den Status quo ante zurückkommen. Wir brauchen erstens ein flexibles Arbeitszeitgesetz mit einer freieren Einteilung der Zeit unter der Woche. Zweitens sollten Arbeitgeber sich nicht mehr weigern dürfen, die Frage mit den Beschäftigten zu diskutieren. Aber natürlich gibt es Berufe, wo man nicht im Homeoffice arbeiten kann. Drittens sollte die Arbeitsstättenverordnung so verändert werden, dass Beschäftigte ihren Arbeitsplatz zu Hause selbst einrichten und verantworten können.

Die Summen der Hilfspakete, die die Regierung auf den Weg gebracht hat, sind gigantisch. Auch deshalb werden Forderungen wieder lauter, die Einführung der Grundrente zu verschieben. Was halten Sie davon?

Ich erwarte von der Bundesregierung, dass sie mit Blick auf die völlig unabsehbare weitere Finanzplanung durch Corona ein solches Projekt nur durchbringt, wenn sie ein gültiges Finanzierungskonzept hat. Das Problem bei der Grundrente war aber schon im vergangenen Jahr, dass das in den Sternen steht. Natürlich müssen wir gezielt etwas gegen Altersarmut tun. Uns hat nur von Anfang an das Modell der Grundrente nicht überzeugt.

Warum ist das liberale Modell der »Basisrente« so viel besser?

Auch wir schicken die Leute nicht aufs Sozialamt, sondern wollen die Basisrente über die Rentenversicherung auszahlen lassen. Aber unser Modell stellt sicher, dass alle, die gearbeitet haben, im Alter mehr Geld zur Verfügung haben als in der Grundsicherung. Denn wir orientieren uns nicht an einer strikten Grenze von beispielsweise 33 Jahren, sondern wollen ein gleitendes Modell: Je mehr Ansprüche jemand in der Rentenversicherung erworben hat, desto mehr soll er auch im Alter haben. Das ist fair, zielgenau und finanzierbar.

In Zeiten wie diesen hat es die Opposition tendenziell schwer, sich Gehör zu verschaffen. Ist das problematisch?

Aufgabe der Opposition ist es auch jetzt, einerseits die Regierung zu kontrollieren. Also immer wieder zu hinterfragen, ob zum Beispiel Einschränkungen der Grundrechte wirklich gerechtfertigt sind. Zum Beispiel wurde kürzlich auf Initiative der FDP die Nutzung der Handysdaten aus der Novelle des Infektionsschutzgesetzes wieder entfernt. Zu unserer Verantwortung gehört aber auch, nicht aus Prinzip wichtige Vorhaben zu blockieren.

Das Gespräch führte Claudia Heine. ||

Johannes Vogel ist arbeitsmarkt- und sozialpolitischer Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion.



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

PARLAMENTARISCHES PROFIL

Die Telefon-Verhandlerin: Kerstin Tack

Kerstin Tack hatte ein Problem. Sie musste überzeugen, sah aber kaum die zu Überzeugenden. Es ging um eine Erhöhung des Kurzarbeitergeldes: Die SPD trat dafür ein, die Koalitionspartner von der Union zeigten Skepsis – und Tack, 51, Sprecherin der Fraktion für Arbeit und Soziales, mittendrin. »Wir sind positiv optimistisch, dass wir zu einer Aufstockung kommen«, hatte sie Anfang April gesagt; 750.000 Unternehmen haben bisher Kurzarbeitergeld beantragt. Doch CDU und CSU äußerten Bedenken wegen der Belastungen für den Bundeshaushalt; die Arbeitgeberverbände sprechen von Leistungsausweitungen mit der »Gießkanne«. In der vergangenen Woche versuchte Tack also Parlamentskollegen umzustimmen, ohne sie oft zu sehen, in dieser Corona-Zeit, welche bedeutet: Das Meiste wird übers Telefon verhandelt. »Mimik und Gestik sind ja hilfreich«, sagt sie – am Telefon. »Nur zu telefonieren ist deutlich anstrengender, weil man sich halt nicht in die Augen schauen kann.« Und so hoffte sie in ihrer Mission, dass man sich im Reichstag über den Weg läuft, am Rande des Plenums etwa. Die eine oder andere Verabredung war auch organisiert. »Eine Erhöhung wäre richtig und zwingend, denn möglichst viele Geringverdienere mit Kurzarbeitergeld sollten nicht auf die Grundsicherung angewiesen sein.« Wegen Corona wechseln sich ihre Mitarbeiter stundenweise mit ihrer Präsenz ab, jeweils eine Kraft aus dem Abgeordnetenstab und aus der AG Arbeit und Soziales ist mit an Bord, »natürlich im anderen Zimmer«.

Und schließlich findet die Koalition aus Union und SPD eine Einigung – in der Nacht vom vergangenen Mittwoch auf den Donnerstag. Arbeitnehmer in Kurzarbeit dürfen vom 1. Mai bis zum Jahresende mehr dazuverdienen. Zudem wird das Kurzarbeitergeld befristet angehoben: Gestaffelt nach der Bezugsdauer soll es auf bis zu 80 Prozent und für Eltern auf bis zu 87 Prozent vom Verdienstaufschlag erhöht werden. Demnach werden ab dem vierten Monat des Kurzarbeitergeldbezugs 70 oder 77 Prozent, ab dem



»Ich habe nicht den Eindruck, dass die Unternehmen nicht sorgsam mit diesem Instrument umgehen.«

siebten Monat 80 oder 87 Prozent des Lohnausfalls gezahlt. Fürchtet sie nicht, dass durch solch eine Aufstockung das Kurzarbeitergeld für Unternehmen attraktiv wird, obwohl sie es nicht bräuchten? »Ich habe nicht den Eindruck, dass die Unternehmen nicht sorgsam mit diesem Instrument umgehen«, antwortet Tack. Und rät zu einem Blick gen USA: »Die haben auf einmal 22 Millionen Arbeitslose, das wird bei uns nicht geschehen.«

Mit den Erfahrungen von Arbeitnehmern kennt sie sich aus. Tack absolvierte eine Ausbildung zur Rechtsanwalts- und Notar-gelhilfin in Wittingen, einem 140-Einwohnerdorf im »Zonenrandgebiet« des niedersächsischen Landkreises Gifhorn. Danach realisierte sie eine zweite Ausbildung, und zwar als Erzieherin – dann das Fachabitur und das Studium der Sozialpädagogik. Mit dem Umzug in die Universitätsstadt Hannover, sie war 20, begann auch ihr politisches Engagement. »In meiner Heimat gab es keine politischen Jugendgruppen, und ich kannte Leute aus Wittingen, die wie ich in die Landeshauptstadt gezogen waren und sich engagierten – da machte ich dann mit.« Es waren die Falken, bei denen sie sich engagierte. Vier Jahre später wurde sie Bezirksvorsitzende, dann SPD-Mitglied. Wiederum 20 Jahre später, sie saß im Rat der Stadt Hannover, musste der Wahlkreis Hannover Stadt 1 neu besetzt werden. »Es waren mehr Überlegungen von anderen als von mir selbst«, erinnert sie sich. Die Folge: 2009, 2013 und 2017 wurde sie jeweils direkt gewählt. Ein Berufsleben außerhalb der Politik könne sie sich gut vorstellen. »Es ist nicht mein Ziel, bis zur Rente Abgeordnete zu sein.« Aber bis dahin ist es noch Zeit. Nun steht erstmal Krisenmanagement auf der Agenda. »Die Bundesregierung agiert gerade vernünftig und nachvollziehbar«, sagt Tack. »Ich habe in meinem Wahlkreis keinen einzigen Menschen getroffen, der den Fokus auf den Gesundheitsschutz nicht als richtig erachtet.« Das nächste Telefongespräch wartet. Jan Rübel ||

DasParlament

Herausgeber Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Fotos
Stephan Roters

Abonnement
Jahresabonnement 25,80 €; für Schüler, Studenten und Auszubildende (Nachweis erforderlich) 13,80 € (im Ausland zuzüglich Versandkosten)
Alle Preise inkl. 7% MwSt.
Kündigung jeweils drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraums.
Ein kostenloses Probeabonnement für vier Ausgaben kann bei unserer Vertriebsabteilung angefordert werden.

Redaktionsschluss
24. April 2020

Druck und Layout
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH & Co. KG
Kurhessenstraße 4–6
64546 Mörfelden-Walldorf

Leserservice/Abonnement
FAZIT Communication GmbH
c/o InTime Media Services GmbH
Postfach 1363
82034 Dessenhofen
Telefon (089) 8 58 53-8 32
Telefax (089) 8 58 53-6 28 32
E-Mail: fazit-com@intime-media-services.de

Anschrift der Redaktion
(außer Beilage)
Aus Politik und Zeitgeschichte
ISSN 0479-611 x
(verantwortlich: Bundeszentrale für politische Bildung)

Chefredakteur
Jörg Biallas (jb)

Stellvertretender Chefredakteur
Alexander Heinrich (ah)

Verantwortliche Redakteure
Claudia Heine (che)
Claus Peter Kosfeld (pk)
Hans-Jürgen Leersch (hle)
Johanna Metz (joh)
Kristina Pezzeri (pez)
Sören Christian Reimer (scr) Cvd
Helmut Stoltenberg (sto)
Alexander Weinlein (aw)

Anzeigenverkauf,
Anzeigenverwaltung,
Disposition
FAZIT Communication GmbH
c/o InTime Media Services GmbH
Postfach 1363
82034 Dessenhofen
Telefon (089) 8 58 53-8 36
Telefax (089) 8 58 53-6 28 36
E-Mail: fazit-com-anzeigen@intime-media-services.de

»Das Parlament«
ist Mitglied der
Informationsgesellschaft
zur Feststellung
der Verbreitung von
Werbeträgen e. V. (IVW)

Für die Herstellung der Wochenzeitschrift
»Das Parlament« wird ausschließlich
Recycling-Papier verwendet.



Das Schuljahr 2020 wird den meisten Schülern und Lehrern sicher gut in Erinnerung bleiben durch die erzwungene Pause. Die Abiturprüfungen finden aber auch in diesem Jahr statt wie hier an einer Schule in Kiel.

© picture-alliance/dpa

An der Belastungsgrenze

SCHULEN Die unfreiwillige Auszeit für Schüler, Kitakinder und Lehrer bringt Stress und Unsicherheit

Sandra Gockel ist gerne Lehrerin. Die Schulleiterin eines Dresdner Gymnasiums liebt es, Kinder zu unterrichten – bis auf die eigenen. In der Coronakrise wird genau das von ihr erwartet. Sie hat vier Kinder, die zu Hause in den Jahrgangsstufen zwei bis sechs unterrichtet werden sollen. Obwohl sie Profi ist, fühlt sie sich von der Situation extrem herausgefordert. „Ich möchte das einfach nicht. Die Situation zu Hause ist eine ganz andere als die in der Schule. Ich muss mich in Stoff hinein-denken, der mir nicht vertraut ist und bin mit den ganz anderen Lehrmethoden meiner Kollegen konfrontiert.“ Dazu kommt der organisatorische Wahnsinn. Schulstoff für vier Kinder in unterschiedlichen Klassen organisieren, Struktur in den Tag bringen, den unwilligen Nachwuchs zum Arbeiten animieren und Frustration aushalten, weil die Kinder mit der Stofffülle überfordert sind und ihre Freunde vermissen. Druckerkartuschen hat sie gekauft und vier Tablets, damit jedes Kind die ausschließlich per Schulcloud bereitgestellten Aufgaben bearbeiten kann. Jetzt ist alles noch eine Motivationsfrage: „Mediale Schulaufgaben waren bislang für die Kinder immer ein Anreiz, sich besonders zu engagieren. Jetzt ist kaum noch Luft nach oben und der Elan, sich in den Schulstoff zu vertiefen, geht verloren.“ Gockel gesteht: „Ehrlich gesagt bin ich froh, dass ich in dieser Zeit als Schulleiterin täglich in die Schule muss.“

werden.“ Gockel überlegt mit ihrem Kollegium, wie ihre Schule konkret den Betrieb wieder aufnehmen kann. Denkbar sei allenfalls verkürzter Unterricht in den Kernfächern, vielleicht im Schichtbetrieb. Kollegen mit eigenen Kindern könnten morgens unterrichten, die anderen nachmittags.

Risikogruppen Dabei gibt es eines zu bedenken: „Wir haben unter unseren Lehrern einige, die zu den Risikogruppen gehören. Die kann ich nicht einsetzen.“ Gockel erwägt Rotationsmodelle, wobei sich kleinere Schülergruppen an einzelnen Tagen treffen. In ihrem letzten Elternbrief hat sie geschrieben, sie hoffe, dass Schüler, Eltern und Lehrer so bald wie möglich einen Schulalltag in der altbewährten Routine erleben dürften. Dieser Wunsch ist verbreitet. In Deutschland leben rund 11,4 Millionen Familien mit Kindern und etwa 2,6 Millionen Alleinerziehende. Seit März haben Schulen und Kindertagesstätten geschlossen. Etwa elf Millionen Schüler sitzen seither zu Hause vor Laptops und Arbeitsblättern und werden von den rund 770.000 Lehrern im Land mit Unterrichtsstoff versorgt. Die Familien sollen helfen und sind doch allzu oft vollkommen überfordert damit. Während Geschäfte wieder öffnen und ab An-

fang Mai wieder mehr soziales Leben möglich ist, wird sich das im Schulbetrieb auf absehbare Zeit entweder gar nicht oder nur langsam ändern. Bund und Länder haben vereinbart, dass die Regelschule ab dem 4. Mai wieder langsam anlaufen kann. Allerdings verfolgen die Bundesländer ganz unterschiedliche Zeitpläne. In einigen Ländern haben Schulen schon am 20. April die Pforten für jene Schüler geöffnet, die Prüfungen ablegen müssen, etwa in Berlin, Sachsen und Nordrhein-Westfalen. In Bayern gibt es ab 27. April wieder Unterricht in Abschlussklassen, in Mecklenburg-Vorpommern können ab 27. April die Klassenstufen 10, 11 und 12 zurückkehren, Rheinland-Pfalz will ab 4. Mai für etwa 30 Prozent der Jungen und Mädchen Unterricht anbieten.

Die Corona-Pandemie hat das Bildungssystem unvorbereitet getroffen.

Kitas geschlossen Wann es in den Kindertagesstätten weitergeht, bleibt unklar. Bundesfamilienministerin Franziska Giffey (SPD) berät derzeit in einer Bund-Länder-Arbeitsgruppe Leitlinien für eine schrittweise Öffnung. Solange die sozialen Kontakte stark eingeschränkt sind, bleibt den Eltern nur eines: die Betreuung selber sicherstellen und auf bessere Zeiten hoffen. Eine Frau, die dringend auf Konzepte für die Kleinsten wartet, ist Anne Lu-

kas. Die angestellte PR-Beraterin aus Dresden hat zwei Töchter, sieben und dreieinhalb Jahre alt, und hängt nach eigener Aussage derzeit „komplett in der Luft“. Zum einen muss sie Kunden betreuen, die für die Agentur bei wegfallenden Aufträgen wichtiger sind denn je. Zum anderen fehlt ein Teil des Familieneinkommens, denn ihr Mann ist Gastronom, seine Cocktailsbar ist seit Wochen geschlossen. Viele Kosten laufen weiter, Geld kommt nicht herein. Die Familie hat sich aufgeteilt: Die Frau arbeitet morgens in der Agentur, während ihr Mann sich um die Kinder kümmert. Nachmittags wird getauscht. „Die Große vermisst ihre Freunde und die Kleine ist einfach nicht ausgelastet.“ In Summe bedeutet das alles riesigen Stress.

Riesiger Stress Die Kombination funktioniert bestenfalls mittelmäßig. „Im Grunde wird jede Telefonkonferenz von einem schreienden Kind gerastet. Und wenn es still ist, kann man hinterher die Schäden besichtigen – verschmierte Wände oder eingesaute Teppiche.“ Es sei schwierig, den Kindern gerecht zu werden. „Die Große vermisst ihre Freunde und die Kleine ist einfach nicht ausgelastet.“ In Summe bedeutet das alles riesigen Stress. Inzwischen hat sich zur Unsicherheit, wie es mit Kitas und Schulen weitergehen wird, auch Unmut gesellt. „Wenn ich in der Zeitung lese, dass man jetzt an Konzepten für das digitale Lernen arbeitet, dann frage ich mich, was habt ihr in den letzten fünf Wochen eigentlich gemacht?“ Es gebe keinen vernünftigen Plan für das Lernen Zuhause, sagt Lukas. Sie höre, dass die Schüler bestenfalls mit Arbeitsblättern und Aufgaben aus Lehrbüchern versorgt würden. „Bei uns in der Arbeit gibt es jeden Tag Videokonferenzen. Warum geht sowas in der Schule nicht?“

Die Überlegungen der Kultusminister beobachtet Lukas mit einem bangen Gefühl. „Es nützt mir nichts, wenn mein Kind künftig drei Mal die Woche für drei Stunden Unterricht hat. Ich brauche für beide Kinder eine Ganztagsbetreuung, ich habe nämlich eine Vollzeitstelle.“ Womöglich wäre es besser, sich auf den Schutz von Risikogruppen zu konzentrieren. „Stattdessen werden wir Familien weggesperrt“, moniert die Mutter und fügt hinzu: „Für die Kleinsten soll es zuallerletzt wieder Normalität geben, das macht die doch psychisch kaputt.“

Bildungsschere Für bessere Lösungen im Sinne der Familien ist auch Lukas' Chefin, Ulrike Lerchl, Geschäftsführerin der Agentur, hat viele Eltern in ihrem Team und lässt ihren Leuten die Wahl zwischen Büro und Homeoffice. „Wir gewähren unseren Müttern und Vätern alle Freiheit, sich der Betreuung ihrer Kinder zu widmen“, sagt sie. Der Respekt vor der Doppelbelastung der Eltern ist groß. Doch sie hat auch die wirtschaftliche Situation ihrer Firma im Blick – die Arbeit müsse gemacht werden, weil es sonst schnell keine Jobs mehr gebe. An die Politik hat sie „die klare Forderung, dass die Kitas und Schulen so schnell wie

möglich, also ab sofort, geöffnet werden“. Man müsse den Eltern die Möglichkeit geben, wieder ihrem Job nachzugehen und „den Kindern ihre Freunde und ein Stück Normalität, Schulalltag und Bildung zurückgeben“. Auch dürfe die Schere zwischen bildungsnahen und bildungsfernen Familien nicht noch größer werden. „Es ist unverantwortlich und vor allem irreparabel, was da gerade an sozialer Vernachlässigung passiert. Das wird die Gesellschaft nachhaltig schädigen“, glaubt Lerchl.

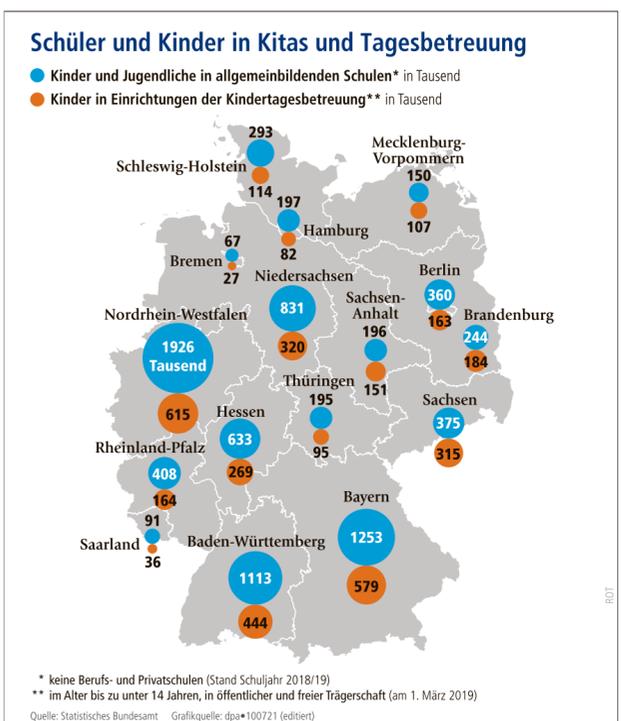
Weggesperrt Gesellschaftlichen Schaden erkennt auch die Journalistin Barbara Vorsamer. Seit Jahren beschäftigt sie sich mit familienpolitischen Themen, mahnt schon lange an, dass die Arbeit, die in Familien geleistet wird, in der Politik stärker wahrgenommen wird. Das passiere aber nicht, „weil jede und jeder, der in Deutschland in Politik oder Wirtschaft einen Chefposten bekleidet, wöchentlich 50 bis 60 Stunden im Job verbringt und eine Ehefrau oder Personal hat, um diese Care-Arbeit zu delegieren“. Nach ihrer Beobachtung geraten verschiedene Bevölkerungsgruppen gerade in eine Frontstellung: Familien, von denen erwartet werde, die Kinder wegzusperren, und ältere Risikogruppen, die es besonders zu schützen gelte. „Der Unterschied ist, der 80-Jährige, der in den Baumarkt möchte, kann wählen, der Achtjährige, der gern auf dem Spielplatz toben würde, nicht. Und die Politik nimmt mehr Rücksicht auf die Menschen, die wählen gehen.“ Sie fordert Anzeige

ein Corona-Elterngeld für Familien, die Kinderbetreuung und Job nicht parallel leisten können. Eine Idee, die auch andere gut finden. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung verfolgt ähnliche Überlegungen. Erwerbstätige Eltern sollten nicht nur von ihren Arbeitgebern, sondern auch von staatlicher Seite unterstützt werden. Denkbar wären ein Rechtsanspruch auf reduzierte Arbeitszeit mit Kündigungsschutz und Einkommensersatzleistung. Vorsamer meint, die Bildungspolitik habe wichtige Innovationen verpasst. Zehn Jahre lang hätten die Kultusminister die Digitalisierung verschlafen, das räche sich nun beim Homeschooling – dem Unterricht daheim. Tatsächlich geben in einer Umfrage mehr als die Hälfte der Lehrkräfte an, sie fühlten sich bei der Umsetzung des Homeschooling schlecht vorbereitet, 53 Prozent der Eltern erklärten, sie müssten sich selbst um digitale Medien für das Lernen kümmern. 45 Prozent fühlen sich von Schulen und Lehrern unzureichend unterstützt. Schulleiterin Gockel sieht in der Krise eine Chance für Veränderung: „Ich sage immer: Wann, wenn nicht jetzt?“ **Susanne Kailitz**

Die Autorin ist Journalistin in Dresden.



Flure markiert Die Rektorin hat ihre Schule Corona-fest gemacht, so gut es geht. Weil ihr Gymnasium erst vor wenigen Jahren eröffnet wurde, hat sie noch keine elfte und zwölfte Klasse, dank einer Kooperation mit der Dresdner Laborschule nehmen sie und ihre Kollegen die Abiturprüfungen von deren Schülern ab. „Wir haben damit im letzten Jahr angefangen und das als Praxistest für unseren eigenen ersten Abiturjahrgang im Frühjahr 2022 gesehen.“ Eigentlich ging es dabei primär um Inhalte und Abläufe, jetzt steht die Hygiene im Mittelpunkt. Gockel hat Markierungen auf die Flure geklebt, die Tische und Stühle in den Klassenzimmern stehen in großem Abstand. In Sachsen sind die Schulleitungen dafür verantwortlich, die Hygieneregeln einzuhalten, der Freistaat hat für alle Abiturierenden Desinfektionsmittel und Gesichtsmasken zur Verfügung gestellt. Sie sei froh über so viel Eigenständigkeit, sagt die Leiterin, aber sie höre von vielen Kollegen, dass sie überfordert seien mit der Aufgabe. Wie es künftig mit ihren Schülern weitergeht? Die Frau holt tief Luft. „Ich weiß es einfach nicht. Wir werden eine Lösung finden.“ Sie gehe davon aus, dass die höheren Klassenstufen vielleicht Ende Mai an die Schule zurückkehren könnten, danach die jüngeren Schüler nachrücken. Ob die Fünft-er in diesem Schuljahr noch einmal vor ihr sitzen? „Ich wünsche mir das sehr. Aber ich bin nicht allzu optimistisch, dass wir in einen regulären Schulalltag zurückkehren



Leben und Wirken von Peter Graf Kielmansegg

Peter Graf Kielmansegg im Gespräch
 Übungen im politischen Denken
 Herausgegeben von Dr. Ahmet Cavuldak
 2020, 404 S., Brosch., 39,- €
 ISBN 978-3-8487-6581-2

Der Band porträtiert Peter Graf Kielmansegg als Mensch und Gelehrten und rundet dessen bisheriges Œuvre ab. Im Mittelpunkt steht ein Gespräch mit dem Autor über sein Leben und Werk, ergänzt um teils unveröffentlichte Texte aus vier Jahrzehnten. Zwischen Gespräch und Essays werden diverse Bezüge hergestellt, sodass in der Zusammenschau ein vielstimmiges Konzert entsteht.

Bestellen Sie im Buchhandel oder versandkostenfrei online unter [nomos-shop.de](https://www.nomos-shop.de)
 Alle Preise inkl. Mehrwertsteuer

Nomos

Länder wollen mehr Hilfen

KULTUR Angesichts der Auswirkung der Corona-Pandemie auf den Kultursektor fordern die Bundesländer mehr finanzielle Hilfe vom Bund und ein koordiniertes Vorgehen von Bund und Ländern. Dies geht aus einem Schreiben des Vorsitzenden der Kultusministerkonferenz, Bayerns Kulturminister Bernd Sibler (CSU), an Kulturstatsministerin Monika Grütters (CDU), Finanzminister Olaf Scholz (SPD) und Wirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) hervor. Im Auftrag seiner Amtskollegen bittet Sibler, „in Abstimmung mit den Ländern ein umfassendes Programm der Bundeshilfen für den Kulturbereich auf den Weg zu bringen“. Es sei wichtig, „möglichst bundeseinheitliche Strukturen auszubilden“. Um dies zu realisieren, schlagen die Länder eine gemeinsame Arbeitsgruppe mit dem Bund vor. Diese soll ein Bundesprogramm erarbeiten, um „die reichhaltige und breite Kulturlandschaft in Deutschland zu erhalten“. Gemäß Grundgesetz sind in Deutschland vor allem die Länder für die Bereiche Kultur und Bildung zuständig, eine Zusammenarbeit mit dem Bund nur mit Einschränkungen möglich. In der vergangenen Woche hatte auch der Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates, Olaf Zimmermann in einer Sitzung des Kulturausschusses des Bundestages einen Fonds in Höhe von mindestens 500 Millionen Euro zum Erhalt der kulturellen Infrastruktur gefordert. In der Sitzung des Kulturausschusses und in der Debatte des Bundestages war aus allen Fraktionen Kritik an der mangelnden Abstimmung zwischen Bund und den Ländern laut geworden.

aw |

Zukunft der Stasi-Akten

KULTUR Der Berliner Senat hat am 14. Januar die Voraussetzung für die Veräußerung der landeseigenen Liegenschaften in der ehemaligen Stasi-Zentrale in Berlin-Lichtenberg an den Bund geschaffen. Dies geht aus dem Bericht des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen, Roland Jahn, zum Transformationsprozess des Stasi-Unterlagen-Archivs (19/18260) hervor. Von seiten des Bundes würden derzeit die notwendigen Voraussetzungen für die weiteren Schritte geschaffen, um den Beschluss des Bundestages zur dauerhaften Archivierung der Akten in der ehemalige Stasi-Zentrale in der Verantwortung des Bundesarchivs zu schaffen.

In die Zuständigkeit des Bundesarchivs sollen gemäß des Bundestagsbeschlusses auch alle Außenstellen des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen in den ostdeutschen Bundesländern übergehen. Aktuell würden für die Standorte in Rostock, Halle, Leipzig und Erfurt Machbarkeitsstudien über die konkrete Eignung von Liegenschaften und Flächen durchgeführt, heißt es in dem Bericht weiter. Mit Ergebnissen sei im Laufe dieses Jahres zu rechnen. Unter Federführung von Kulturstatsministerin Monika Grütters (CDU) würde derzeit in Zusammenarbeit mit dem Bundesarchiv und dem Bundesbeauftragten für die Stasi-Akten vor Novellierung des Bundesarchiv- und des Stasi-Untertelgesetzes erarbeitet, um den rechtlichen Rahmen der Akten-Überführung und die Weiterentwicklung des Amtes des Bundesbeauftragten für die Stasi-Akten zu einem Beauftragten für die Opfer der SED-Diktatur zu schaffen.

aw |



Kinos, Theater, Museen und andere Kultureinrichtungen sind derzeit wegen der Corona-Pandemie geschlossen.

© picture-alliance/dpa

Brotlose Kunst

KULTUR Der Bundestag ringt um den Erhalt der kulturellen Infrastruktur und mit der Notlage vieler Kreativer

Ein solches Satz hört man von einem Mitglied der Bundesregierung eher selten. „Ich kann nachts kaum noch schlafen“, bekennt Monika Grütters (CDU) am vergangenen Mittwoch vor den Mitgliedern des Kulturausschusses. Die Kulturstatsministerin ist gerade aus der Sitzung des Bundeskabinetts herbeigeiligt, um den Ausschuss über die Maßnahmen der Bundesregierung in Zeiten der Corona-Krise zu informieren. Grütters wirkt abgekämpft und angespannt. Kein Wunder: Das sonst so blühende Kulturleben liegt derzeit brach. Keine Theateraufführung, kein Konzert, keine Buchlesung – selbst die Schönheit der ägyptischen Pharaonin Nofretete auf der Berliner Museumsinsel wird derzeit nicht von Besuchern bewundert. Zumindest nicht von Angesicht zu Angesicht. Das kulturelle Leben spielt sich weitgehend nur in

der digitalen Welt ab, fördert zwar so manch kreative Idee, aber leben können die Kulturschaffenden davon nicht. Ihre wirtschaftliche Existenz ist massiv bedroht und damit die kulturelle Infrastruktur insgesamt. Schon die Regularien der Sitzung des Kulturausschusses in der vergangenen Woche offenbaren, das derzeit nichts normal verläuft. Das Gremium tagt zwar wie üblich nicht öffentlich, hat sich aber darauf verständigt, dass die Sitzung aufgezeichnet und im Internet zeitversetzt als Video-Stream gesendet wird. Öffentlichkeit in Zeiten, in denen viele Menschen wissen wollen, wie es weitergehen soll. Auch die Tausenden Künstler, Kreativen und Veranstalter.

Soforthilfen In einem ersten Schritt haben Regierung und Bundestag 50 Milliarden Euro bewilligt, aus denen Solo-Selbstständige und kleine Unternehmen Sofort-

hilfen zur Finanzierung der laufenden Betriebskosten wie beispielsweise Mieten beantragen können. Davon können auch freischaffende Künstler profitieren. Allerdings haben viele Freischaffende gar keine Betriebskosten, sind also nicht anspruchsberechtigt. Darauf weist auch der Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates, Olaf Zimmermann, hin, der ebenfalls zur Sitzung des Kulturausschusses geladen ist. Um finanziell über die Runden zu kommen, bleibt ihnen aktuell oftmals nur der Weg in die soziale Grundsicherung. Diesen Zugang hat die Bundesregierung für Kulturschaffende deutlich vereinfacht. Größere Vermögenswerte würden nicht berücksichtigt, der Zugang zu Kinderzuschlägen erleichtert, die Aufwendungen für Wohnung und Heizung anerkannt, das Antragsverfahren verschlankt, die Künstler müssten sich auch nicht arbeitssuchend melden, berichtet Grütters vor dem Aus-

Entscheidung Anfang Mai Entschieden hat der Bundestag noch über keinen der Vorschläge. Der Gesetzentwurf und die Anträge wurden zur weiteren Beratung in die Ausschüsse überwiesen. Abgestimmt werden sollen sie in der nächsten Sitzungswoche des Parlaments. Anfang Mai. Schon jetzt ist abzusehen, dass eine deutliche Mehrheit der Abgeordneten für eine Gutscheinelösung votieren wird. Vor allem wird die Diskussion über das Hochfahren des Kulturbetriebs an Fahrt aufnehmen. Auch dies zeichnete sich in der vergangenen Woche ab. Unter welchen Bedingungen die kulturlose Zeit enden wird, ist aber noch völlig offen.

Alexander Weinlein |

Der Ruf nach einer Öffnung des Bafög

FORSCHUNG Koalition will Befristungsgrenzen an Hochschulen verlängern. SPD und Opposition dringen auf mehr Hilfen für Studierende

Geschlossene Universitäten, verlassene Labore und nur vereinzelt geöffnete Bibliotheken. Das Corona-Virus verändert jeden Lebensbereich – auch das der Studierenden und der Wissenschaftler an den Hochschulen. Um in dieser Krise Soforthilfen auf den Weg zu bringen, hat der Bundestag vergangene Woche in erster Lesung über einen Gesetzentwurf der Koalitionsfraktionen von CDU/CSU und SPD (19/18699) beraten.

Mit dem Gesetz sollen die Höchstbefristungsgrenzen an Universitäten nach dem Wissenschaftszeitvertragsgesetz um sechs Monate verlängert werden. Der Hintergrund dafür ist, dass zahlreiche Forschungsvorhaben aufgrund der pandemiebedingten Schließungen von Laboren und Bibliotheken nicht oder nur sehr eingeschränkt weitergeführt werden können. „Diese Pandemie soll niemandem hindern, seine Forschungsprojekte umzusetzen“, sagte Bundesbildungsministerin Anja Karliczek (CDU).

Zudem sollen Anreize für Bafög-Empfänger geschaffen werden, die während der Pandemie neben ihrer Ausbildung im Gesundheitswesen oder in sozialen Einrichtungen nun auch in anderen systemrelevanten Bereichen, wie etwa der Lebensmittelbranche, jobben.

Verlängerte Befristungen Der Debatte lagen zudem zahlreiche Anträge aller Oppositionsfraktionen zugrunde. So fordert die AfD (19/18728) einen rechtsverbindlichen Anspruch für wissenschaftliche Mitarbeiter auf Verlängerung der Höchstbefristungsdauer von Arbeitsverträgen. Studenten, die einen Bedarf zum Beispiel durch Vorlage des Arbeits- und Mietvertrages vorweisen können, sollen zudem durch eine einmalige Finanzhilfe unterstützt werden. So könne „die maximale Effizienz des eingesetzten Steuergeldes erreicht werden“, argumentierte Götz Frömming (AfD). Die FDP fordert in ihrem Antrag (19/18677) ein Corona-Sofortprogramm für eine krisenfesten Studienfinanzierung. Außerdem soll die Regierung einen Gesetzentwurf zur befristeten und elternunabhängigen Öffnung des Bafög-Volldarlehens für Studenten vorlegen, die im Zuge der Corona-Krise einen relevanten Teil ihres Einkommens verloren haben. Jens Bran-

denburg (FDP) wies darauf hin, dass vor allem Nicht-Bafög-Empfänger aktuell vor großen Problemen stünden. Er forderte: „Öffnen Sie das Bafög-Volldarlehen für alle, die ihren Nebenjob verloren haben!“ Auch die Linke setzt sich mit ihrem Antrag (19/18688) dafür ein, mehr Studenten mit Bafög vollumfänglich zu fördern. Zudem

sollen die Bafög-Freibeträge vom Einkommen der Eltern, des Ehegatten oder des Lebenspartners um zehn Prozent angehoben werden. In einem zweiten Antrag (19/18683) fordern die Linken einen Sozialfonds in Höhe von drei Milliarden Euro zur Unterstützung für in- und ausländische Studenten, die sich wegen der Pandemie in

schuss und betont: „Das ist schon etwas anderes als Hartz-IV.“ Die Kulturstatsministerin betont dies nicht ohne Grund: Denn an diesem Punkt hat sich viel Kritik entzündet – in den Medien, der Politik und der Kulturszene. Auch die Kulturpolitiker im Ausschuss sind skeptisch. Künstler seien „keine Almosenempfänger“, „Hartz-IV keine Lösung“, muss sich Grütters aus den Reihen der AfD, der Linken und Bündnis 90/Die Grünen anhören. Selbst aus der CDU/CSU-Fraktion heißt es, das Arbeitslosengeld II habe gerade in der Kunstszene ein Imageproblem. Die Kulturstatsministerin hat dafür nur bedingt Verständnis. Was jederzeit jeder frei arbeitenden Maskenbildnerin am Theater zumutbar sei, soll für den Schauspieler nicht gelten? Kein anderes Land auf der Welt bemühe sich so wie Deutschland um den Erhalt der Kultur und die Notlage seiner Kreativen in der Pandemie, betont sie erneut. Selbst Olaf Zimmermann vom Kulturrat muss ihr da zustimmen.

Gutscheinelösung Nur wenige Stunden nach der Sitzung des Kulturausschusses setzt sich das Ringen um den richtigen Weg zum Erhalt der kulturellen Infrastruktur im Plenarsaal des Reichstags fort. Auf der Tagesordnung steht ein Gesetzentwurf von Union und SPD (19/18697) zur sogenannten Gutscheinelösung für die Veranstalter von Konzerten, Theateraufführungen und anderen Kulturevents und Freizeitveranstaltungen. Nach dem Willen der Koalition soll es ermöglicht werden, dass Verbrauchern statt der ihnen zustehenden Rückzahlung für Tickets abgesagter Veranstaltungen auch ein Gutschein ausgestellt werden kann. Damit soll verhindert werden, dass die Kultureinrichtungen und Veranstalter über kurz oder lang vor dem finanziellen Aus stehen. Vor dem Hintergrund, dass nach den Infektionsschutzauflagen alle Großveranstaltungen bis Ende August dieses Jahres verboten bleiben, ist dieses Szenario sehr real.

Debattiert wird im Plenarsaal aber auch über eine kleine Flut von Anträgen der Opposition. Vier Vorlagen hat allein die FDP-Fraktion eingebracht zur Rettung der Filmwirtschaft (19/18223), für Nothilfefonds für die Kreativwirtschaft, Soforthilfen für Freischaffende (19/18668) und ebenfalls zur Gutscheinelösung (19/18702). Aus den Reihen der Linken liegen Anträge vor, um Journalisten und Medienschaffende als „systemrelevante“ Berufsgruppen abzusichern (19/18691) und Freischaffenden einen einmaligen Zuschuss zur Deckung der Lebenshaltungskosten zukommen zu lassen (19/18692). Zwei weitere Anträge legen die Grünen vor, die einen eigenen Kulturrettungsfonds aufgelegt sehen wollen (19/18715) und sich auch für eine Gutscheinelösung für Kultur- und Sportveranstaltungen (19/18708) aussprechen. Lediglich die AfD-Fraktion hatte zu diesem Zeitpunkt noch keinen eigenen Antrag eingebracht, kündigte in der Debatte jedoch an, einen solchen zur besseren Absicherung der freien Kulturschaffenden über die Künstlersozialkasse vorzulegen.

Entscheidung Anfang Mai Entschieden hat der Bundestag noch über keinen der Vorschläge. Der Gesetzentwurf und die Anträge wurden zur weiteren Beratung in die Ausschüsse überwiesen. Abgestimmt werden sollen sie in der nächsten Sitzungswoche des Parlaments. Anfang Mai. Schon jetzt ist abzusehen, dass eine deutliche Mehrheit der Abgeordneten für eine Gutscheinelösung votieren wird. Vor allem wird die Diskussion über das Hochfahren des Kulturbetriebs an Fahrt aufnehmen. Auch dies zeichnete sich in der vergangenen Woche ab. Unter welchen Bedingungen die kulturlose Zeit enden wird, ist aber noch völlig offen.

Alexander Weinlein |

KURZ REZENSIRT



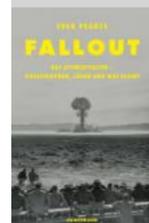
Martin Schröder:

Wann sind wir wirklich zufrieden? Überraschende Ergebnisse zu Arbeit, Liebe, Kindern, Geld.
C. Bertelsmann, München 2020; 288 S., 20 €

Geld allein macht nicht glücklich. Zu diesem wenig überraschenden Ergebnis kommt der Marburger Soziologe Martin Schröder am Ende seines aufschlussreichen Buches. Um seine Aussagen zu belegen, zitiert er Statistiken zur Zufriedenheit in verschiedenen Ländern. So sind Mexiko und Kolumbien zwar arm, dennoch haben sie die weltweit zufriedenste Bevölkerung nach vor Staaten wie Norwegen oder die Schweiz. Deutschland nimmt den 18. Platz ein. Zu den unzufriedensten Ländern gehören vor allem afrikanische Staaten wie Ägypten und Äthiopien.

Positiv schlägt für die reichen Länder zu Buche, dass sie ihre Bevölkerungen mit allen lebensnotwendigen Gütern versorgen können und in der Regel jeder eine Gesundheitsversorgung erhält. „Je freier und selbstbestimmter“ sich die Menschen fühlen, desto zufriedener seien sie, meint Schröder. Skeptisch machen ihn Daten, nach denen Menschen in undemokratischen Staaten dennoch „recht zufrieden“ seien. Während man diese Ergebnisse im superreichen Katar oder Saudi-Arabien noch nachvollziehen könne, sei ein hoher „Zufriedenheitswert“ im bitterarmen Usbekistan eher fragwürdig. Neben Familie, Partnerschaft und anderen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens wird auch der politisch zufriedene Mensch statistisch erfasst. Laut Schröder haben zufriedene Menschen und konservative Parteien eines gemeinsam: „Beide wollen keine Veränderungen“. Je besser es Menschen gehe, „desto mehr Sympathie bekommen sie“. Für Parteien an den Rändern wie Linkspartei und AfD gelte das Gegenteil: „Je schlechter es Menschen geht, desto mehr Unterstützung fällt ihnen zu.“ So ganz mag diese Analyse jedoch nicht zu dem Umstand passen, dass die Hälfte der Wähler in Ostdeutschland bei Landtags- und Kommunalwahlen stabil für diese beiden Parteien stimmt, obwohl es ihnen heute deutlich besser geht als früher in der DDR.

manu |



Fred Pearce:

Fallout. Das Atomzeitalter. Katastrophen, Lügen und was bleibt.

Antje Kunstmann, München 2020; 342 S., 25 €

Beim Einsatz von Nuklearwaffen oder bei Unfällen in Kernkraftwerken starben bislang Hunderttausende Menschen, die Gesundheit der Überlebenden wurde schwer geschädigt und die Natur verseucht. Betroffene Orte kennen wir alle: Hiroshima und Nagasaki, Tschernobyl und Fukushima. Andere erzielten in Vergessenheit. In seinem exzellenten Buch nimmt der renommierte britische Wissenschaftsjournalist Fred Pearce seine Leser mit auf eine Reise zu den Stätten nuklearer Unfälle. Pearce hofft, dass das „nukleare Zeitalter“ bald der Vergangenheit angehört und warnt vor der Produktion waffenfähigen Plutoniums und die fortbestehende Gefahr nuklearer Anschläge.

Das Kraftwerk Fukushima wurde von einem Damm geschützt, der über zehn Meter hoch war und ausreichend Schutz zu bieten schien. Das glaubte man zumindest bis zum 11. März 2011. Nach einem Seebeben traf ein Tsunami auf die Küste Japans. Die Wellen waren 14 Meter hoch, überspülten den Damm und das Wasser unterbrach die externe Stromversorgung der Reaktoren.

„Das hatte niemand vorausgesehen“, schreibt Pearce. Dieser Satz wäre ein treffender Titel für sein Buch. Denn die beschriebenen Katastrophen haben eines gemeinsam: Sie gehen auf menschliches Versagen zurück und geschehen im Namen von Frieden, Wissenschaft und Wohlstand. So zum Beispiel im amerikanischen Rocky Flats: Dort entzündeten sich 1957 spontan Plutoniumspäne. In der Anlage – für die lokale Bevölkerung handelte es sich um eine Fabrik für Haushaltschemikalien – wurden die Plutoniumkerne für die 70.000 Bomben des US-Atomwaffenarsenals hergestellt. Deutschland sei zur „Pionierarbeit verdammt“, nachdem es die „erlösende Entscheidung“ getroffen habe, aus der Atomenergie auszusteigen, meint Pearce. Jetzt gehe es darum, den Atom Müll sicher und umweltverträglich zu entsorgen.

manu |



Die verwaiste Bibliothek der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt an der Oder. Normalerweise lernen hier Studenten aus mehr als 100 Ländern.

© picture-alliance/ZB

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper





Polizisten und Sanitäter gehören zu den systemrelevanten Berufsgruppen, die in der Corona-Krise besonders gefordert sind.

© picture-alliance/Benjamin Beytekin

Entlastung bei den Heizkosten

WOHNEN Empfänger von Wohngeld sollen künftig gezielt bei den Heizkosten entlastet werden. Der Bundestag verabschiedete dazu in der vergangenen Woche ein Gesetz, das vorsieht, das Wohngeldvolumen mit dem Einstieg in die Kohlendioxid-Bepreisung um zehn Prozent zu erhöhen. Für das „Wohngeld-CO₂-Bepreisungsentlastungsgesetz“ (19/17588) stimmten alle Fraktionen außer der FDP, die sich enthielt. Auf dieser Grundlage will die Bundesregierung das Wohngeld um eine CO₂-Komponente erweitern. Damit sollten soziale Härten vermieden werden. Konkret sieht der Gesetzentwurf eine nach Haushaltsgröße gestaffelte Komponente vor. „Mit dem Beginn der CO₂-Bepreisung für die Sektoren Verkehr und Wärme soll die Entlastung der Wohngeldhaushalte ab dem 1. Januar 2021 erfolgen.“ Die Mittel für Wohngeld, die sich Bund und Länder zur Hälfte teilen, sollen um 120 Millionen Euro jährlich aufgestockt werden. Von der Maßnahme würden 2021 etwa 665.000 Haushalte profitieren, schätzt die Bundesregierung. Von der Unionsfraktion hieß es dazu, den steigenden Heizkosten werde so auf pragmatische Weise Rechnung getragen. Differenzierungen seien je nach Haushaltsmitgliedern vorgesehen, was sinnvoller und unbürokratischer als eine Herangehensweise über die Art der Heizung sei. Die SPD-Fraktion erklärte, nun würden die von der CO₂-Bepreisung besonders Betroffenen entlastet. Die AfD-Fraktion begründete ihre Zustimmung damit, dass es das Mindeste sei, Haushalte mit geringem Einkommen zu entlasten, auch wenn das Klimapaket an sich zu kritisieren sei. Die FDP-Fraktion erklärte, das Gesetz lasse grundsätzliche Probleme ungelöst, etwa der CO₂-Emissionen im Gebäudebestand. Von der Linksfraktion hieß es, man begrüße die vorgesehenen Kompensation, hätte allerdings einer weiter reichende Klimakomponente befürwortet. Die Grünen schließlich erklärten, man müsse über eine Dynamisierung der Maßnahmen nachdenken. **pez**

Relevant für das System

FAMILIE Koalition und Opposition wollen Elterngeld an die Corona-Krise anpassen

Systemrelevant lautete das Schlüssel- und Reizwort der Finanz- und Eurokrise. Vielen Menschen stieß es damals übel auf, dass mit den Steuergeldern aus den Taschen des „kleinen Mannes“ ausgerechnet jene Institutionen gerettet werden sollten, deren Geschäftsgebaren mit ursächlich für die Krise war. In der aktuellen Corona-Krise hat das Wort erneut Konjunktur, diesmal allerdings in einem durchweg positiven Sinn. Nun gelten Berufsgruppen als systemrelevant, die mehrheitlich durch eher niedrige und mittlere Einkommen gekennzeichnet sind – von der Krankenschwester und dem Altenpfleger über Polizisten bis zur Supermarktkassiererin und dem Lkw-Fahrer.

Befristete Regelung Diese geänderte Betrachtungsweise spiegelte sich auch vergangenen Woche in der ersten Lesung eines Gesetzentwurfes der Koalitionsfraktionen (19/18698) und mehrerer Oppositionsanträge zu Anpassung beim Elterngeld nieder. So sollen nach dem Willen der CDU/CSU und der SPD-Fraktion Eltern in systemrelevanten Berufen ihre Elternzeitmonate aufschieben können, um ihren Tätigkeiten nachgehen zu können. Zudem sollen Eltern, die den Partnerschaftsbonus nutzen, ihren Anspruch darauf nicht verlieren, wenn sie mehr oder weniger arbeiten als geplant. Einkommensersatzleistungen wie

Kurzarbeiter- oder Arbeitslosengeld sollen die Höhe des Elterngeldes nicht reduzieren. Diese Regelungen sollen zunächst bis Ende des Jahres gelten. Als systemrelevant nennt die Koalition alle Tätigkeiten im Gesundheits- und Pflegesystem, bei der Polizei, dem Bildungs- und Betreuungswesen, im Transport- und Personenverkehr und in der Versorgung mit Energie, Wasser, Kommunikation, Lebensmitteln und Dienstleistungen des täglichen Lebens. Bundesfamilienministerin Franziska Giffey (SPD) betonte, die Bundesregierung habe die schwierige Situation der Familien in der Corona-Krise von Anfang an im Blick gehabt. Das Kurzarbeitergeld helfe vielen Familien; zudem habe die Regierung Ende März den Notfallkinderzuschlag in Höhe von bis zu 185 Euro pro Kind und Monat geschaffen, der zusätzlich zu Kindergeld und Wohngeld ausbezahlt werde. Bislang seien bereits mehr als 120.000 Anträge bei den Familieneinkassen eingegangen. Im zweiten Schritt würden nun die Elterngeld-Regelungen beim Elterngeld für Eltern in systemrelevanten Berufen angepasst. Giffey kündigte in der Debatte an, dass die Bundesregierung die Entschädigungszah-

»Mütter und Väter können sich weiterhin auf das Elterngeld verlassen.«

Franziska Giffey (SPD), Bundesfamilienministerin

Krise zeige sich, dass die Familie als „Stütze der Gesellschaft“ durch eine ideologische und zerstörerische Politik geschwächt worden sei. Bei möglichst „umfassender Staatsbetreuung“ der Kinder seien die Eltern in die Erwerbstätigkeit gedrängt worden. Trotzdem könnten viele ihre Familien nicht mehr ernähren. In ihrem Antrag (19/18720) fordert die AfD für die Dauer der Corona-Krise ein erhöhtes Wohngeld für Familien, die Anspruch auf den Kinder-

zuschlag haben. Das erhaltene Wohngeld solle zur Tilgung gestundeter Mietschulden verwendet werden. Marcus Weinberg (CDU) wies die Kritik zurück. Gerade durch die familienpolitischen Maßnahmen der vergangenen Jahre könne man in der Krise flexibler reagieren und den Familien helfen. Bei den übrigen Oppositionsfraktionen fiel das Urteil deutlich freundlicher aus. Grigorijs Aggelidis (FDP) begrüßte die von der Koalition deutlich freudlicher aus. Grigorijs Aggelidis (FDP) begrüßte die von der Koalition deutlich freudlicher aus. Grigorijs Aggelidis (FDP) begrüßte die von der Koalition deutlich freudlicher aus.

»Wir brauchen dringend einen Rettungsschirm für Familien.«

Katrin Werner (Die Linke)

19/18710) die Einführung eines speziellen Corona-Elterngeldes. Für die Dauer der pandemiebedingten Schließung von Kitas und Schulen soll dieses Corona-Elterngeld es Eltern erlauben, ihre Arbeit zu reduzieren oder auszusetzen, um ihre Kinder betreuen zu können, sagte Katrin Werner (Linke). Nach den Vorstellungen ihrer Fraktion soll es in ersten sechs Wochen als Lohnfortzahlung zu 100 Prozent des Nettoeinkommens gezahlt werden. Zudem soll für Bezieher des Corona-Elterngeldes ein Kündigungsschutz gelten. Aufgrund des wegfallenden kostenlosen Mittagessens in Kitas und Schulen sowie steigender Lebensmittelpreise müsse der Hartz-IV-Regelsatz um 200 Euro pro Monat erhöht werden, forderte Werner. Katja Dörner (Grüne) kündigte an, ihre Fraktion werde dem Gesetzentwurf der Koalition zustimmen. Allerdings könne dies nur ein erster Baustein sein, um den Familien in der aktuellen Situation zu helfen. Neben dem Corona-Elterngeld müsse als Ausgleich für das entfallene kostenlose Mittagessen einen Krisenzuschlag von 60 Euro für Familien im Hartz-IV-Bezug gezahlt werden. **Alexander Weinlein**

Diäten sollen nicht steigen

FRAKTIONEN Die Bundestagsabgeordneten wollen in diesem Jahr angesichts der Coronakrise auf die planmäßige Erhöhung ihrer Diäten verzichten. Alle Fraktionen verständigten sich dazu auf einen Gesetzentwurf (19/18701), mit dem das Anpassungsverfahren für das Jahr 2020 ausgesetzt wird. Die Vorlage wurde in der vergangenen Woche in erster Lesung ohne Aussprache behandelt. Der Bundestag reagiere mit der Vorlage „auf den Sonderfall einer weltweiten Pandemie, welche auch erhebliche wirtschaftliche Auswirkungen mit sich bringt“, heißt es in dem Entwurf. Das Verfahren zur Anpassung der Abgeordnetenentschädigung orientiert sich an der vom Statistischen Bundesamt ermittelten Lohnentwicklung des Vorjahres. Die Diäten werden regulär jeweils zur Jahresmitte entsprechend der allgemeinen Lohnentwicklung angepasst. Zuletzt wurden die Diäten der Bundestagsabgeordneten zum 1. Juli 2019 um 3,1 Prozent auf rund 10.083 Euro im Monat erhöht. Zusätzlich erhalten die Abgeordneten eine steuerfreie Aufwandspauschale von 4.497 Euro im Monat. **pk**

Mehr Hilfen für Menschen in den Hotspots gefordert

FLÜCHTLINGE Fraktionen uneins über Reformvorstellungen zur EU-Asylpolitik

Nach der Aufnahme von 47 unbegleiteten Minderjährigen aus Flüchtlingslagern auf den griechischen Inseln werben Vertreter von Opposition und Koalition im Bundestag für die Übernahme weiterer Betroffener aus den dortigen „Hotspots“. Luise Amtsberg (Grüne) verwies vergangene Woche im Parlament auf die „katastrophalen Zustände“ in den Lagern und nannte es „beschämend“, dass Deutschland nach viermonatiger Diskussion nur knapp 50 Kinder aufnehmen. Michel Brandt (Linke) forderte, die „Elendslager“ zu evakuieren und die Geflüchteten auf dem Festland unterzubringen. In Deutschland stünden 140 Kommunen bereit, Menschen aufzunehmen. Marie-Agnes Strack-Zimmermann (FDP) mahnte, es stünde Deutschland gut zu Gesicht, „als Vorbild voranzugehen, um Kinder aus dieser Situation zu retten“. Lars Castellucci (SPD) nannte die Aufnahme der Minderjährigen einen ersten Schritt, dem weitere folgen müssten. Mit Blick auf die in der Vorwoche erfolgte Aufnahme und einem Notfallmechanismus zur Seenotrettung warb er dafür, auf diesen Weg weiterzugehen, um das europäische Asylsystem „wieder in die Gänge zu bringen“.

Thorsten Frei (CDU) bekannte sich zu der Entscheidung, „dass kranke, minderjährige Kinder auch nach Deutschland kommen können“, womit man nun begonnen habe. Damit werde aber strukturell vor Ort nichts verbessert, fügte Frei hinzu und plädierte dafür, das europäische Asylsystem weiterzuentwickeln. Dabei komme es auch darauf an, dass ein solches System „auf einem effektiven Außenschutz basiert und die Asylverfahren im Wesentlichen an den Außengrenzen stattfinden“. Bernd Baumann (AfD) forderte, die europäischen Außengrenzen wirksam zu schützen

und die EU-Grenzschutzagentur Frontex sofort zu stärken. Notwendig sei ein „Aufwuchs von jetzt 1.500 auf mindestens 10.000 Mitarbeiter, und das nicht erst 2027“. Zugleich hielt er der Grünen-Fraktion vor, mit einem Antrag für einen „Neuanfang in der Europäischen Flüchtlingspolitik“ (19/18680) „dem weltweiten Migrationsdruck einfach nachzugeben“. Dem Antrag zufolge sollen Asylsuchende in europäischen Registrierungszentren si-

cherheitsüberprüft werden und eine neue EU-Agentur über ihre Verteilung auf die Mitgliedsstaaten entscheiden. Die Vorlage überwiegt der Bundestag ebenso zur weiteren Beratung an die Ausschüsse wie einen Antrag der Linken für einen „umfassenden Flüchtlingsschutz angesichts der Coronapandemie“ (19/18685). Darin plädiert die Linke unter anderem für ein allgemeines Abschiebemoratorium und fordert, Flüchtlinge möglichst in dezentralen Einrichtungen unterzubringen. Eine Quarantäne für Sammelunterkünfte sei „unbedingt zu vermeiden“, auch weil sie das Infektionsrisiko auf unverantwortliche Weise erhöhe. Einen weiteren Linken-Antrag für eine „offene, menschenrechtsbasierte und solidarische“ Asylpolitik der EU (19/577) lehnte das Parlament mit den Stimmen der Koalition sowie der FDP- und der AfD-Fraktion ab. In dieser Vorlage wurde die Bundesregierung unter anderem aufgefordert, „Initiativen mit dem Ziel der Auslagerung des Flüchtlingsschutzes aus der EU“ zu widersprechen. **Helmut Stoltenberg**



Minderjährige Flüchtlinge von griechischen Inseln am vorletzten Wochenende in Athen beim Einstieg in ein Flugzeug nach Hannover

© picture-alliance/dpa

Anzeige



Deutscher Bundestag

Ausschreibung Wissenschaftspreis 2021

Der Deutsche Bundestag lädt ein, sich um den Wissenschaftspreis des Deutschen Bundestages zu bewerben.

Der Preis ist mit 10.000 Euro dotiert. Ausgezeichnet werden wissenschaftliche Arbeiten, die zur Beschäftigung mit Fragen des Parlamentarismus anregen und zum vertieften Verständnis parlamentarischer Praxis beitragen.

Bewerbungsschluss: 15. Juli 2020
Teilnahmebedingungen unter <http://www.bundestag.de/wissenschaftspreis>

Deutscher Bundestag
Fachbereich WD 1
Wissenschaftspreis
Platz der Republik 1
11011 Berlin



Mail: wissenschaftspreis@bundestag.de
Telefon: +49 30 227-38630

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



Wie lange sollen das wirtschaftliche und das gesellschaftliche Leben wegen der Corona-Pandemie eingeschränkt werden – und wie geht es danach weiter? Verlässliche oder rundum zufriedenstellende Antworten auf diese Fragen kann derzeit wohl niemand liefern. Die FDP-Fraktion versuchte in der vergangenen Woche gleichwohl, die Diskussion darüber zumindest in Gang zu bringen. Die Abgeordneten legten einen Antrag vor, der auf eine realistische Öffnungsstrategie mit Planungssicherheit für das wirtschaftliche und soziale Leben dringt (19/18711). Sie fordern einen Kriterienkatalog, der auf einer Minimierung des Infektionsrisikos basiert und auf dem Entscheidungen für eine differenzierte Öffnung gründen, falls notwendig aber auch Einschränkungen des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens. Willkürlich getroffene Vorgaben wären damit ausgeschlossen, heißt es. Außerdem plädieren die Abgeordneten für einen Zeitplan über die nächsten zwei Jahre. Freiheitseinschränkungen von Bürgern müssten kontinuierlich kritisch geprüft werden. Es gelte, Bürgerrechte und Gesundheitsschutz in Einklang zu bringen.

In der Debatte zur ersten Lesung dieses Antrags erhob Michael Theurer (FDP) Vorwürfe gegen Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU). Diese habe in ihrer Regierungserklärung (siehe Seite 1) die Chance verpasst, sich zu entschuldigen für den Versuch, eine notwendige Debatte über die Zukunft des Landes nach den Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie zu unterbinden. Damit spielte er auf Merkels Kritik an „Öffnungsdiskussionsorgien“ in einer nichtöffentlichen Sitzung des CDU-Präsidiums an. „Man ist es den Menschen schuldig, eine Perspektive für die nächsten zwei Jahre aufzuzeigen“, empörte sich Theurer.

Den Freien Demokraten gehe es darum, dass endlich von der Bundesregierung klare, transparente, nachvollziehbare Kriterien entwickelt werden, wie man Gesundheitsschutz und wirtschaftliche und gesellschaftliche Öffnung miteinander verbinden kann, erläuterte Theurer. Ihre bisherigen Beschlüsse wirkten willkürlich, kritisierte er mit Verweis unter anderem auf die 800-Quadratmeter-Grenze für Geschäftsöffnungen. Theurer warnte vor einer Insolvenzelle, die weite Teile des Mittelstandes hinwegfegt. Deshalb fordere seine Fraktion ein Programm für Wachstum, Beschäftigung und Innovation. Es dürfe keine neuen Steuererhöhungen geben, keine neue Bürokratie, keine neuen Umverteilungsprogramme. Stattdessen brauche es bessere Abschreibungsmöglichkeiten, die komplette Abschaffung des Solidaritätszuschlages und weitere steuerliche Entlastungen. Neben der Infektionskette müsse auch die „Interventionskette“ des Staates, mit der „Grenzen in Richtung einer Planwirtschaft verschoben“ würden, unterbrochen werden, forderte Theurer.

Rückfall Ohne auf die Forderungen der FDP weiter einzugehen, verteidigte Joachim Pfeiffer (CDU) das Vorgehen. Der Bundestag habe in einer historischen Stunde vor vier Wochen in großer Einmütigkeit Dinge auf den Weg gebracht, von denen man heute sagen könne: „Das Schutzschild funktioniert.“ Und die Koalition arbeite mit Hochdruck an weiteren Maßnahmen, zum Beispiel um Wirtschaftsbereichen mit besonders düsteren Perspektiven wie den Schaustellern zu helfen. Pfeiffer erinnerte daran, dass die derzeitigen Einschränkungen kein Selbstzweck seien. Bei einer Öffnungsstrategie gelte es immer zu bedenken: „Wenn wir zu schnell hochfahren, besteht die Gefahr eines Rückfalls.“



Beschränktes Einkaufsvergnügen auf Abstand ist seit ein paar Tagen wieder möglich – wie hier in Berlin.

© picture-alliance/dpa

Sören Bartol (SPD) begrüßte, dass die FDP mit ihrem Antrag eine Debatte angestoßen habe, die in dieses Haus gehört. Den Antrag selbst aber bezeichnete er als wildes Wunsch-Dir-Was. In ihn hätten die Liberalen Forderungen bis hin zur Senkung von Umweltstandards gepackt, die Unternehmen mehr schaden, als sie helfen, weil Milliarden an Investitionen verschleudert würden. Die Koalition dagegen zeige, dass sie zielgenau nachsteuern könne. Die Wirtschaft müsse kontrolliert wieder hochgefahren werden, betonte Bartol. Das gehe aber nur, wenn gleichzeitig die Risikogruppen Wochenende in der Fußgängerzone seiner Heimatstadt Kaiserslautern gesehen habe, gebe ihm ein un gutes Gefühl. Zur DNA seiner Fraktion gehöre, Menschen vor Profite zu stellen. Den Forderungen der FDP-Fraktion nach Steuersenkungen setzte Ulrich entgegen, man müsse vielmehr da-

(AfD). Die sei bisher nicht zu erkennen. „Die Bundesregierung hat keinen Plan.“ Was etwa nütze Wirten eine Senkung der Mehrwertsteuer, fragte er, wenn sie gar nicht öffnen dürften. Nicht nur das Virus bedrohe Menschen, auch auf wirtschaftliche Seite geht es um ganz konkrete Schicksale, betonte Chrupalla.

Keine Boni Entschieden gegen die FDP-Vorschläge stellte sich Alexander Ulrich (Die Linke). „Lasst uns erst mal erkennen, was die zuletzt beschlossenen Schritte bedeuten“, forderte er. Was er am vergangenen Wochenende in der Fußgängerzone seiner Heimatstadt Kaiserslautern gesehen habe, gebe ihm ein un gutes Gefühl. Zur DNA seiner Fraktion gehöre, Menschen vor Profite zu stellen. Den Forderungen der FDP-Fraktion nach Steuersenkungen setzte Ulrich entgegen, man müsse vielmehr da-

für sorgen, dass Krisengewinnler wie Amazon angemessen Steuern zahlen. Auch solle Staatshilfen in der Krise nur bekommen, wer auf Boni und Dividenden verzichtet. „Wir können stolz sein auf die letzten Wochen, was wir hier gemeinsam erreicht haben“, erklärte Dieter Janecek (Bündnis 90/Die Grünen) im Blick auf das Parlament, aber auch auf die Menschen im Land. Zugleich mahnte er: „Wir sind noch nicht überm Berg, um mehr öffnen zu können.“ Insofern wies er die Forderungen der FDP zurück, gab ihr aber teilweise auch Recht: „Wir brauchen nachvollziehbare Kriterien für weitere Öffnungen.“ Das Plenum verwies den Antrag der FDP-Fraktion schließlich zur weiteren Beratung an den Wirtschaftsausschuss. Einen AfD-Antrag (19/18738), der in eine ähnliche Richtung zielte, lehnte der Bundestag nach einer separten Debatte ab. Peter Stütze

Erzwungene Beschleunigung

ARBEIT Bundestag beschließt bessere Weiterbildungsregelungen und streitet über das Kurzarbeitergeld

Eigentlich sollte es ein Gesetz sein, um eine Krise auf dem Arbeitsmarkt zu verhindern, verursacht durch den vor allem digitalen Strukturwandel. Durch Weiterbildung und Qualifizierung, so die Idee, sollen die Beschäftigten von heute auch die Arbeit von morgen machen können. Weshalb das Projekt von Bundesarbeitsminister Hubertus Heil (SPD) auch den eingängigen Namen „Gute-Arbeit-von-morgen“-Gesetz bekam. Nun wurde es von einer Krise eingeholt, die noch zu Beginn dieses Jahres so nicht absehbar war und die den Transformationsprozess der Arbeitswelt, auf den das Gesetz vorbereiten wollte, noch einmal beschleunigt. „Die Struktur der Arbeit wird nach dieser Krise nicht mehr die gleiche sein wie vorher.“ Umso wichtiger sei es, dass das Gesetz nun verabschiedet werde und damit auch ein guter Grundstein für die Nach-Krisen-Zeit gelegt werde, sagte der Minister vergangene Woche vor dem Bundestagsplenum.

Diskutiert wurde der Gesetzentwurf (19/7740; 19/18753) der Koalitionsfraktion zur Förderung der beruflichen Weiterbildung im Strukturwandel, den der Bundestag in geänderter Fassung anschließend mit den Stimmen von CDU/CSU, SPD, Grünen und FDP verabschiedete. AfD und Linke enthielten sich. Mehrere Anträge von Linken (19/7753; 19/16546; 19/15046; 19/15047) und Grünen (19/17522) zu den Themen Weiterbildung und Umgestaltung der Arbeitslosenversicherung fanden nicht die nötige Mehrheit.

Das Gesetz möchte mit verschiedenen Ansätzen die Qualifizierung von Beschäftigten verbessern. So sollen unter anderem für Betriebe, die vor gravierenden betrieblichen Veränderungen stehen, die Zuschüsse zu Weiterbildungsmaßnahmen um zehn Prozentpunkte erhöht werden, wenn mindestens ein Fünftel der Belegschaft qualifiziert werden muss. Außerdem wird ein Rechtsanspruch auf Förderung des Nachholens eines Berufsabschlusses eingeführt. Nachträglich geändert wurde die Mindestdauer von Weiterbildungen, sie wurde von 160 auf 120 Stunden reduziert. Außerdem wurden Online-Entscheidungen von Betriebsräten rechtlich abgesichert.

Überfällige Modernisierung Auf völliges Unverständnis stießen die Pläne bei der AfD-Fraktion: „Sie legen mitten in der Krise ein Gesetz vor, mit dem Umwegen an Geld ausgegeben wird für Leute, die nicht in der Lage oder willens sind, auf dem Arbeitsmarkt Fuß zu fassen“, empörte sich Martin Sichert (AfD), stand mit dieser Ansicht jedoch allein da. Die Linke kritisierte das Gesetz zwar auch, aber aus einem anderen Grund. Ihr geht es nicht weit genug. „Sie legen die Hürden für die Weiterbildung so hoch, dass die Wenigsten davon profitieren werden“, kritisierte Sabine Zimmermann (Linke). Wolfgang Strengmann-Kuhn (Grüne) forderte einen Umbau der Arbeitslosenversicherung und einen besseren Schutz von Selbstständigen vor Arbeitslosigkeit. „Wir werden viele neue Tätigkeitsfelder, nicht jedoch weniger Arbeit haben. Darauf müssen wir positiv reagieren“,

zeigte sich dagegen Antje Lezius (CDU) zufrieden. Und Johannes Vogel (FDP) nannte das Gesetz eine „überfällige Modernisierung der Arbeitswelt“, dessen Maßnahmen jedoch nicht nur bis Ende des Jahres befristet sein dürften.

Höheres Kurzarbeitergeld Da mit dem Gesetz aber auch eine Ermächtigung geschaffen wurde, die es der Bundesregierung erlaubt, Erleichterungen bei der Kurzarbeit zu erlassen und vor dem Hintergrund, dass bereits mehr als 700.000 Betriebe Kurzarbeit angemeldet haben, war es kein Wunder, dass die Kurzarbeit einen weiteren Schwerpunkt der Debatten der vergangenen Woche bildete. Die Linke hatte dazu einen Antrag (19/18686) eingebracht, in dem sie eine generelle Erhöhung des Kurzarbeitergeldes auf mindestens 90 Prozent fordert. Auch dieser Antrag wurde, natürlich nicht eins zu eins, von einer aktuellen Entwicklung überholt. Denn noch am selben Tag hatte sich die Koalition auf eine Erhöhung des Kurzarbeitergeldes geeinigt. Allerdings gestaffelt und nicht ab dem ersten Tag. Geplant ist, in den ersten drei Monaten die bisherigen Sätze gelten zu lassen. Ab dem vierten Monat sollen 70 oder 77 Prozent, ab dem siebten Monat dann 80 oder 87 Prozent des Lohnausfalls gezahlt werden. Susanne Fersch (Linke) mahnte, gerade Geringverdienende seien in ihrer Existenz bedroht, wenn sie auf 40 Prozent ihres Lohnes verzichten müssten. Johannes Vogel sagte, erst eine verlässliche Datengrundlage erlaube es, Kurzarbeitergeld gezielt zu erhöhen (Interview Seite 2). Kerstin Tack (SPD) hob hervor, dass vor allem tarifgebundene Betriebe von sich aus das Kurzarbeitergeld aufstocken. Die AfD plädierte dafür, bessere Hinzuverdienstregeln bei Minijobs zu schaffen. Matthias Zimmermann (CDU) mahnte, eine pauschale Erhöhung des Kurzarbeitergeldes würde Unternehmen aus der Verantwortung entlassen, dies aus Eigenmitteln zu tun. Die Grünen hatten einen Antrag (19/18704) vorgelegt, in dem sie eine nach Einkommen gestaffelte Erhöhung fordern. Dies sei die zielgenauere Lösung, sagte Wolfgang Strengmann-Kuhn. Claudia Heine

»Die Struktur der Arbeit wird nach der Krise nicht mehr die gleiche sein wie vorher.«

Hubertus Heil (SPD), Bundesarbeitsminister

dieser Antrag wurde, natürlich nicht eins zu eins, von einer aktuellen Entwicklung überholt. Denn noch am selben Tag hatte sich die Koalition auf eine Erhöhung des Kurzarbeitergeldes geeinigt. Allerdings gestaffelt und nicht ab dem ersten Tag. Geplant ist, in den ersten drei Monaten die bisherigen Sätze gelten zu lassen. Ab dem vierten Monat sollen 70 oder 77 Prozent, ab dem siebten Monat dann 80 oder 87 Prozent des Lohnausfalls gezahlt werden. Susanne Fersch (Linke) mahnte, gerade Geringverdienende seien in ihrer Existenz bedroht, wenn sie auf 40 Prozent ihres Lohnes verzichten müssten. Johannes Vogel sagte, erst eine verlässliche Datengrundlage erlaube es, Kurzarbeitergeld gezielt zu erhöhen (Interview Seite 2). Kerstin Tack (SPD) hob hervor, dass vor allem tarifgebundene Betriebe von sich aus das Kurzarbeitergeld aufstocken. Die AfD plädierte dafür, bessere Hinzuverdienstregeln bei Minijobs zu schaffen. Matthias Zimmermann (CDU) mahnte, eine pauschale Erhöhung des Kurzarbeitergeldes würde Unternehmen aus der Verantwortung entlassen, dies aus Eigenmitteln zu tun. Die Grünen hatten einen Antrag (19/18704) vorgelegt, in dem sie eine nach Einkommen gestaffelte Erhöhung fordern. Dies sei die zielgenauere Lösung, sagte Wolfgang Strengmann-Kuhn. Claudia Heine

STICHWORT

Kurzarbeit und Weiterbildung

> **Weiterbildung** Betriebe erhalten künftig höhere Zuschüsse bei Weiterbildungsmaßnahmen. Außerdem soll Weiterbildung während der Kurzarbeit gefördert werden.

> **Berufsabschluss** Es gibt künftig einen Rechtsanspruch auf das Nachholen eines Berufsabschlusses.

> **Kurzarbeitergeld** Derzeit erhalten Beschäftigte 60 oder 67 Prozent (bei Kindern) des Nettolohnes. Ab dem vierten und dann nochmal ab dem siebten Monat sollen diese Sätze nun steigen.

Kriminelle nutzen Notlage aus

WIRTSCHAFT Aus den Ländern mehren sich Berichte über Soforthilfen-Missbrauch

Viel Lob von allen Seiten haben die Wirtschaftsministerien auf Bundes- und Landesebenen für die Unterstützungsmaßnahmen in der Corona-Krise geerntet – sowohl für deren Bandbreite als auch für das Tempo, in dem sie das aus unterschiedlichen Bausteinen bestehende Paket geschnürt und Zahlungen veranlasst haben. Nun aber zeigt sich, dass Betrüger Wege fanden, die schnell zusammengestrickte Bürokratie bei den Soforthilfen für Selbstständige und Unternehmen auszunutzen. Aus den Ländern mehren sich Berichte über Straftaten vor allem in zweierlei Hinsicht: Zum einen stahlen Kriminelle sensible Daten von Antragstellern, in dem sie falsche Formulare in Umlauf brachten, zuletzt über gefälschte Webseiten. Das Land Nordrhein-Westfalen stoppte deswegen zwischenzeitlich die Auszahlungen an Selbstständige und Unternehmen und aktivierte eine Art Sicherheitsschleife im Antragssystem. Der Landesregierung zufolge sind deutlich mehr als 500 Anzeigen wegen Fake-Seiten eingegangen. Auch beispielsweise in Hamburg und Sachsen wurden Fälle gefälschter Seiten bekannt, genauso wie in Bremen. Die dortige Aufbaubank warnte, Texte und Elemente würden von den Originalen übernommen, so dass die Seiten täuschend echt aussähen. Zum zweiten versuchen gar nicht Berechtigte, an Hilfgelder zu gelangen. So wurde aus Berlin bekannt, dass die in Rekordzeit ausgezahlten fast zwei Milliarden Euro in nicht geringer Zahl an Menschen gingen, die das Geld nicht brauchen. Die Sprecherin der zuständigen Senatsverwaltung, Svenja Fritz, berichtete von 71 Ermittlungen wegen Betrugsverdacht; der „Spiegel“ ging zuletzt unter Verweis auf das Landeskriminalamt von 93 Fällen mutmaßlichen Subventionsbetrugs und einem Gesamtschaden von etwa 700.000 Euro aus. Demzufolge rechnen die Ermittler damit, bisher nur an der Spitze eines Eisbergs zu kratzen. In einigen Fällen reichten Unternehmen unter Zuhilfenahme verschiedener Betriebsnamen offenbar mehrfach Anträge ein; in anderen wollten Antragsteller an Hilfgelder kommen, die eine Vollzeitzentrale als Arbeitnehmer verschwiegen. Kriminell verhält sich auch, wer eine zu hohe Zahl an Mitarbeitern angibt. Die Landeskriminalämter ermitteln nun

verstärkt, in Berlin wurde ein erster Haftbefehl vollstreckt. Ein Vorgehen, das Wirkung zu zeigen scheint: Die Investitionsbank Berlin habe in den vergangenen Tagen 2.500 Rücküberweisungen reuiger Betrüger in Höhe von 17 Millionen Euro erhalten, sagt Sprecherin Fritz. pez

STICHWORT

Stand bei den Soforthilfen

> **Nachfrage** Im KfW Sonderprogramm 2020 wurden bis zum 22. April 17.099 Anträge mit einem Volumen von etwa 29 Milliarden Euro gestellt. Davon sind mehr als 98 Prozent bewilligt worden.

> **Verteilung** Etwa 99 Prozent davon entfielen auf den Bereich von bis zu drei Millionen Euro, die vor allem kleinen und mittleren Unternehmen zugute kommen.

> **Soforthilfen** Bei den Hilfen für Solo-selbstständige, Kleinunternehmer und Freiberufler wurden bis zum 23. April knapp 1,2 Millionen Anträge mit einem Volumen von etwa 9,7 Milliarden Euro bewilligt.

Dramatische Gewinneinbrüche erwartet

UNTERNEHMEN FDP schlägt umfangreiche Steuererstattungen vor. AfD will Soli abschaffen

Der Shutdown, also das Herunterfahren der Wirtschaft, bedeutet Stillstand. Aber wo alle Räder stillstehen, gibt es keine Umsätze und vor allem keine Gewinne. Die FDP-Fraktion hat anhand der Erfahrungen der letzten großen Finanzkrise vorgerechnet, was auf die Wirtschaft – vom kleinen Selbstständigen bis zum Großunternehmen – zukommen wird. Danach könnten die Unternehmensgewinne durch die Krise um 128,4 Milliarden Euro zurückgehen.

Solvenz sichern Zur Sicherung der Solvenz des deutschen Mittelstands verlangt die FDP-Fraktion daher die Einführung einer „Negativen Gewinnsteuer“. Alle Freiberufler und Unternehmen sollen zur Solvenzsicherung eine nicht rückzahlbare Steuerzahlung von 80 Prozent des Gewinneinbruchs im Jahr 2020 gegenüber 2019 erhalten, wird in einem Antrag (19/18669) verlangt. Zuschüsse mit Coronavirus-Bezug aus dem Bundeshaushalt sollen allerdings gegengerechnet werden. Die Negative Gewinnsteuer könne über die Finanzämter schnell und unbürokratisch ausgezahlt werden, damit die Unternehmen kurzfristig weiterhin Mieten, Pachten und Rechnungen bezahlen könnten. Es sei an der Zeit, den Lockdown (Ausgangsbeschränkungen) schrittweise wieder aufzu-

heben und langsam zur Normalität zurückzukehren. Dies erlaube immer mehr Unternehmen, ihre Produktion wieder hochzufahren. Damit sei es allerdings für viele Selbstständige und Betriebe nicht getan. Sie müssten die staatlich garantierten Darlehen, die sie zur Liquiditätssicherung aufgenommen hätten, wieder zurückzahlen. „Die Rückzahlung der Kredite droht dann das Eigenkapital vieler kleiner und mittlerer Unternehmen aufzufressen“, befürchtet die FDP-Fraktion. Daher müsse die Solvenz des deutschen Mittelstands gesichert werden, denn es nütze nichts, den Betrieben mit Darlehen über die schwierigen ersten Monate zu helfen, wenn sie anschließend doch zum Insolvenzverwalter gehen müssten, sobald die Kredite zurückzahlen seien.

Für die entgangenen Gewinne in Höhe von 128,4 Milliarden Euro wären rund 102,7 Milliarden Euro an Negativer Gewinnsteuer zu zahlen, von denen alle aus anderen Hilfsprogrammen des Bundes erhaltenen Zuschüsse abgezogen werden müssten. Die darüber hinausgehenden Mehrkosten könnten mit der ebenfalls bereits im Nachtragshaushalt eingestellten globalen Mehrausgabe in Höhe von 55 Milliarden Euro voraussichtlich vollständig gedeckt werden, erwartet die FDP-Fraktion.

Der FDP-Antrag wurde vom Bundestag am Donnerstag ebenso wie ein Antrag der AfD-Fraktion (19/18727) an die Ausschüsse überwiesen. Die AfD-Fraktion fordert zahlreiche steuerliche Sofortmaßnahmen zur Bewältigung der Corona-Krise. In dem Antrag heißt es, das Maßnahmenpaket der Bundesregierung reiche nicht aus, um die finanziellen Folgen der Krise zu mildern. Daher müsse es Maßnahmen im Bereich der Umsatzsteuer, im Bereich der Gewinnsteuern sowie bei gesetzlichen Fristen und bei der Verzinsung geben. Außerdem fordert die AfD-Fraktion eine sofortige Aufhebung des steuerlichen Solidaritätszuschlages. Dadurch könnten die wirtschaftlichen Folgen für Bürger und Unternehmen aufgrund der Coronavirus-Epidemie ebenfalls gemildert werden.

Ebenfalls an die Ausschüsse überwiesen wurde ein Antrag der Fraktion Bündnis 90/Grünen (19/18706). Sie wollen sicherstellen, dass im Rahmen der Soforthilfe ein monatlicher Pauschalbetrag in Höhe der Pfändungsfreigrenze von 1.180 Euro zur Deckung des Lebensunterhalts genutzt werden kann, indem dieser Betrag in die Liste der anrechenbaren Kosten in der Verwaltungsvereinbarung des Bundes mit den Ländern zu den Soforthilfen mit aufgenommen wird. hle



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

AfD-Kandidaten für Ethikrat ohne Mehrheit

NEUE AMTSZEIT Ob Sterbehilfe, Impfpflicht, der Einsatz von Robotern in der Pflege oder die Herausforderungen der andauernden Corona-Krise – die Themen, zu denen der Deutsche Ethikrat Empfehlungen abgibt, behandeln meist ethisch sehr komplexe Sachverhalte. Vergangenen Donnerstag wählte der Bundestag turnusgemäß neue Mitglieder für das beratende Gremium. Die von den Fraktionen von CDU/CSU und SPD, FDP, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen vorgeschlagenen sieben Kandidaten und vier Kandidatinnen wurden einstimmig gewählt. Keine Mehrheit erhielten die beiden von der AfD-Fraktion vorgeschlagenen Kandidaten, Medizinhistoriker Axel W. Bauer, der von 2008 bis 2012 dem Ethikrat bereits einmal angehörte, und der Mediziner Helmut Hahn. Damit gehören dem Gremium künftig 24 statt 26 Mitglieder an. 13 Mitglieder sind noch von der Bundesregierung vorzuschlagen. Die konstituierende Sitzung soll am 28. Mai stattfinden. Die Amtszeit des Rates war bereits am 10. April zu Ende gegangen. Aufgrund der Corona-Krise verzögerte sich die Berufung der Mitglieder allerdings. Der neu zusammengesetzte Rat wird einen neuen Vorsitzenden wählen. Der Amtsinhaber, der evangelische Theologe Peter Dabrock, schied nach acht Jahren Mitgliedschaft regulär aus dem Gremium aus.

Gewählt Auf Vorschlag von CDU/CSU wurden der Jurist Steffen Augsberg und der Theologe Andreas Lob-Hüdepohl für eine weitere Amtszeit bestätigt. Neu in dem Gremium vertreten sind auf Vorschlag der Union die evangelische Regionalbischöfin Petra Bahr und die katholische Moraltheologin Kerstin Schlögl-Flierl sowie der Jurist Stephan Rixen. Auf Vorschlag der SPD-Fraktion wurde der Gerontologie-Experte Andreas Kruse erneut gewählt. Neu-Mitglieder sind der Philosoph und frühere Kulturstaaatsminister Julian Nida-Rümelin sowie die Pflegeexpertin Annette Riedel. Neu im Ethikrat sitzen zudem der Jurist Helmut Frister (auf Vorschlag der FDP-Fraktion) sowie der Biochemiker Hans-Ulrich Demuth (auf Vorschlag der Links-Fraktion). Auf Vorschlag der Grünen-Fraktion wird die Biologin Sigrid Graumann erneut im Ethikrat vertreten sein. *scr (mit dpa)*



Wird wahlweise als weißer oder Raubritter gehandelt, arbeitet aber bis auf weiteres als Bundeswirtschaftsminister: Peter Altmaier (CDU) bei der Pressekonferenz zur Außenwirtschaftsnovelle. © picture-alliance/dpa

Zwischen Raub und Ritter

AUSSENWIRTSCHAFT Der Bundestag diskutiert über die Direktinvestitionen aus dem Ausland

Das am Rednerpult des Bundestags anschaulich beschriebene Szenario fing schon mal munter an: „Wie Geier kreisen mögliche Investoren aus China und den USA über der deutschen Wirtschaft und warten darauf, sich auf die coronageschwächten Opfer zu stürzen.“ Für den Bundesminister für Wirtschaft und Energie kam es dann noch besser. „Peter Altmaier, der weiße Ritter, ist jedoch da und spannt den Schutzschirm auf.“

Der FDP-Abgeordnete Reinhard Houben wartete vergangene Woche mit der Geier-Geschichte auf – um sich allerdings vom Gegenteil überzeugt zu geben: In Wahrheit hätten die deutschen Unternehmer keine Angst vor ausländischen Investitionen. Was wiederum den Linken-Parlamentarier Klaus Ernst zu einem Bekenntnis veranlasste: „Der Ritter Altmaier wäre mir lieber als ein Raubritter unter Houbens Schutz.“ Die Debatte kreiste um den Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Außenwirtschaftsgesetzes und anderer Gesetze (19/18700), den die Fraktionen von CDU/CSU und SPD eingebracht hatten. Danach sollen die Zusammenarbeit der EU-Mitgliedstaaten bei der Überprüfung von Di-

rektinvestitionen aus Drittländern verbessert und zusätzliche Handlungsspielräume für die nationalen Gesetzgeber erschlossen werden. Zur Debatte stand auch ein Antrag von Bündnis 90/Die Grünen (19/18703), der den Schutz von Schlüsseltechnologien und europäischer Souveränität im Zuge der Covid-19-Pandemie zum Thema hat. Den Abgeordneten lag zudem ein Antrag der FDP (19/18673) vor: „Selbstbewusstsein statt Abschottung – Für ein liberales Außenwirtschaftsrecht.“ Über Gesetzentwurf und Anträge wird jetzt in den zuständigen Ausschüssen beraten.

»Die Corona-Pandemie ist ein Stresstest für die Globalisierung.«
Peter Altmaier (CDU), Bundeswirtschaftsminister

Nicht blauäugig Von wegen weißer Ritter: CDU-Politiker Altmaier machte geltend, deutsche Unternehmer sollten durchaus die Möglichkeit behalten, ihre Firmen zu veräußern und damit Geld zu verdienen. Sein Ministerium habe von mehreren 100 Übernahme-Anträgen im vergangenen Jahr weniger als ein Prozent nicht genehmigt. Allerdings sei Deutschland auch nicht blauäugig, beschwor er eine „wehrhafte soziale Marktwirtschaft“. Wenn es um Sicherheit gehe, um lebenswichtige Güter, deren Produktion mit der Konkurrenzfähigkeit zu tun habe, dann solle verhindert werden, dass die Firmen gekauft und die Technologie transferiert wird.

Die Corona-Pandemie beschert eine Zuspitzung der Lage: Sie sei ein Stresstest für die Globalisierung, meinte Altmaier. Doch einen Schritt zurück werde es nicht geben. So würden jetzt zwar deutsche Unternehmen davor geschützt, Opfer von Übernahme-Interessen zu werden, nur weil derzeit die Aktienkurse niedrig seien. Freilich seien auch in Zukunft ausländische Investoren erwünscht, so wie deutsche Unternehmer unterstützt würden, die im Ausland investieren wollten. Hansjörg Müller (AfD) bescheinigte dem Gesetzentwurf, in die richtige Richtung zu gehen. Die Bedrohung der Übernahme von deutschen Firmen werde gestoppt. Allerdings greife der Gesetzentwurf zu kurz. Die Unternehmen würden weiter mit sinnloser Bürokratie stranguliert. Die EU gehöre auf den Müllhaufen der Geschichte. Stattdessen müssten nationale Wirtschaftsräume entstehen. Markus Töns (SPD) sah angesichts der Corona-Pandemie akuten Handlungsbedarf. Die Talfahrt der Aktienkurse könnte ausländische Investoren zu Schnäppchentreuen animieren. Er verwies darauf, dass mit der beabsichtigten Gesetzesnovelle eine Lücke im Prüfverfahren geschlossen werde. Bisher könnten Geschäfte vor Abschluss des Verfahrens abgeschlossen werden – eine Umgehung des Prüfungsmechanismus.

FDP-Mann Houben kritisierte, dass mit dem Gesetzesvorhaben jetzt ausgerechnet in der schlimmsten Rezession ein Kurs gegen die Wirtschaft gefahren werde. Die Wirtschaftsverbände seien gegen die Novelle. Ausländische Investoren brächten sie Kapital, Arbeitsplätze und Knowhow. Er hielt der Koalition eine Bunkmentalität vor. Sie verabschiede sich peu à peu von der freien Marktwirtschaft.

Der Linken-Abgeordnete Ernst hielt dem Wirtschaftsministerium vor, bei Investitionsprüfungen heute schon nicht alle Möglichkeiten auszuschöpfen. Ausländischen Investoren gehe es oft um „kaufen, filetieren, weiterverkaufen“. Am Ende gebe es dann bei weitem weniger Arbeitsplätze. Die Arbeitsplatzsicherheit müsse in den Kriterien-Katalog bei Investitionsprüfungen aufgenommen werden. Katharina Dröge (Bündnis 90/Die Grünen) wollte den staatlichen Handlungsspielraum gegenüber dem Gesetzentwurf noch erweitern. Dies solle auf die Zeit der Corona-Pandemie begrenzt werden. Schließlich wisse noch keiner, was zur Bewältigung der Krise relevant werden könne. Wenn Unternehmen jetzt unterstützt würden, sei die Auszahlung von Boni und Dividenden nicht möglich.

Andreas G. Lämmel (CDU) beschrieb ausländische Investitionen als „wirtschaftspolitischen Vorgang, den wir alle wollen“. Er begrüßte, dass mit der geplanten Gesetzesänderung ein europäischer Standard festgeschrieben werden solle. Die Fassung sollte aber noch verändert werden. Es sei fraglich, ob bei beabsichtigten Verkäufen von zehn Prozent einer Firma bereits das Prüfverfahren durchgeführt werden müsse. In dem Gesetzentwurf der Koalitionsfraktionen wird auf eine EU-Verordnung verwiesen, die im April 2019 in Kraft getreten war. Mit dem nun vorgelegten Gesetzentwurf solle das Außenwirtschaftsgesetz an die Vorgaben dieses neuen unionsrechtlichen Rahmens für die weiterhin in mitgliedstaatlicher Verantwortung liegende Investitionsprüfung angepasst werden. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen fordert in ihrem Antrag, dass Unternehmen, die in den Bereich von Schlüsseltechnologien fallen, im Zuge der Corona-Krise besonders geschützt werden. Wer in wirtschaftliche Schwierigkeiten gerate, müsse vor strategisch motivierten Übernahmen durch Investoren aus Drittstaaten geschützt werden. Die FDP-Fraktion plädiert in ihrem Antrag ungeachtet der Corona-Pandemie für ein liberales Außenwirtschaftsrecht. Bestehende Instrumente reichten aus. Daher solle der vorliegende Gesetzentwurf nicht weiterverfolgt werden. Stattdessen solle die Bundesregierung in einem neuen Entwurf lediglich die europäischen Vorgaben umsetzen. *Franz Everdunk*

KURZ NOTIERT

Personalräte sollen Geschäfte kommissarisch weiterführen

In erster Lesung behandelt hat der Bundestag vergangene Woche einen von der Koalition vorgelegten Entwurf zur Änderung des Bundespersonalvertretungsgesetzes (19/18696). Danach sollen die im Amt befindlichen Personalvertretungen einer befristeten Neuregelung zufolge die Geschäfte kommissarisch weiterführen, wenn Personalratswahlen bis zum Ablauf der Amtszeit der bestehenden Personalvertretungen nicht erfolgen. Hintergrund ist laut Vorlage, dass die Viruserkrankung Covid-19 „zu erheblichen Erschwernissen für die Durchführbarkeit der derzeit stattfindenden Wahlen zu den Personalvertretungen“ führt. *sto*

Linke gegen pauschales Versammlungsverbot

Die Bundesregierung soll sich nach dem Willen der Fraktion Die Linke bei den Ländern dafür einzusetzen, dass alle Verordnungen revidiert werden, „die ein pauschales oder unverhältnismäßig weitgehendes Verbot von Versammlungen“ vorsehen. Auch fordert die Fraktion in einem Antrag (19/18690), der vergangene Woche erstmals auf der Tagesordnung des Bundestagsplenums stand, die Bundesregierung auf, „in der Fortschreibung der Beschlüsse von Bund und Ländern zur Eindämmung der Corona-Epidemie“ festzuhalten, dass das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit „nicht von den Kontakt- und Ausgangsbeschränkungen betroffen ist“. *sto*

AfD fordert Stärkung der häuslichen Pflege

Die AfD-Fraktion fordert die Bundesregierung in einem Antrag zur Stärkung der häuslichen Pflege (19/18717) auf, einen Gesetzentwurf vorzulegen, der die Sorge- und Pflegearbeit durch Angehörige und nahestehende Personen adäquat anerkennt, indem die dafür von der Pflegeversicherung bereitgestellten finanziellen Leistungen in Form von Pflegegeld deutlich erhöht werden. Der Pflegegeldsatz solle eins zu eins an den gesetzlich vorgeschriebenen monatlichen Höchstbetrag für ambulante Pflegesachleistungen angeglichen werden. Der Antrag wurde zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Gesundheit überwiesen. *pk*

Kommunen schlagen Alarm

HAUSHALT Bund und Länder sollen Städten und Gemeinden unter die Arme greifen

Die kommunalen Spitzenverbände schlagen Alarm: Die Corona-Krise mache Städten und Gemeinden finanziell schwer zu schaffen. „Einnahmen brechen weg, Ausgaben steigen“, sagte der Präsident des Deutschen Städtetages, Leipzigs Oberbürgermeister Burkhard Jung (SPD), jüngst der Deutschen Presse-Agentur. So drohe etwa bei der Gewerbesteuer, die neben der Einkommensteuer eine der Säulen der Kommunalfinanzien bildet, ein Einbruch. Jung fürchtet, dass sich bei den Kommunen in diesem Jahr Defizite im zweistelligen Milliardenbereich anhäufen könnten. Der Sozialdemokrat aus Sachsen sieht daher Länder und Bund in der Pflicht, in einer „gemeinsamen Kraftanstrengung“ einen „kommunalen Rettungsschirm“ aufzuspannen. Das fordern auch der Landkreistag sowie der Städte- und Gemeindebund.

Im Bundestag stellte sich vergangene Woche die Linksfraktion mit einem Antrag (19/18694), der überwiesen wurde, hinter die Forderungen aus den Kommunen. In der Debatte dazu sprachen sich auch die SPD, die Grünen und die AfD dafür aus, die Kommunen zügig zu unterstützen.

Bund in der Pflicht Die Linke im Bundestag will vor allem den Bund in die Pflicht nehmen. So sollen die Länder die aus der

Krise entstehenden „besonderen Finanzbedarfe“ vom Bund ausgleichend bekommen. Abschlagszahlungen von Gewerbesteuer der Kommunen an den Bund sollen vorerst ausgesetzt werden. Zudem sollen Kosten, die vor Ort durch bundes-beziehungswa- landesgesetzlichen Regelungen entstehen, übernommen werden. Die Fraktion erneuerte zudem ihre Forderungen nach einem Alt-schuldenfonds sowie einen Solidarität III. „Wenn wir eine Katastrophe verhindern wollen, dann müssen wir jetzt sofort handeln.“, sagte Stefan Liebich (Die Linke) in der Debatte. Der Abgeordnete kritisierte, dass die Bundesregierung keinen Schutzschirm plane. Kommunen müssten aber ähnlich wie Unternehmen die Möglichkeit haben, solche Hilfen zu nutzen.

Für die Unions-Fraktion warnte Christian Haase vor überstürztem Handeln: Einfach nach einem Rettungsschirm zu rufen, werde der Lage nicht gerecht. „Wir brauchen Unterstützung. Aber was, wie viel, wann und durch wen, das bedarf einer sorgsam Diskussion“, sagte der Christdemokrat. Haase forderte von den dafür zuständigen Ländern, die Zahlungsfähigkeit der Kommunen zu erhalten.

Elisabeth Kaiser (SPD) warb für eine Unterstützung der Kommunen – in Form eines Rettungsschirms. Sie verwies auf Vor-

schläge ihrer Fraktion etwa zur Entfristung von Fördermaßnahmen für Kommunen. Kay Gottschalk (AfD) sagte, es sei notwendig, über die Folgen der Corona-Maßnahmen zu reden. Er kritisierte, dass die Verhandlungen um eine Regelung für kommunale Altschulden nicht vorangekommen seien.

Kein Godelsel Ulla Ihnen (FDP) betonte, dass der Bund mit Schulden und Garantieübernahmen im Nachtragshaushalt tue, was er kann. „Aber der Bundeshaushalt ist auch kein Godelsel.“ Die Linke verlor mit ihren Forderungen „jedes Augenmaß“. Stefan Schmidt (Bündnis 90/Die Grünen) warnte, dass die ersten Kommunen schon im Mai vor leeren Kassen stehen könnten. „Länger zu warten, geht da also nicht.“ Nicht nur die Länder, sondern auch der Bund seien in der Pflicht. Schmidt schlug beispielsweise vor, dass der Bund den Kommunen die zusätzlichen Sozialkosten der Corona-Krise abnehmen könne. *scr*

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem **E-Paper**

Anzeige

DAS WILL ICH ONLINE LESEN!
Jetzt auch als E-Paper.

Mehr Information.
Mehr Themen.
Mehr Hintergrund.
Mehr Köpfe.
Mehr Parlament.

Direkt zum E-Paper

www.das-parlament.de
fazit-com@intime-media-services.de
Telefon 089-8585 3832



Hohe Strahlkraft

WEISSRUSSLAND 34 Jahre nach dem Reaktorunfall von Tschernobyl will Präsident Lukaschenko ein eigenes Atomkraftwerk in Betrieb nehmen. Die Bewohner von Astrawets und dem Nachbarland Litauen sind beunruhigt

Die Reaktorblöcke des Kernkraftwerks „Astrawets“ 200 Kilometer nordwestlich von Minsk an der Grenze zu Litauen. Das Prestigeprojekt des weißrussischen Präsidenten soll im Spätsommer ans Netz gehen.

Von weitem sieht es aus wie ein überdimensioniertes Straflager. Im dichten Nebel sind Stacheldraht und Wachtürme besser auszumachen als die etwas weiter entfernten Reaktorblöcke. Der Fahrer startet den Wagen durch, denn wer hier langsam unterwegs ist, fällt unnötig auf. Gegenüber des weitläufigen Atomkraftwerks sind mindestens fünf Raketenstaffeln und moderne Kasernen auszumachen. Sie sollen die Anlage offensichtlich beschützen. Der altgediente Fahrer mit seiner dicken sowjetischen Brille kennt die Gegend rund um die Provinzstadt „Astrawets“ (russisch: Ostrowets), rund 200 Kilometer nordwestlich der Hauptstadt Minsk, wie seine Westentasche. Und er versteht die Mentalität im weißrussisch-litauischen Grenzgebiet. „Sich ducken, ja nichts gegen die Macht sagen, denn das bringt nur Unglück“, brummt der Fahrer. „Was sollen wir schon aufbegehren, nun wo das AKW gebaut ist?“, räsoniert er. Gut 34 Jahre nach der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl will ausgerechnet Weißrussland, wegen der damals herrschenden Nordwinde das größte Opfer des GAUs, bald sein erstes eigenes AKW in Betrieb nehmen. „Uns hat keiner gefragt, ob wir das überhaupt wollen“, klagt Iwan Krug. Der ehemalige Lokalpolitist ist heute einer der bekanntesten und letzten verbliebenen AKW-Gegner vor Ort. Staatspräsident Alexander Lukaschenko habe sich in Astrawets durchgesetzt, wie er es immer mache. „Einschüchtern und isolieren, manchmal auch mit lukrativen neuen Stellen ködern“, fasst

Krug zusammen. Als erste seien die Jungen von der lokalen Protestbewegung abgesprungen, später auch Rentner wie er. Bis heute sterben Bewohner an Krebs, die damals rund um Tschernobyl der enormen Strahlendosis ausgesetzt waren. Bis 2010 sollen es in Weißrussland mindestens 4.000 Tote gewesen sein. Seitdem wird nicht mehr so genau gezählt, da man in Minsk inzwischen selbst auf Atomstrom setzt. Dazu kommen immer wieder Waldbrände in der verlassenen Gegend, wie sie gerade in der Ukraine seit Wochen wüten. Sie treiben je nach Windrichtung Staubwolken auf die Stadt Kiew oder Gomel in Weißrussland zu. Zwar heißt es regelmäßig, diese seien nicht radioaktiv belastet, aber die Bevölkerung macht sich trotzdem Sorgen. Auch in Astrawets, das 500 Kilometer nordöstlich von Tschernobyl liegt, doch viele Einwohner des Provinzstädtchens sprechen darüber nur hinter vorgehaltener Hand. Acht Jahre lang wurden 15 Kilometer vom Stadtzentrum entfernt mit einem gebundenen Moskauer Kredit von mehr als neun Milliarden Euro zwei Reaktorblöcke russischen Typs gebaut. Der erste Reaktorblock des AKW soll spätestens im Juli in Betrieb genommen werden und im September ans Netz gehen, der zweite im Jahr 2021 folgen. „Dies ist ein großer Schritt, um unsere energetische Sicherheit zu garantieren, ein Motor des Fortschritts, der innovativen Entwicklung“, schwärmt Lukaschenko. Der Autokrat hat das AKW zu seiner Chefsache erklärt, nachdem er vor 26 Jahren mit dem Versprechen „nie ein AKW in Weißrussland zu bauen“ an die Macht gekommen war. Die Einwohner von Astrawets berichten indes von Bränden und haarsträubenden Un-

fällen beim Bau. Mindestens zehn Todesopfer soll das Projekt bisher laut der Minsker Umweltschutzgruppe „Ekodom“ gekostet haben. 2016 war gar die Reaktorhülle aus Stahl vom Kran gefallen. Ohne dabei Schaden zu nehmen, wie in Minsk geflüchteten versichert wurde. „In unserm Werk ist alles absolut sicher“, ist Edward Swirid, der Chef des AKW-Informationszentrums in Astrawets, überzeugt. „Wir Weißrussen haben aus Tschernobyl und Fukushima gelernt“. Swirid besitzt gut gestylte Infogramme und eine eindrückliche Unfallsimulation auf Video, die seinen Standpunkt untermauert. Und die Bedenken der Opposition ebenso kontern, wie die Litauens, das seit Jahren gegen das grenznahe AKW protestiert. Gerade einmal 20 Kilometer sind es von den beiden Reak-

torkernen in den Baltenstaat, nur 40 Kilometer entfernt liegt die Hauptstadt Vilnius. Dort geht die Angst um. Millionen von Jodtabletten hat die litauische Regierung vorsorglich gekauft. Sobald der erste Reaktorblock ans Netz geht, sollen sie landesweit verteilt werden.

Stadt im Wachstum Rund um den Informations-Pavillon in Astrawets werden derzeit moderne Wohnblocks, Fußgängerzonen, Spielplätze und Supermärkte hochgezogen. An der Stadtausfahrt Richtung Vilnius entsteht ein komplett neues Quartier. Tausende von Kraftwerkmitarbeitern sollen hier unterkommen, das Städtchen soll dank des AKW von heute 8.000 auf mehr als 30.000 Einwohner anwachsen.

Mikalai Ulasewitsch öffnet einen dicken Ordner. „Hier sind wir abhörsicher und ich kann frei sprechen“, sagt der lokale Öko-Aktivist in seiner Gartenlaube. „Ich bin Geograf, ich kenne die Gefahren und bin gegen das AKW, weil auch noch meine Enkel hier leben können sollen“, begründet er seine Bedenken. Vier Kilometer sind es von seinem Haus bis zum Atommeiler „Astrawets“. Vor vier Jahren sind ihm schlimme Bausünden beim AKW zu Ohren gekommen, über Facebook versuchte er damals Alarm zu schlagen, gebracht hat es nichts. „Dies ist eben Weißrussland“, sagt Ulasewitsch verbittert. Aber auch Hilfe von außen erwartet er nicht. Er ist sicher, dass selbst die Kontrolleure der internationalen Atomenergiebehörde Atom-Fan Lukaschenko bei der Inbetriebnahme helfen werden.

Der Autor ist freier Korrespondent in Warschau.

> STICHWORT

Renaissance der Atomkraft

> **Anstieg** Laut Statistischem Bundesamt wurde im Jahr 2018 weltweit so viel Strom aus Atomreaktoren erzeugt wie nie zuvor. 1986, im Jahr des schweren Reaktorunglücks von Tschernobyl, waren 398 Atomreaktoren in Betrieb. 2018 waren es 451.

> **In Planung** Im Januar 2020 wurden in ausgewählten Ländern 107 neue Atomreaktoren geplant. Allein China plant in diesem Jahr 43, an zweiter und dritter Stelle liegen Russland (24) und Indien (14). In der Ukraine sollen zwei Reaktoren entstehen.

»Wir bringen eine transparente Suche nach einem Atomendlager auf den Weg.«

Karsten Möring (CDU)

schrrieb das Problem zwischen Eigentum und Nutzung an den sensiblen Daten, für den man einen Kompromiss gefunden habe: Es müsse hinnehmbar sein, dass für den Zweck der Standortwahl Daten öffentlich gemacht werden müssen. Andere Daten, die dafür nicht gebraucht werden, blieben geschützt. Möring zeigte sich überzeugt, dass mit dem Gesetz eine transparente Suche nach einem Atomendlager auf den Weg gebracht werde. Das Gesetz sei ein großer Fortschritt auch für Bau und Projektentwicklung sowie Land- und Forstwirtschaft, ergänzte Timon Gremmels (SPD). Er wehrte er sich gegen Vorwürfe, der Kompromiss und das

Abfall-Rückholung bleibt ein Projekt für Jahrzehnte

ATOMMÜLL Sachverständige uneins über Asse II-Bergung

Die Rückholung der radioaktiven Abfälle aus der Schachtanlage Asse II bei Wolfenbüttel in Niedersachsen ist eine Problematik, die die Gesellschaft noch viele Jahrzehnte begleiten wird. Darin waren sich alle Sachverständigen im öffentlichen Fachgespräch des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit vergangene Woche einig. Für die Asse bei Remlingen, in der in 13 Kammern rund 126.000 Fässer mit schwach- und mittelradioaktiven Abfällen liegen, gibt es den gesetzlichen Auftrag einer unverzüglichen Stilllegung. Der kürzlich vorgelegte Rückholplan der Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) wurde von den Sachverständigen per Videokonferenz diskutiert. „Wir haben es mit einem ehemaligen Bergwerk zu tun, das sich zusammenneigt und einen ständigen Wasserzufluss hat“, beschrieb die Vorsitzende Sylvia Kotting-Uhl (Bündnis 90/Die Grünen) die Problematik. Für den Betreiber, die Bundesgesellschaft für Endlagerung, betonten die Sachverständigen Stefan Studt und Thomas Lautsch, dass der Bericht ein „geschlossenes Gesamtkonzept“ darstelle. Oberstes Gebot sei die Sicherheit der Bevölkerung und der Beschäftigten, sagte Lautsch. Für die Rückholung der Abfälle seien nicht nur ein Rückholbergwerk, sondern auch der Bau einer Abfallbehandlungsanlage mit einem Zwischenlager notwendige Voraussetzungen. Der Bau des Rückholbergwerks solle nach aktueller Planung im Jahr 2023 starten. Zehn Jahre später solle mit der Bergung der Abfälle begonnen werden, berichtete Studt. Der Plan werde zudem stetig fortgeschrieben, sodass er der gebotenen Transparenz gegenüber der Öffentlichkeit diene. „Derzeit werden Daten von Schallwellen, die man untertage gesandt hat, sortiert, prozessiert und ab 2021 interpretiert“, berichtete Lautsch weiter. Diese Ergebnisse sollen in der zweiten Hälfte des Jahres 2021 vorliegen.

»Das eröffnet die Chance, den Zeitplan nachzuvollziehen.«

Olaf Lies (SPD), Umweltminister Niedersachsen

Die Rückholung der radioaktiven Abfälle aus der Schachtanlage Asse II bei Wolfenbüttel in Niedersachsen ist eine Problematik, die die Gesellschaft noch viele Jahrzehnte begleiten wird. Darin waren sich alle Sachverständigen im öffentlichen Fachgespräch des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit vergangene Woche einig. Für die Asse bei Remlingen, in der in 13 Kammern rund 126.000 Fässer mit schwach- und mittelradioaktiven Abfällen liegen, gibt es den gesetzlichen Auftrag einer unverzüglichen Stilllegung. Der kürzlich vorgelegte Rückholplan der Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) wurde von den Sachverständigen per Videokonferenz diskutiert. „Wir haben es mit einem ehemaligen Bergwerk zu tun, das sich zusammenneigt und einen ständigen Wasserzufluss hat“, beschrieb die Vorsitzende Sylvia Kotting-Uhl (Bündnis 90/Die Grünen) die Problematik. Für den Betreiber, die Bundesgesellschaft für Endlagerung, betonten die Sachverständigen Stefan Studt und Thomas Lautsch, dass der Bericht ein „geschlossenes Gesamtkonzept“ darstelle. Oberstes Gebot sei die Sicherheit der Bevölkerung und der Beschäftigten, sagte Lautsch. Für die Rückholung der Abfälle seien nicht nur ein Rückholbergwerk, sondern auch der Bau einer Abfallbehandlungsanlage mit einem Zwischenlager notwendige Voraussetzungen. Der Bau des Rückholbergwerks solle nach aktueller Planung im Jahr 2023 starten. Zehn Jahre später solle mit der Bergung der Abfälle begonnen werden, berichtete Studt. Der Plan werde zudem stetig fortgeschrieben, sodass er der gebotenen Transparenz gegenüber der Öffentlichkeit diene. „Derzeit werden Daten von Schallwellen, die man untertage gesandt hat, sortiert, prozessiert und ab 2021 interpretiert“, berichtete Lautsch weiter. Diese Ergebnisse sollen in der zweiten Hälfte des Jahres 2021 vorliegen.

»Die Asse hat starke Bilder des Scheiterns der Endlagerung erzeugt.«

Wolfram König, BASE

Die Rückholung der radioaktiven Abfälle aus der Schachtanlage Asse II bei Wolfenbüttel in Niedersachsen ist eine Problematik, die die Gesellschaft noch viele Jahrzehnte begleiten wird. Darin waren sich alle Sachverständigen im öffentlichen Fachgespräch des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit vergangene Woche einig. Für die Asse bei Remlingen, in der in 13 Kammern rund 126.000 Fässer mit schwach- und mittelradioaktiven Abfällen liegen, gibt es den gesetzlichen Auftrag einer unverzüglichen Stilllegung. Der kürzlich vorgelegte Rückholplan der Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) wurde von den Sachverständigen per Videokonferenz diskutiert. „Wir haben es mit einem ehemaligen Bergwerk zu tun, das sich zusammenneigt und einen ständigen Wasserzufluss hat“, beschrieb die Vorsitzende Sylvia Kotting-Uhl (Bündnis 90/Die Grünen) die Problematik. Für den Betreiber, die Bundesgesellschaft für Endlagerung, betonten die Sachverständigen Stefan Studt und Thomas Lautsch, dass der Bericht ein „geschlossenes Gesamtkonzept“ darstelle. Oberstes Gebot sei die Sicherheit der Bevölkerung und der Beschäftigten, sagte Lautsch. Für die Rückholung der Abfälle seien nicht nur ein Rückholbergwerk, sondern auch der Bau einer Abfallbehandlungsanlage mit einem Zwischenlager notwendige Voraussetzungen. Der Bau des Rückholbergwerks solle nach aktueller Planung im Jahr 2023 starten. Zehn Jahre später solle mit der Bergung der Abfälle begonnen werden, berichtete Studt. Der Plan werde zudem stetig fortgeschrieben, sodass er der gebotenen Transparenz gegenüber der Öffentlichkeit diene. „Derzeit werden Daten von Schallwellen, die man untertage gesandt hat, sortiert, prozessiert und ab 2021 interpretiert“, berichtete Lautsch weiter. Diese Ergebnisse sollen in der zweiten Hälfte des Jahres 2021 vorliegen.

Notfallkonzept fehlt Für die Zivilgesellschaft und die kommunale Vertretung kritisierte Christiane Jagau (Asse-2-Begleitgruppe) das derzeitige Vorgehen. „Ein marodierendes Bergwerk, das weder die Auflagen des Berg- noch des Atomrechts erfüllen kann, eine Atomanlage ohne Notfallkonzept, das ist weltweit einzigartig“, sagte sie. Jagau stellte die Historie des Bergwerks dar und nannte die Inbetriebnahme rechtswid-

rig. „Salz wurde bis weit über Grenzen abgebaut, Stützpfiler wurden zu schwach.“ Nachdem 1964 der Betrieb eingestellt wurde, seien Wassereintritte festgestellt worden. Trotzdem sei die Asse wie ein Endlager nach Atomrecht behandelt worden.

Weil Fässer im Salzwasser absaufen könnten, sei es „höchste Zeit, mit der Bergung aus verhältnismäßig leicht zugänglichen Kammern“ zu beginnen, forderte sie.

Der Minister für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz in Niedersachsen, Olaf Lies (SPD), bezeichnete den Rückholplan als stringente. „Das, was wir vorliegen haben, eröffnet die Chance, den Zeitplan nachzuvollziehen.“ Wichtig sei es, die wesentlichen Schritte bis zum Beginn der Rückholung der Abfälle und mögliche Verzögerungen nachvollziehbar zu machen. Lies verwies darauf, dass an einzelnen Stellen derzeit noch Details fehlten. Von Prüffähigen Genehmigungsunterlagen und -verfahren sei man derzeit noch entfernt, sagte er. In der Konzentrationswirkung der „Lex Asse“ stecke eine große Chance – es brauche aber die nötige Finanz- und Personalausstattung, sagte Lies.

Gemeinschaftsleistung „Die Asse hat starke Bilder des Scheiterns der Endlagerung erzeugt, die über die Region hinaus strahlten“, sagte Wolfram König vom Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE). Dem müssten nun „starke Bilder des Gelingens“ entgegengesetzt werden. Dafür müsse gemeinschaftlich daran gearbeitet werden, zügig Sicherheiten herzustellen und trotz offener Fragen im Forschungs-, Entwicklungs- und Genehmigungsbereich voranzukommen, sagte er. Der Plan führe Bausteine sinnvoll zusammen, die Rückholung in 13 Jahren sei jedoch ein „ehriges Ziel“, sagte König. Nun brauche es einen belastbaren Zeitplan mit Meilensteinen.

Andreas Sikorski vom Niedersächsischen Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie (LBEG) erklärte, das LBEG nehme die Rolle als Bergbehörde und als geologischer Dienst wahr. Die vergangenen Jahre habe man sich damit beschäftigt, wie das Bergwerk zu stabilisieren sei und wie Fässer ordnungsgemäß entsorgt werden können. Er begrüße den Plan der BGE, das Vorhaben sei aber „höchst ambitioniert“ und stelle für Ingenieure eine große Herausforderung da, sagte Sikorski. Lisa Brübler



Seit mehr als 50 Jahren lagern in der Asse, einem marodierenden Salzbergwerk bei Remlingen, 126.000 Fässer mit schwach- und mittelradioaktiven Abfällen.

Tauziehen um die Datenhoheit

GEOLOGIE Der Bundestag hat ein Gesetz verabschiedet, das entscheidende Folgen für die Suche nach einem Atommüll-Endlager haben dürfte

Was unspektakulär klingt, birgt jede Menge Zündstoff: Der „Entwurf eines Gesetzes zur staatlichen geologischen Landesaufnahme sowie zur Übermittlung, Sicherung und Bereitstellung geologischer Daten und zur Zurverfügungstellung geologischer Daten zur Erfüllung öffentlicher Aufgaben“ (19/17285) war es, der in der vergangenen Woche die Gemüter im Bundestag erhitzte. Denn hinter dem Wortungemüht verbirgt sich nichts weniger als eine der entscheidenden Grundlagen für die Atom-Endlagerung in Deutschland. Es geht um das Bereitstellen von Daten zum Untergrund –

beziehungsweise um die Frage, welche Interessen in dieser Frage schwerer wiegen: Die der Eigentümer, also Bergbauunternehmen, oder die der Öffentlichkeit, die nach Transparenz bei der sensiblen Atom-müll-Lagersuche verlangt. Die Bundesregierung will mit dem Geologiedatengesetz die Übermittlung geologischer Daten auf eine neue Grundlage stellen. Der Entwurf soll das bisherige Lagerstättengesetz aus dem Jahr 1934 ablösen und kategorisiert verschiedene Datenarten, an die sowohl die Vorschriften zur Übermittlung dieser Daten an die zuständigen Behörden als auch die zeitlich gestaffelte öffentliche Bereitstellung dieser Daten anknüpfen. Da die Staatlichen Geologischen Dienste bereits über einen enormen Bestand kommerziell erhobener Daten verfügen, erstreckt sich das Gesetz auch auf diese Altdatenbestände. Das Thema spielt

auch eine Rolle für die Rohstoff- und Energiegewinnung. Zuletzt geändert worden waren noch Passagen, die eine Balance zwischen den wirtschaftlichen Interessen von Unternehmen und einer größtmöglichen Datentransparenz schaffen sollen. Vorgehen ist demnach ein Datenraum, der für einen Kreis von Experten zugänglich sein soll. Diese sollen „die Inhalte dieser Daten, ihre richtige Verwendung und Beurteilung stellvertretend für die Öffentlichkeit prüfen und der Öffentlichkeit ihre Auffassung hierzu vermitteln“. Leitgedanke sei die maximale Transparenz, sagte Karsten Möring (CDU) und be-

schrrieb das Problem zwischen Eigentum und Nutzung an den sensiblen Daten, für den man einen Kompromiss gefunden habe: Es müsse hinnehmbar sein, dass für den Zweck der Standortwahl Daten öffentlich gemacht werden müssen. Andere Daten, die dafür nicht gebraucht werden, blieben geschützt. Möring zeigte sich überzeugt, dass mit dem Gesetz eine transparente Suche nach einem Atomendlager auf den Weg gebracht werde. Das Gesetz sei ein großer Fortschritt auch für Bau und Projektentwicklung sowie Land- und Forstwirtschaft, ergänzte Timon Gremmels (SPD). Er wehrte er sich gegen Vorwürfe, der Kompromiss und das

Verfahren zur Atom-Endlagersuche stehe auf der Kippe. „Wir stehen zum Endlager-Suchverfahren“, bekräftigte Gremmels. Der AfD-Abgeordnete Leif-Erik Holm sprach von einer faktischen Teilerzeugung. Das Gesetz greife zu weit in die Eigentumsrechte von Unternehmen ein. Die Daten seien das Kapital dieser Firmen, sagte Holm. Auch die FDP kritisierte, der großen Koalition sei das Gespür für die Belange der sozialen Marktwirtschaft verloren gegangen. Man greife tief in die Eigentumsrechte von Bergbauunternehmen ein und schwäche deren Wettbewerbsstellung, wenn man sensible Daten ins Schaufenster stelle. Ganz anders sieht das die Linke: Es sei der Fraktion zu wenig, dass Firmendaten nur Behörden und ausgewählten Personen zur Verfügung stehen sollen, sagte Ralph Lenkert. Er forderte außerdem, die für den

Herbst geplante Entscheidung über Endlager-Standorte zu verschieben, damit alle Daten ausgewertet werden könnten. Scharfe Kritik kam besonders von den Grünen. Sylvia Kotting-Uhl sagte, die Koalition ignoriere einfachste Logiken. Die Transparenz von Daten sei unzureichend. In zahlreichen Bereichen gewinne nicht automatisch das private Interesse gegenüber dem öffentlichen – hier aber lasse man sich von Wirtschaftslobbyisten an der Nase herumführen. „Ihr Gesetzentwurf liefert nicht, was das Standortauswahlgesetz verlangt“ – ein Vorwurf, gegen den sich Abgeordneten der Großen Koalition wehrten. Am Ende stimmte der Bundestag mit den Stimmen der Koalition bei Enthaltung von Linken und FDP für den Entwurf. Die Grünen und die AfD votierten mit Nein. Der Bundesrat muss dem Gesetz noch zustimmen. Kristina Pezzei

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper





Blick auf das Hüttendorf, in dem sich die Besetzer des Geländes auf Dauer einrichten wollten.

© picture-alliance/dpa / Paul Glasen

33 Tage Utopie

HISTORIE Vor 40 Jahren entstand auf einer Waldlichtung bei Gorleben die »Freie Republik Wendland«

Heinz Brandt war sich schon damals sicher. „Wir haben in Gorleben ein Phantasiendorf verloren“, resümierte der linke Gewerkschafter, einstige Widerstandskämpfer, Auschwitz-Überlebende und DDR-Dissident: „Und wir haben die Schlacht für die Phantasie gewonnen.“ Nicht viel anders sieht es aus jahrzehntelanger Distanz Claudia Roth: „Es waren 33 Tage Utopie“, sagt die frühere Grünen-Vorsitzende und heutige Bundestagsvizepräsidentin, „die bis heute nachwirken.“ Die Rede ist von der „Freien Republik Wendland“, die in diesen Tagen vor 40 Jahren gegründet wurde. Am 3. Mai 1980 strömten rund 5.000 Atomkraftgegner auf eine halbwegs zwischen den Dörfern Trebel und Gorleben gelegene Waldlichtung, um sich dort auf Dauer einzurichten. „Wir waren ein bisschen erstaunt, dass das so ohne weiteres ging“, erinnert sich die Hamburger Journalistin und Filmautorin Gabi Haas, die damals dabei war.

Hüttendorf Die Besetzer waren in Trebel aufgebrochen und fünf Kilometer marschiert, mit Kochgeschirr, Schlafsäcken, Werkzeug, Proviant und Baumaterial. Tagelang war auf dem einen Hektar messenden Gelände der Lärm unablässiger Hämmerns zu hören. Aus umliegenden Wäldern schleppten Besetzer ausgewachsene Baumstämme heran. Für das Fundament eines Wachturns buddelten sie sich zwei Meter tief ins sandige Erdreich. Das größte Bauwerk, das „Freundschaftshaus“ in der Mitte des Geländes, stand schon nach zwei Tagen. Ingenieurstudenten hatten die achteckige Konstruktion entworfen und mit Computerhilfe das Dach so berechnet, dass sich gleichzeitig hundert Menschen darauf aufhalten konnten. Im Umkreis wuchs ein Sammelsurium in Palisaden- und Blockhausarchitektur aus dem Boden, rund 120 Hütten, in denen sich 500 bis 1.000 Besetzer regelmäßig aufhielten.

Den Zufahrtsweg sperrte ein Schlagbaum. Ein Schild mit der Aufschrift „Halt BRD“ markierte die Grenze der sich fortan unabhängig gebärdenden „Freien Republik Wendland“, deren Staatsbürgerschaft Besucher für zehn Mark erwerben konnten. Sie erhielten dafür einen „Wendenpass“, der laut Aufschrift „im gesamten Universum“ gültig sein sollte, und zwar solange sein Besitzer „noch lachen“ könne. „Der Inhaber dieses Passes ist Bürger der Republik Freies Wendland und gibt somit zu verstehen, dass ein Staat, der die Unversehrtheit seiner Menschen nicht gewährleistet, der die natürliche Ausgewogenheit zwischen Menschen, Pflanzen, Tieren und Mineralien nicht erhalten kann (...), dass ein solcher Staat nicht länger der Seine ist“, war in das grüne Dokument gedruckt. Solche Ausweise müssen bundesweit noch in zahlreichen Schubladen herumliegen. „Fragen Sie mich nicht, wo der ist“, sagt Roth, „aber ich habe einen bekommen.“

Denkwürdig findet sie die „Freie Republik Wendland“ in mindestens dreierlei Hinsicht. Zum einen, weil sie völlig unter-

schiedliche Milieus integriert habe: „Es waren nicht bloß Protestler dabei, die aus Hamburg oder sonst wo angereist waren, sondern immer auch ein Querschnitt der Gesamtbevölkerung, Pfarrer und Lehrerinnen, Ärztinnen und natürlich die Bauern.“ Die „starken Persönlichkeiten“ seien die Menschen aus der Region gewesen, „die den Widerstand mit ihren Mitteln geprägt haben“. Auswärtige und Einheimische: „Beides hat zusammengehört.“ Sie hätten überdies sehr grundsätzliche, über ihr unmittelbares Anliegen hinausweisende Themen zur Debatte gestellt: „Die Freie Republik Wendland ist etwas ganz Besonderes gewesen, weil sie nicht nur ein Protest gegen, sondern auch eine Demonstration für etwas war – für ein anderes Leben, für eine andere Art der Gemeinsamkeit und Freiheit. Es ging dabei auch um die Frage, was eigentlich Wohlstand bedeutet, und welche Rolle dabei das Privateigentum spielt.“

Alle dem habe dieselbe Idee zugrunde gelegen, die damals auch die erste Generation der Grünen inspiriert habe: „Der Mensch hat nicht das Recht, die Natur auszubeuten und grenzenlos in sie einzugreifen.“ Nicht zuletzt als Zukunftslabor, wo Probleme thematisiert wurden, „vor denen wir heute immer noch stehen“, sei das Hüttendorf Erinnerungswürdig, findet Roth. „Damals wurden die ersten Versuche gemacht, die Sonne als Energiequelle zu nutzen. Es wurde überlegt, wo es alternative, natür-

che Energieformen gibt. Rückblickend finde ich es wirklich beeindruckend, wie sehr auch die Wendländer bereits vor 40 Jahren nach vorn gedacht haben.“ Handwerker aus der Umgebung bauten einen mit Solarzellen beheizbaren Warmwasserbereiter. Ein Windrad lieferte den Strom für die Batterien der Alarmanlage, der Brandwache sowie des Senders „Radio Freies Wendland“, der am 18. Mai den Betrieb aufnahm und sich von ständig wechselnden Standorten aus vernehmen ließ. „Die Freie Republik Wendland, Appell des Gewissens, war eine Himmelspiegung: die Fata Morgana einer irdischen Ort erst auszumachen ist“, bilanzierte der damals 70-jährige linke Visionär Heinz Brandt, der sich bei der Räumung mit den Besetzern vom Platz hatte tragen lassen.

Seit 1977 war das Wendland ein Brennpunkt des Anti-Atom-Protestes.

Das Wendland, der Kreis Lüchow-Dannenberg, der im äußersten Osten Niedersachsens entlang der Elbe schnabelförmig ins Gebiet der DDR hineinragt, zählte 1980 bereits gut drei Jahre lang zu den Brennpunkten des Anti-Atom-Protestes in der Bundesrepublik – seit am 22. Februar 1977 der damalige Ministerpräsident Ernst Albrecht (CDU) verkündet hatte, dass die Gemeinde Gorleben zum Standort einer Wiederaufbereitungsanlage und eines Endlagers für radioaktive Abfälle ausersehen sei. Damit stieß er – womöglich zu seiner Überraschung – im strukturschwachen Zonenrandgebiet auf massiven Widerstand.

Als im März 1979 eine Treckerkarawane aus Lüchow-Dannenberg nach Hannover rollte und dort 100.000 Demonstranten aufmarschierten, machte Albrecht einen ersten Rückzieher. Er räumte ein, dass die „politischen Voraussetzungen“ für den Bau der geplanten Wiederaufbereitungsanlage „zur Zeit nicht gegeben“ seien. An der Absicht, den in einer Tiefe von 300 bis 3.500 Metern gelegenen Gorlebener Salzstock zu einem Endlager für hoch radioaktive Abfälle auszubauen, hielt die Landesregierung indes fest. Seit der zweiten Jahreshälfte 1979 ließ die „Deutsche Gesellschaft zur Wiederaufbereitung von Kernbrennstoffen“ (DWK) Probebohrungen vornehmen, um die Beschaffenheit des Untergrunds zu erforschen. Vorgesehen waren drei Bohrlöcher, die mit den Ziffern 1002 bis 1004 in die Gorleben-Chronik eingingen.

Zwar gab es Widerstand, doch er richtete zunächst wenig aus. Auch nicht, als im Januar 1980 Atomkraftgegner auf Bäume kletterten, um Rodungsarbeiten am Ort der geplanten Bohrstelle 1003 zu behindern. In den „Trebeler Bauernstuben“, wo sich Mitglieder der örtlichen Bürgerinitiative mit Unterstützern aus den umliegenden Universitätsstädten gelegentlich zu Strategieberatungen trafen, war seither davon die Rede, es beim nächsten Mal mit einer etwas spektakuläreren Aktion zu versuchen. Auf einer kahlen Fläche sollte im Mai die Probebohrung mit der Kennziffer 1004 in

die Tiefe gehen. Bereits im Juli 1979 hatten Atomkraftgegner hier einen Kreis von Findlingen als „wendische Kultstätte“ wahrscheinlich aus dem Jahr 1004 hinterlassen. Wie wäre es, das Terrain jetzt dauerhaft zu besetzen?

Unumstritten war das Vorhaben keineswegs. Werde es überhaupt gelingen, auf die Brachfläche vorzudringen? Was, wenn militant Linksradikale sich der Aktion bemächtigen? In den „Trebeler Bauernstuben“ redeten Einheimische und Auswärtige sich die Köpfe heiß. Was tun, wenn die Polizei zum Räumen antrat? Untergehakt auf dem Boden sitzen bleiben, sich ohne physische Gegenwehr wegzuräumen lassen, lautete die Verständigung. Claudia Roth charakterisiert sie mit den Worten: „Die Anti-Atom-Bewegung ist ins Wendland gekommen und hat sich an die Regeln gehalten.“ Die seien von den Einheimischen aufgestellt worden. „Es war eine große Errungenschaft, diesen

„Es war richtig, vor 40 Jahren diesen Fortschrittswahn in Frage zu stellen.“

Claudia Roth
(Bündnis 90/Die Grünen)

Konsens zu erreichen. Das war das Entscheidende“, sagt auch die damalige Mitbesetzerin Haas.

Zur Nagelprobe kam es, als am 4. Juni 1980 die Staatsmacht mit dem bis dahin imposantesten Polizeiaufgebot der Nachkriegsgeschichte erschien. Mit Reiterstaffeln, Hunden, Wasserwerfern, Bulldozern. Hubschrauber des Bundesgrenzschutzes knatterten über dem Gelände. „Die Bilder haben mich damals sehr geprägt“, sagt Roth. „Auf der einen Seite rund 2.000 friedliche Menschen, die gewaltlos gegen Atomkraft protestierten. Auf der anderen Seite mindestens 3.500 Polizisten, vermutlich mehr, zum Teil schwer aufgerüstet – gekommen, um Menschen wegzuschleppen und in Handschellen zu legen, die gegen die Atomkraft und für ihre demokratischen Rechte eingestanden waren.“ Beobachter sahen unschöne Szenen. „Die Leute, die abgeräumt werden, machen gar nichts und werden trotzdem zusammengedrückt“, berichtete „Radio Freies Wendland“. Ein NDR-Reporter sprach von „einigen Beamten“, denen offenbar „die Nerven durchgegangen“ seien: „Sie schlugen wahllos, ich habe das in drei Fällen beobachten können, auf Demonstranten ein, die nichts anderes taten als auf dem Erdboden zu sitzen.“

Die heutige Parlamentsvizepräsidentin kannte damals Brennpunkte des Protests, Wackersdorf, Brokdorf, Gorleben, aus eigener Anschauung. Sie habe dort „den Staat erlebt, der sein Visier heruntergeklappt hatte“ gegen die Bürger: „Da wurde das Demonstrationsrecht mit Knüppeln eingeschränkt. An der Uni in München wurden die Büchertische weggefegt, und in Brokdorf kreisten die Hubschrauber im Tiefflug über uns hinweg, während wir uns auf den Boden gekauert haben. Ich habe mich damals gefragt: In welchem Land lebe ich eigentlich? Bin ich wirklich die Feindin eines Staates, nur weil ich mich einsetze gegen

eine Technologie, die nicht beherrschbar ist?“

Ein Schlüsselrolle spielte das Wendland auch in der Geschichte ihrer Partei. Hier nahmen politische Biographien ihren Anfang, die in den Bundestag und ins Europaparlament führten. In Gorleben, wo seit 1984 zunächst schwach, seit 1995 auch stark radioaktiver Müll in stets von Turbulenzen begleiteten Transporten ins Zwischenlager rollte, erlebten die Grünen auch die Grenzen der Möglichkeiten einer Regierungspartei: „Als ich damals Parteivorsitzende war, habe ich eine Vorstellung davon bekommen, wie es plötzlich ist, auf einer Demo ausgebuht oder als Verräterin beschimpft zu werden, weil du schwierigste Kompromisse mit deinem Koalitionspartner hattest schmieden müssen, fernab der reinen Lehre. Das war eine schmerzliche, aber auch lehrreiche Erfahrung. Selbst die richtigste Forderung kannst du trotz Regierungsbeteiligung nicht von heute auf morgen umsetzen. Auch nicht den Atomausstieg.“

Letztendlich, meint Roth, habe das Jubiläum durchaus seine tragische Seite. Nach all den Jahrzehnten gebe es noch immer nirgendwo auf der Welt ein Endlager für nuklearen Müll. Das zeige, wie unverantwortlich es gewesen sei, in eine Technologie einzusteigen, ohne die Folgen zu bedenken: „Es war deshalb richtig vor 40 Jahren, diesen Fortschrittswahn in Frage zu stellen. Und es ist weiterhin richtig, diese Technologie hierzulande und weltweit politisch zu bekämpfen.“

Erinnerungsort Die Freie Republik Wendland zählt mittlerweile längst zu den Erinnerungsorten der deutschen Geschichte. In Lüchow besteht seit 2001 ein von Historikern zunehmend frequentiertes Gorleben-Archiv, das neben Prozessakten, Sitzungsprotokollen und anderem Schriftgut 90.000 Fotos verwahrt, 5.000 Stunden Filmmaterial sowie 600 Plakate. Vorsitzende des Trägervereins ist Gabi Haas. Der verbale Sender von „Radio Freies Wendland“ befindet sich seit 2015 im Deutschen Technikmuseum in Berlin.

Im Rahmen eines Promotionsprojekts grub der Hamburger Archäologe Attila Dézsi in den Jahren 2017 und 2018 auf dem Gelände des einstigen Hüttendorfes. Unter einer Schicht von sechzig Zentimetern Sand und Schutt, die die Planierarbeiten bei der Räumung hinterlassen hatten, legte er die Fundamente zweier Hütten frei. Durch Luftbildaufnahmen ließen sich die Standorte von 60 Hütten identifizieren. Eine Auswahl archaischer Funde, Coladosen, Gasmasken, Kochtöpfe, Reißverschlüsse, einige den Besetzern, andere der Polizei zuzuordnen, war im Februar 2019 in einer Ausstellung in der Wendland-Gemeinde Jameln zu sehen.

Winfried Dolderer



Atomkraftgegner und Polizisten im Jahr 2010. Auch nach der Räumung des Hüttendorfs im Wendland 1980 sorgten Atommülltransporte nach Gorleben immer wieder für heftige Proteste.

© picture-alliance/dpa / Ronald Wittke

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



Die Corona-Krise hat Polen innerhalb weniger Wochen in ein politisches Chaos gestürzt. Dem Lager von Jaroslaw Kaczynski (PiS) droht zunehmend Widerstand von außen wie neuerdings auch von innen. Schuld daran ist zum einen ein mit zunehmender Heftigkeit ausgefochtener Streit über die Präsidentschaftswahlen. Diese wurden vor dem Auftreten des Coronavirus in Europa für den 10. Mai anberaumt. Inzwischen jedoch gilt in Polen seit über sechs Wochen Social Distancing. Alle Wählermeetings sind abgesagt, und der Wahlkampf findet, wenn überhaupt, nur im Fernsehen und im Internet statt. Im öffentlichen Raum sind selbst zwei Wochen vor dem geplanten ersten Wahlgang kaum Wahlplakate sichtbar. Im Windschatten von Corona haben ultrakatholische Abgeordnete der PiS zudem gerade versucht, eine weitere Verschärfung des eh schon restriktiven Abtreibungsrechts durch den Sejm zu bringen. Dieses Vorhaben scheiterte in mehreren Abstimmungen jedoch an der Regierungsfraktion selbst, die in weltanschaulichen Fragen nicht immer einheitlich urteilt. Opposition und Frauenrechtsgruppen warfen PiS vor, sich die Corona-bedingten Einschränkungen der Versammlungsfreiheit politisch zunutze zu machen. Zweimal nämlich war seit 2016 ein von Kaczynski-Abgeordneten unterstütztes Bürgerprojekt für ein totales Abtreibungsverbot nur durch den so genannten „Schwarzen Protest“, durch weitläufige Frauenproteste im ganzen Land, verhindert worden. Das gleiche Los war in diesen Wochen einer PiS-nahen Bürger-Gesetzesinitiative beschieden, die den Sexualkunde-Unterricht in den Volksschulen verbieten wollte.

Präsidenten-Bonus In der Öffentlichkeit präsent mit immer neuen Ansprüchen an die Nation ist vor allem Amtsinhaber Andrzej Duda (PiS). Das hat sich positiv auf dessen Wahlchancen ausgewirkt. Sah es Anfang März noch so aus, dass Duda am 24. Mai bestimmt in eine zweite Wahlrunde muss und dann gegen die Opposition verlieren könnte, könnte er die Wahl nun laut Meinungsumfragen bereits in der ersten Runde mit 59 Prozent der Stimmen für sich entscheiden. Wladyslaw Kosinak-Kamysz (PSL) und der katholische Publizist Szymon Holownia (unabhängig) können demnach gerade einmal mit sieben Prozent rechnen, die lange als Oppositionsführerin gehandelte Malgorzata Kidawa-Blonska (PO) kommt gerade noch auf schwache vier Prozent. Krzysztof Bosak von der rechts-extremen „Konföderation“ und der linke Schwulenaktivist Robert Biedron haben die Liberale je um einen Prozentpunkt überholt.

Schon lange bevor ihre Werte so schlecht geworden sind, hat die Opposition geschlossen eine Verschiebung der Präsidentschaftswahlen auf einen Zeitpunkt nach der Corona-Krise gefordert. Der würde es den insgesamt 19 Kandidaten erlauben, wieder frei im Land herumzureisen und einen klassischen Wahlkampf zu führen. Die PiS-Regierung verweist jedoch nicht zu Unrecht auf die Verfassung, die den Beginn der Präsidentschaftswahl spätestens 90 Tage vor Ablauf der Amtszeit des noch regierenden alten Staatspräsidenten vorsieht. Damit kommen für die erste Runde nur zwei Sonntage im Mai infrage: der 10. und der 17. Mai. Die Opposition will dies mit der Ausrufung eines Naturkatastrophen-Notstandes umschiffen, eines Sonderrechts, das eine elastische Verschiebung aller möglichen Wahlen ermöglichen würde. Dies aber ist ein Spiel mit dem Feuer. Denn die Notstandsgesetze würden einer Regierung weitreichende Machtbefugnisse



Mit Gegenwind

POLEN Das Coronavirus stürzt das Land ins Politchaos. Besonders um das Datum für die Präsidentschaftswahl ist ein heftiger Streit entbrannt

Demonstranten mit Mundschutz protestieren gegen eine weitere Verschärfung des restriktiven Abtreibungsrechts in Polen. Im Windschatten von Corona wollte die regierende PiS-Partei die Neuregelung durch den Sejm bringen. © picture-alliance/NurPhoto

geben, die schon jetzt wenig Achtung von EU-weit anerkannten demokratischen Grundsätzen wie Gewaltenteilung und Rechtsstaatlichkeit an den Tag legt. Die Regierung wiederum lehnt dieses Verfahren mit dem Verweis auf angeblich sehr hohe Kosten für Staatshaushalt und Wirtschaft ab. Am vergangenen Freitag hieß es allerdings in PiS-Kreisen plötzlich, Regierungsparteichef Jaroslaw Kaczynski erwäge die Ausrufung eines solchen Notstands.

Sorge um die Wirtschaft Für möglichst frühe Wahlen sprechen bei der PiS nicht nur die guten Umfragewerte von Amtsinhaber Duda, sondern auch die Tatsache, dass die ökonomischen Folgen der Corona-Krise für jede Regierung in einem Wahljahr eine Belastung darstellen. Je später die Wahlen stattfinden, desto schlechter wird es im Zuge der Pandemie um die Wirtschaft stehen – und desto wahrscheinlicher werden die Wähler die Regierung dafür abstrafen. Polen etwa hatte den Shutdown früh beschlossen und hart durchgesetzt.

Dennoch zählte man bis Freitag mehr als 10.000 Infizierte und fast 500 Tote. In Polen werde aus politischen Gründen viel zu wenig getestet, die effektiven Zahlen seien vielmehr höher, kritisierte in einem Interview mit der Tageszeitung „Rzeczpospolita“ ausgerechnet der PiS-Politiker Andrzej Soznierz, ein ehemaliger Leiter des Staatlichen Gesundheitsfonds NFZ. Laut Soznierz können die Präsidentschaftswahlen am 10. Mai unmöglich abgehalten werden.

Kaczynski macht in dem ganzen Streit einen ziemlich verlorenen Eindruck. Erst als er keine andere Wahl mehr hatte, als sich die medizinisch begründeten Bedenken seines Gesundheitsminister Lukas Szumowski anzuhören, ließ er ein Sondergesetz über eine Briefwahl – für Polen ein Novum – durch das Parlament peitschen. Dort hat die PiS die absolute Mehrheit. Seitdem hat sich der Disput verschoben: weg vom Wahldatum, hin zu den Modalitäten der Briefwahl. Präsidentschaftskandidatin Kidawa-Blonska fordert offen zum

Boykott einer solchen Wahl auf. Die Opposition warnt, das Virus würde mit den Wahlunterlagen im ganzen Land verbreitet. Bei PiS wird im Zusammenhang mit der Briefwahl immer wieder auf die kürzlichen Lokalwahlen in Bayern verwiesen. Dabei wird von der Regierung gerne übersehen, dass die Bayern schon seit Jahrzehnten in Briefwahlen geübt sind. Die Legitimität solcher über das Knie gebrochener Wahlen sei äußerst schwach, warnte bereits Mitte der Woche das Polnische Helsinki-Komitee für Menschenrechte. Die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) verwies auf die sehr ungleichen Wahlkampfmöglichkeiten.

PiS reagiert auf diese Kritik ziemlich gereizt. Offenbar hat Kaczynski beschlossen, nicht zu riskieren, dass ihm Präsident Duda, der ihm auch die umstrittensten PiS-Gesetze unterschreibt, abhandeln könnte. *Paul Flückiger*

Der Autor ist freier Korrespondent in Warschau.

Orbans »Lex-Corona« auf dem Prüfstand

UNGARN Massive Kritik an Notstandsgesetzgebung

Das Ende März verabschiedete Gesetz, mit dem das ungarische Parlament der Regierung in Budapest außerordentliche Vollmachten in der Corona-Krise übertragen hat, hat Ministerpräsident Viktor Orbán viel Kritik eingetragen. Am schärfsten hat sie der französische Außenminister Jean-Yves Le Drian formuliert, als er von Orbáns „Corona-Diktatur“ sprach. Nutzt der national-konservative Regierungschef, der seit 2010 von den Wählern dreimal in Folge zum starken Mann in Ungarn gemacht wurde, die Pandemie, um autoritäre Strukturen zu verfestigen?

Mit dem „Lex Corona“ kann die Regierung mit Verordnungen die Anwendung einzelner Gesetze aussetzen, von gesetzlichen Bestimmungen abweichen und sonstige außerordentliche Maßnahmen ergreifen, und zwar „zur Prävention, Bekämpfung, Behandlung, ferner zur Prävention und Abwendung der schädlichen Auswirkungen der Humanepidemie“ – das alles „im erforderlichen Maße und im Verhältnis zum Ziel“. Kritiker rügen, dies seien Gummi-Bestimmungen. So seien die Auswirkungen der Epidemie inbegriffen, was es ermögliche, fast jeden Lebensbereich einzubeziehen. Die Regierung erklärt, dass die Reichweite klar auf die Corona-Krise begrenzt sei: „Notwendig und angemessen, das sind die magischen beiden Worte, die eigens auf Forderung der Opposition in den Entwurf aufgenommen worden sind“, sagt Justizministerin Judit Varga. Eine Frist steht nicht im Gesetz. Laut Verfassung liegt es in der Kompetenz der Regierung, die Gefahrenlage auszurufen und ihr Ende festzustellen. Daran entzündete sich der Vorwurf, das Parlament werde ausgehebelt. Die Regierung verweist dagegen auf die Festlegung im Gesetz, wonach das Parlament die Ermächtigung gemäß Absatz eins vor dem Ende der Gefahrenlage zu

Doch nicht alle Corona-Dekrete haben einen gesundheitspolitischen Zweck. So wurde auch eine „Sonderwirtschaftszone“ in der Kleinstadt Göd ausgewiesen. Das Gewerbegebiet – mit einem Samsung-Batteriewerk – und die damit verbundenen Steuereinnahmen werden dadurch der Kommune entzogen, die zufällig seit wenigen Monaten von einem Oppositionspolitiker als Bürgermeister geführt wird. Daher sehen Kritiker hierin eine „Bestrafung“ von Wählern, die der Regierungspartei Fidesz abtrünnig geworden sind.

Regierungssprecher Zoltán Kovács sagt hingegen, es handle sich um eine strategische Entscheidung wegen des Volumens der dort geplanten Investitionen. Der Technologiekonzern Samsung will den Standort für 1,1 Milliarden Euro ausbauen und nach Regierungsangaben 2.700 neue Arbeitsplätze schaffen. Es gibt Widerstände durch lokale Bürger- und Umweltinitiativen und die Kommune. Die werden durch das „Corona-Dekret“ kurzerhand beiseitegeschoben.

Drakonische Strafen Schließlich sind in das umstrittene Gesetzespaket noch Strafrechtsänderungen gepackt worden. Sie drohen drakonische Freiheitsstrafen für den Bruch einer Quarantäne sowie für das Verbreiten von Falschnachrichten „im Zusammenhang mit der öffentlichen Gefahr“ an. Kritiker sehen damit Tür und Tor zur Zensur geöffnet. Zumindest könnten, hieß es, die Strafandrohungen von bis zu fünf Jahren Haft einschüchternd wirken, so dass Medien voreilend Selbstzensur betreiben würden. Die Justizministerin sagt dazu: „Diese Strafbestimmung ist angemessen und notwendig, um Desinformationskampagnen zu bekämpfen.“ Bislang ist keine Anzeige gegen Journalisten bekannt geworden.

Nutzt der Regierungschef die Pandemie, um autoritäre Strukturen zu festigen?

Vorerst ist Ungarn ausweislich der offiziellen Zahlen glimpflich davongekommen.

Vorerst ist Ungarn ausweislich der offiziellen Zahlen glimpflich davongekommen. Zuletzt befanden sich mehr als 800 Covid-19-Erkrankte in den ungarischen Krankenhäusern. Rund 2.400 Corona-Infizierte wurden registriert, 250 Personen sind an der Viruserkrankung gestorben. Weil bislang jedoch nicht alle Erkrankten mit offensichtlichen Symptomen getestet werden konnten, muss man bei der Zahl der Infektionen mit einer weitaus höheren Dunkelziffer rechnen. Nicht von ungefähr hat die Regierung in Budapest jetzt angeordnet, dass die Krankenhäuser des Landes 60 Prozent ihrer Betten freimachen sollen, um Platz für künftige Covid-19-Patienten zu machen. Zusätzliche Kapazitäten werden bereits aus dem Boden gestampft. Zugleich hat Viktor Orbán eine Lockerung der Restriktionen in Aussicht gestellt. Anfang Mai wolle er einen „nüchternen, seriösen Plan“ dafür bekanntgeben, kündigte er an. *Stephan Löwenstein*

Der Autor ist politischer Korrespondent der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ für Österreich und Ungarn.

Billionenschwerer Wirtschaftsaufbau

EUROPA Der Streit um den Wiederaufbau nach der Corona-Krise ist vorerst entschärft. Deutschland wird mehr in den EU-Haushalt einzahlen, Corona-Bonds sind vom Tisch

540 Milliarden Euro will die EU in der Corona-Krise für Kurzarbeiter, Unternehmen und verschuldete Staaten bereitstellen. Auf dieses erste Hilfspaket hatten sich die EU-Finanzminister bereits am 9. April geeinigt. Nun soll die EU-Kommission die Details für ein Konjunkturprogramm ausarbeiten – mit einem Wiederaufbau-Fonds für die europäische Wirtschaft als Herzstück. Darauf haben sich die Staats- und Regierungschefs am vergangenen Donnerstag in ihrer vierten Video-Schaltetelefonkonferenz der Corona-Krise geeinigt. Den Streit um die EU-Reaktion auf den Einbruch der Wirtschaft haben sie damit vorerst entschärft: eine gemeinsame Schuldenaufnahme durch die umstrittenen „Corona-Bonds“, die Italiens Premier Giuseppe Conte vehement gefordert hatte, ist vom Tisch. Dazu beigetragen hat Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) durch ihre Ankündigung im Bundestag, dass Deutschland mehr Mittel für den EU-Haushalt bereitstellen wolle.

Nord- und Südeuropäer müssen sich nun einigen, in welchem Umfang die Hilfen fließen sollen. Länder wie Frankreich, Spanien, Italien und Portugal wollen diese außerdem in Form von Subventionen empfangen. Sollten sie Kredite bekommen, würden die Staatsschulden aber weiter steigen. Frankreich Staatspräsident Emmanuel Macron verlangt daher echte Transfers. Darüber hinaus ist noch unklar, wofür das Geld ausgegeben werden soll. EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hat bereits einen finanziellen Rahmen gesetzt („Wir reden hier über Billionen, nicht Milliarden“) und vier Bereiche genannt, in die die zusätzlichen Mittel fließen sollen. Danach soll der Schwerpunkt bei Investitionen und der Unterstützung von Reformen liegen. Weitere Mittel will von der Leyen für den Kampf gegen den Klimawandel („Green Deal“), für den digitalen Wandel und die strategische Autonomie Europas bereitstellen. Die gemeinsamen Instrumente für das EU-Krisenmanagement sollen gestärkt und EU-Nachbarstaaten und Partner unterstützt werden. Geplant ist, den Wiederaufbau-Fonds an den nächsten mehrjährigen EU-Haushalt anzudocken. Dafür soll die Obergrenze des Budgets von 1,2 auf 2,0 Prozent der EU-Wirtschaftsleistung wachsen. Die Mitglied-



Die EU-Kommission unter Ursula von der Leyen will bis Anfang Mai einen Plan für den wirtschaftlichen Aufbau nach der Corona-Krise ausarbeiten. © picture-alliance/Xinhua

staaten werden das zusätzliche Geld aber nicht einzahlen, sondern als Garantie beibehalten, damit die Kommission Geld an den Finanzmärkten leihen kann. Der Vorteil: Die Mitglieder haften damit anteilig. Bei Corona-Bonds hätte im Extremfall die ganze Haftung bei Deutschland landen können. Merkel hatte nach dem Gipfel aber noch einmal bekräftigt, dass Schulden nicht vergemeinschaftet werden dürften. Davor hatten zuvor auch Union, AfD und FDP im Bundestag gewarnt. Dass Deutsch-

land für alles zahle und hafte, „wird es mit uns nicht geben“, betonte Florian Hahn (CSU) in einer Debatte kurz vor dem Gipfel der Staats- und Regierungschefs. Gegen eine europäische Haftungsjonion spreche außerdem das Grundgesetz, wonach das Budgetrecht beim Bundestag liege und nicht auf eine supranationale Ebene übertragen werden könne. Alexander Graf Lambsdorff (FDP) bezeichnete die Forderung nach Corona-Bonds als „Spaltplatz in der Debatte der Mitgliedstaat-

ten“. In einem Antrag (19/18695), den das Plenum zusammen mit zwei weiteren von Linken und Grünen (19/18687, 19/18713) zur Beratung an den Europaausschuss überwies, setzt seine Fraktion stattdessen auf Kredite aus dem Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) und ein zielgerichtetes Hilfsprogramm der Europäischen Investitionsbank (EIB). Die AfD lehnt EU-gesteuerte Corona-Hilfen dagegen grundsätzlich ab und bekräftigt dies auch in einem Antrag (19/18725). „Der Nationalstaat hat sich in der Corona-Krise bewährt“, urteilte Harald Weyel (AfD) in der Aussprache. Zwar sei gegen Hilfsbereitschaft nichts einzuwenden, eine „Beutegemeinschaft auf unsere Kosten“ dürfe es aber nicht geben. Dies würde zudem die Kapazitäten für die Bewältigung künftiger Krise verringern, warnte er.

Viel Überzeugungsarbeit Die SPD plädiert hingegen nicht erst seit Corona für Staatsanleihen der EU. Das machte Sonja Amalie Steffen erneut deutlich. „Der Einstieg in die Fiskalunion wäre uns Sozialdemokraten wirklich lieb“, sagte sie. Jedoch sei dafür viel Überzeugungsarbeit nötig. Schnelle Finanzhilfen, etwa im Rahmen eines Investitionsfonds, seien daher jetzt das Mittel der Wahl.

Die Linksfraktion beharrt indes darauf, dass eine außergewöhnliche Situation auch außergewöhnliche Finanzierungsmodelle brauche. Sie will daher öffentliche Investitionen in besonders von Corona betroffenen Ländern von der Europäischen Zentralbank (EZB) direkt finanzieren lassen. Auch „Corona-Anleihen“ der Europäischen Investitionsbank (EIB) möchte sie mit langen Laufzeiten ermöglichen, erklärte Andrej Hunko (Die Linke) im Plenum. Die Grünen indes hatten in ihrem Antrag einen Wiederaufbau-Fonds, wie er jetzt von den EU-Staaten beschlossen wurde, bereits vorgeschlagen. Sie sehen in der Fondsschöpfung klare Vorteile gegenüber Corona-Bonds und den bisherigen Anleihekäufen der EZB. „Das bedeutet keine gesamtschuldnerische Haftung“, erklärte Franziska Brantner (Grüne), außerdem könnten im Rahmen von EU-Programmen Bedingungen für die Verwendung der Mittel aufgestellt werden. Grundsätzlich ist auch sie überzeugt: „Den Herausforderungen begegnen wir am besten, wenn wir uns als EU einmalig gemeinsam Geld leihen, es gemeinsam ausgeben und gemeinsam zurückerhalten.“ *Silke Wettach/Johanna Metz*

Silke Wettach ist Korrespondentin der „Wirtschaftswoche“ in Brüssel.

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



US-Präsident Donald Trump (links) und der Immunologe Anthony Fauci: Der Direktor des Forschungszentrums „National Institute of Allergy and Infectious Diseases“ steht seit 1984 US-Präsidenten bei der Bekämpfung von Epidemien als Berater zur Seite.
© picture-alliance/Michael Reynolds/CNP/AdMedia

Keine Chance für Kooperation mit Eritrea

ENTWICKLUNG Eritrea zählt zu den ärmsten Ländern der Welt. Etwa jeder zweite der rund 3,5 Millionen Einwohner lebt unterhalb der Armutsgrenze. Profitabel ist dort nur der Bergbau und der Export von Kupfer und Zink, ausländische Investoren machen mit Ausnahme Chinas einen großen Bogen um das Land. Grund ist das Regime von Isayas Afewerki. Seit der Unabhängigkeit Eritreas von Äthiopien im Jahr 1993 Präsident hat er das Parlament, andere Parteien, freie Medien, den Rechtsstaat und Nichtregierungsorganisationen abgeschafft, Wahlen gab es schon lange keine mehr. In den Gefängnissen sitzen unzählige Inhaftierte, Exil-Eritreer berichten von Verschwundenen, von Folter, Kinderarbeit und anderen gravierenden Menschenrechtsverletzungen. Die Zustände veranlassten allein 2018 41.530 Menschen zur Flucht, 2019 belegte Eritrea in Deutschland Platz neun auf der Liste der Herkunftsländern.

An der schwierigen Lage dürfte sich in Zukunft wenig ändern. Denn die Bundesregierung sieht trotz der „großen entwicklungspolitischen Potenziale“ absehbar keine Chance für eine bilaterale Entwicklungszusammenarbeit mit dem Land. „Die Führung lehnt jede Kooperation ab“, erklärte der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), Norbert Barthle (CSU), vergangene Woche im Entwicklungsausschuss. Sie zeige kein Interesse daran, die Handelsbeziehungen zu verbessern, obwohl Eritrea sogar ein zoll- und quotenfreier Zugang zum europäischen Markt zustehe. Auch ein Dialog über die Menschenrechte im Land sei nicht erwünscht. „Anders als in Äthiopien ist in Eritrea jeder Fortschritt zum Stehen gekommen“, schloss Barthle.

AfD-Antrag abgelehnt Die AfD-Fraktion drängt die Bundesregierung trotzdem darauf, weiter auf das Land zuzugehen. Die Probleme seien bekannt, sagte ein Fraktionsvertreter im Ausschuss, dennoch sollten Investitionen und Potenziale gefördert werden. Die AfD ist überzeugt: Mit einem wirtschaftlichen Aufschwung wird sich auch die Politik verändern. Doch diese Ansicht teilten die übrigen Fraktionen nicht. Sie lehnten einen Antrag (19/15071) der AfD mit dem Titel „Die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Eritrea aufnehmen und orrieren“ einhellig ab. Ein Veränderungswille sei bei der Regierung Eritreas nicht zu erkennen, erklärte ein Mitglied der Unionsfraktion. Außerdem dürften Menschenrechtsaspekte im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit (EZ) keineswegs ausgeklammert werden. Auch die FDP pochte auf eine werbebasierte EZ, Präsident Afewerki müsse sich die Menschenrechtsverletzungen vorwerfen lassen. FDP, Linksfraktion und Grüne äußerten zudem die Vermutung, die AfD ziele mit ihrer Initiative weniger um das Wohl der Menschen in Eritrea als auf den profitablen Bergbausektor des Landes und die Möglichkeit, neue Absatzmärkte für deutsche Unternehmen zu schaffen. Aus der SPD hieß es, man könne niemanden Hilfe aufzwingen. Alle Versuche der Bundesregierung, bilaterale Beziehungen aufzubauen, seien versandet oder offen abgelehnt worden. Ein Vertreter der Grünen warf Afewerki vor, jedwede internationale Zusammenarbeit zu blockieren, um ein Aufdecken der schweren Menschenrechtsverletzungen in den vergangenen drei Jahrzehnten zu verhindern. *joh*

Wenn Tweets nicht helfen

USA In der Corona-Krise wachsen die Zweifel der Amerikaner an den Fähigkeiten ihres Präsidenten

Fragt man Ärzte und Schwestern in amerikanischen Krankenhäusern via Skype, was sie abseits von Erholung am dringendsten benötigen, dann kommen aus erschöpften und deprimierten Gesichtern oft immer noch die Standards von vor sechs Wochen: Es fehlt an Masken, Gummi-Handschuhen und Kitteln, um die vielen Coronavirus-Patienten adäquat behandeln und sich selbst vor Ansteckungsgefahren wirksam schützen zu können. Bei Donald Trumps täglichen TV-Auftritten im Weißen Haus, bei denen die Grenzen zwischen Presse-Unterrichtung und Wahlkampf-Ego-Show längst fließend sind, klingt das radikal anders. Der Präsident erweckt beim Vorlesen der von niemandem nachgehaltenen Beschaffungs-Statistiken über medizinische Grundmaterialien zur Eindämmung der Seuche den Eindruck, als lebten die USA im Vergleich zu anderen Ländern im Versorgungsparadies. Folgerichtig werden kritische Nachfrager als „boshaf“ abgekanzelt. Oder „undankbar“. Oder beides.

Attacken Mit den meist substanzlosen Attacken kämpft Trump gegen ein sich schlechend verfestigendes Bild in der Öffentlichkeit an, das dem Amtsinhaber ein halbes Jahr vor der Wahl Unbehagen bereitet. Eine Mehrheit der Amerikaner goutiert sein Krisen-Management nicht, dessen Widersprüchlichkeit vielleicht am besten mit zwei Facetten beschrieben ist. Noch Anfang März

versprach Trump, das Virus werde einfach verschwinden, wenn der Frühling wärmere Temperaturen bringe. Keine sechs Wochen später warnte Trump davor, dass die USA bis zu 2,2 Millionen Tote zu gewärtigen hätten, wenn die Ansteckungswelle nicht mit einem radikalen „Shutdown“ und strenger Distanzwahrung gebremst werde. Landläufig hat sich die von Wissenschaftlern unterfütterte Meinung etabliert, dass Trump die Corona-Gefahr zu lange ignoriert und relativiert hat, obwohl es Warnungen aus höchsten Kreisen von Pentagon bis hin zu Epidemiologen der eigenen Bundesinstitute gab. Mit der Konsequenz, dass die Bevölkerung weder strukturell noch mental ausreichend vorbereitet war, als die Infektionen Ende Februar stark zu steigen begannen. Heute stehen die USA im Weltmaßstab mit einer beispiellos bitteren Zwischenbilanz da. Die Zahl der Infizierten wird nach der Vorausschau von Forschern der Johns Hopkins-Universität in Baltimore bald die Millionen-Grenze erreichen. Die Zahl der Toten hat die Schallmauer von 50.000 bereits durchbrochen. Die durch Ausgangsbeschränkungen zur „sozialen Distanzierung“ erzeugte Stilllegung des öffentlichen und wirtschaftlichen Lebens wird die Arbeitslos-

Landläufig herrscht die Meinung vor, dass Trump die Gefahr zu lange ignoriert hat.

meldungen bis zum Tag der Arbeit (1. Mai) auf mehr 30 Millionen anwachsen lassen, prophezeien Ökonomen. Obwohl Regierung und Kongress Hilfspakete im astronomischen Volumen von bisher 2.700 Milliarden Dollar ausgereicht haben, darunter Schecks in Höhe von 1.200 Dollar für Einzelpersonen mit einem Jahreseinkommen unter 100.000 Dollar und zweitellige Milliardensummen für große Unternehmen, befindet sich die US-Wirtschaft im freien Fall. De facto, sagen Kongress-Abgeordnete, liege die Arbeitslosenquote schon heute bei mehr als 20 Prozent. In dieser Gemengelage sucht Trump, der sich durch Ausgrenzung der Wählerschaft links der Mitte den Ruf des „Polarisierers-in-Chief“ erworben hat, nach Gesten, die einheitsstiftend wirken sollen. So ist „Operation America Strong“ entstanden. Dabei handelt es sich wie so oft bei Trump um patriotisch aufgeladene Symbolik am Himmel. Im Luftraum über New York, Philadelphia, Chicago, New Orleans, Dallas, Atlanta, Portland, San Francisco, Los Angeles und vielen anderen Ballungszentren werden demnächst die Flugakrobaten der Marine („Blue Angels“) und der Luftwaffe („Thunderbirds“) ihre Künste demonstrieren, um

sich für die „nationale Einheit einzusetzen und den vielen Helfern im Gesundheitswesen Tribut zu zollen“, wie Trump es formuliert. Am Boden geht der Zickzackkurs, den Trump seit Beginn der Epidemie fährt, weiter. Nachdem der Präsident einen unverbindlichen Drei-Stufen-Plan veröffentlicht hat, nach dem das Land schrittweise wieder in Normalbetrieb übergehen soll, zeichnet sich ein Flickenteppich von Regionen ab, in denen Geschäfte, Restaurants, Friseur-Salons und Bowlingbahnen schon bald wieder Kunden empfangen, während es im Nachbarbundesstaat noch „closed shop“ heißt. Dabei kommt es zu kuriosen Scharmützeln. **Schelte** So hat Trump, der seit Wochen auf Wieder-Eröffnung des Landes pocht, den republikanischen Gouverneur von Georgia, Brian Kemp, dafür gescholten, zu früh die Zügel schleifen zu lassen. Dahinter steht die tiefe Sorge seiner Top-Wissenschaftler Anthony Fauci und Deborah Birx, dass im Städtstaat die Fallzahlen zeitversetzt nach oben schnellen werden, wenn der Lockerung der Ausgangsbeschränkungen nicht eine massive Ausweitung von Tests vorangeht. Nur dann lasse sich verlässlich über den Grad der Durchseuchung urteilen, sagt Anthony Fauci. Bei den Tests jedoch hapert es nicht nur in Georgia. Auch wenn Trump permanent das Gegenteil beschwört, sind die erreichten Test-Zahlen (landesweit weniger als fünf Millionen) aus Sicht der Wissenschaft

„noch viel zu dürftig“. Auch hier spielt die Regierung in Washington nicht mit sauberen Karten. Sie war es, die durch Schlamereien der Seuchenschutzbehörde CDC wertvolle Zeit verstreichen ließ, um einen verlässlichen Virus-Test zu produzieren und für die Bundesstaaten zu bevorraten. Sie war es auch, die bis heute zulässt, dass die Bundesstaaten beim sprichwörtlichen Beschaffungskampf um Schutzmasken und Test-Ütensilien miteinander konkurrieren. Ausgerechnet ein angesehener Parteikollege Trumps, Marylands republikanischer Gouverneur Larry Hogan, hat den Misstand kürzlich offengelegt. Über Kontakte seiner aus Asien stammenden Frau ließ der Chef der Dachorganisation aller 50 US-Gouverneure aus Seoul 500.000 Test-Kits für seinen Bundesstaat einfliegen – „der Not gehorchend“. Trump war über die Bloßstellung über alle Maßen pikiert. Sie zählt nach Ansicht von US-Kommentatoren auf das Konto von Trumps designierter Herausforderer Joe Biden ein. Der demokratische Alt-Vizepräsident will eine zweite Amtszeit des Rechtspopulisten zum Frommen der „Seele Amerikas“ verhindern. Wie Trump im Verlauf der Coronavirus-Pandemie agiert, könnte Biden bei aller Vorsicht vor verfrühten Prognosen ausweislich diverser Umfragen am 3. November in die Hände spielen. *Dirk Hautkapp*

Der Autor ist US-Korrespondent der Funke-Mediengruppe.

300 Soldaten für »Irin«

MITTELMEER Bundeswehr soll als Teil der neuen EU-Mission das Waffenembargo gegen Libyen überwachen

Die Bundeswehr soll sich an der EU-Mission EUNAVFOR MED IRINI im Mittelmeer beteiligen, mit der das Waffenembargo der Vereinten Nationen gegen Libyen durchgesetzt, Menschen-smuggel und illegale Öl-Exporte unterbunden und die libysche Küstenwache ausgebildet werden sollen. Einen entsprechenden Antrag der Bundesregierung (19/18734) verwies das Bundestagsplenum in der vergangenen Woche in die Ausschüsse. Die Bundeswehr soll bei der Operation Aufgaben wie die Seeraumüberwachung „auf und über See“ und die Lagebilderstellung übernehmen und dafür bis zu 300 Soldatinnen und Soldaten entsenden können. Mit der Beteiligung an der Mission will die Bundesregierung nach eigenem Bekunden „zu einer stabilisierenden Wirkung auf Libyen sowie zu dem durch die Vereinten Nationen geführten politischen Friedensprozess des Landes aktiv“ beitragen. Die Operation soll wie bereits die frühere EU-Mittelmeer-Mission „Sophia“ außerdem die völkerrechtliche Verpflichtung zur Hilfeleistung für in Seenot geratene Personen wahrnehmen. „Leistet ein an EUNAVFOR MED IRINI beteiligtes Schiff im Rahmen der Auftragsbefreiung gemäß der völkerrechtlichen Verpflichtung Seenothilfe, so sieht die vereinbarte Ausschiffungsregelung vor, dass aus Seenot Gerettete in Griechenland ausge-

sandt werden können“, heißt es im Antrag weiter. Alle Geretteten würden anschließend auf Grundlage vorab zu erklärender Zusagen zwischen den Mitgliedsstaaten der EU verteilt, die sich an der Regelung beteiligen. Vorgesehen ist bei „Irin“ aber ein Mechanismus, der den Einsatz von Schiffen einschränken kann, wenn Mitgliedsländer den Eindruck haben, dass die Mission Migrationsbewegungen hervorruft. Ein Mitgliedstaat kann demnach veranlassen, dass Schiffe aus einem Teilbereich für maximal acht Tage zurückgezogen werden und das Politische und Sicherheitspolitische Komitee (PSK) des Rates der EU über einen sogenannten migrationsbezogenen „Pull Faktor“ entscheiden muss. Außenminister Heiko Maas (SPD) räumte in der Debatte ein, dass sich die Erwartungen der Berliner Libyen-Konferenz im Januar nicht erfüllt hätten. Voraussetzung für einen Friedensprozess sei, „dass die Waffen schweigen“. Dafür solle diese Mission mit

der Überwachung des Embargos einen Beitrag leisten und darüber hinaus ein Signal europäischer Handlungsfähigkeit und Entschlossenheit senden. Petr Bystron (AfD) sprach unter Verweis auf die Vorgänger-Operation „Sophia“ von einer „Mogelpackung“. Statt Waffenschmuggler zu fangen, seien mit dieser Mission Zehntausende Migranten aus Afrika nach Europa „geschmuggelt“ worden. Jürgen Hardt (CDU) argumentierte, dass jene Länder, die weiterhin Waffen nach Libyen schmuggelten, mit „Irin“ künftig einen „politischen Preis“ zu zahlen hätten. Denn es sei „immerhin so, dass diejenigen, die das Embargo brechen oder im Verdacht stehen, es gebrochen zu haben, öffentlich benannt werden können und sich öffentlich rechtfertigen sollen“. Bijan Djir-Sarai (FDP) begrüßte die Mission zwar als „ersten und richtigen Schritt zur Überwachung des Waffenembargos“. Mit Blick auf die unterschiedlichen Interessen

Italiens und Frankreichs in Libyen dürfe sie aber nicht zu einer „Alibimission“ verkommen, die lediglich den „Schein einer gemeinsamen europäischen Außenpolitik“ wahre. Auf diesen Umstand ging auch Sevim Dagdelen (Die Linke) ein: „Ausgerechnet Italien und Frankreich, die weil es um die Interessen ihrer Ölkonzerne Eni und Total geht, die jeweils andere Seite im libyschen Bürgerkrieg unterstützen, sollen ihre jeweiligen Freunde daran hindern, an frische Waffen zu kommen?“, fragte sie an den Außenminister gewandt. „Das glauben Sie doch selber nicht, Herr Maas!“ Omid Nouripour (Grüne) kritisierte ebenso die europäische Uneinigkeit, die ein Vakuum hinterlasse. Von der Bundesregierung wünsch er sich eine klare Positionierung: „Es ist höchste Zeit, dass die Vereinigten Arabischen Emirate, Russland, Ägypten und die Türkei als die hauptsächlichsten Brecher des Waffenembargos benannt werden.“ *Alexander Heinrich*



»Wer das Embargo bricht, soll sich dafür öffentlich rechtfertigen müssen.«
Jürgen Hardt (CDU)

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



DAS LEBEN ÄNDERT SICH
Bitte benachrichtigen Sie uns bei:
Namensänderung
Adressänderung
Änderung der Bankverbindung
Telefonisch unter: 089-85853832,
via E-Mail: fazit-com@intime-media-services.de
oder online unter:
www.das-parlament.de/aboservice

AUFGEKEHRT

In der Krise steckt die Kraft

Wenn wir in der Coronakrise eines gelernt haben, dann dies: Spargel ist systemrelevant. Manche mögen es gewusst haben, gefühlt haben wir es alle. Ohne das Edelgemüse schmeckt das Leben fad. Also hat die Bundesregierung alles in Bewegung gesetzt, damit die Spargelernte trotz Kontaktsperre aus dem Boden gepult werden kann, vor allem die Profistecher aus Osteuropa, die nun wieder über die brandenburgische und badische Krume pflügen mit einem Tunnelblick für die verborgenen Stengel. Denn auch das haben wir gelernt: Nicht jeder Trottel bringt den Spargel in voller Schönheit ans Tageslicht. Der Amateur sticht daneben oder zu kurz. Nicht auszuenden: Beelitzer Spargel und dann zu kurz. Da legt sich der Wirtschaftsminister, der die ganze Wucht der Rezession abzufedern hat, doch gleich wieder hin. Ein Tag ohne Spargel ist wie ein Morgen ohne Mettbrötchen. Wie die tapferen Frauen und Männer aus Rumänien mit ihrem Mundschutz da an der Gangway standen und winkten wie die Royals, endlich mal willkommen heißen von einer stolzen Nation, die sonst unter Ausländern nur Wirtschaftsasylantern entlarvt. Jetzt wandern wir also auf den Polenmarkt und kaufen deutschen Spargel, von Rumänen geerntet, für einen Euro die Stange. Veronika, der Spargel wächst, die Reichen singen tralala. Bevor jetzt alle mit-singen, kurz mal innehalten und der Kanzlerin lauschen: „Die Situation ist trügerisch. Wir dürfen uns keine Sekunde in Sicherheit wiegen.“ Genau, denn Dürre droht. Was macht der Erntehelfer, wenn es nichts zu ernten gibt? In Afrika soll es noch Regenmacher geben, die bei Berufsankennung zur Ausreise bereit sind. *Claus Peter Kosfeld*

VOR 70 JAHREN...

Ende der Rationierung

30.4.1950: Lebensmittelmarken werden abgeschafft. In den ersten Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg waren Lebensmittel in Deutschland knapp. Hamsterkäufe, Schlange stehen und ein florierender Schwarzmarkt waren die Folgen. Und utopische Preise: So kostete 1947 zum Beispiel 50 Kilo Kartoffeln umgerechnet bis zu 2.500 Euro. Um



Lebensmittelmarken galten etwa für Fleisch, Butter, Vollmilch, Fett und Brot.

die Versorgung aller mit dem wenigen, das vorhanden war, dennoch sicherzustellen, wurden Lebensmittelkarten ausgegeben. So sollten Nahrungsmittel rationiert werden. Dabei ging man 1946 davon aus, dass jeder Deutsche durchschnittlich 1.500 Kalorien pro Tag benötigte – häufig gab es dafür jedoch nicht genug. Bis Anfang 1950 verbesserte sich die Lage: Am 30. April verloren die letzten Lebensmittelmarken ihre Gültigkeit. Im Januar hatten erste Gerichte die Runde gemacht, dass ein Ende der Rationierung von Grundnahrungsmitteln bevorstehe. Ernährungsminister Wilhelm Niklas (CSU) dementierte die Meldungen zwar. In der Kabinettsitzung am 13. Januar betonte er aber, es müsse geprüft werden, ob und in welchem Umfang die Rationierung noch aufrechterhalten werden solle. Die Versorgungslage bei Fleisch, Brot, Fett und Milch sei „günstig“, heißt es im Protokoll. Bei Zucker sehe es schlechter aus. Schließlich beschloss die Regierung, ab 1. März 1950 nur noch Zuckerkarten auszugeben. Am 31. März einigte sich das Kabinett darauf, ab 1. Mai auch diese Rationierung zu beenden. In der DDR sollte das Ende der Lebensmittelmarken auf sich warten lassen: Dort waren sie noch bis 1958 gültig. *Benjamin Stahl*

ORTSTERMIN: VIRTUELLES PARLAMENT



Neue Normalität im Bundestag: Die Arbeit im Plenum, den Ausschüssen und Gremien ist vor allem durch eins gekennzeichnet: Abstand. Viele Sitzungen wurden in den virtuellen Raum verlagert, wie auch die Sitzung der Enquete-Kommission „Berufliche Bildung in der digitalen Arbeitswelt“ (untere Bildhälfte). © Deutscher Bundestag/Achim Meide und Screenshot Videokonferenz

Kreativ durch die Krise

Sie sind zu einem Symbol für die neue Normalität im Bundestag geworden: Die weißen „Bitte freilassen“-Schilder leuchteten in der vergangenen Sitzungswoge nicht mehr nur auf den festerblauen Sesseln im Plenarsaal, sondern auch in einigen Ausschüssen: Zwei Plätze frei, nur jeder dritte wird besetzt – der coronabedingt neu eingeführte Arbeitsmodus heißt momentan vor allem: Abstand, weniger Kontakt und Arbeiten im virtuellen Raum. Man sei sich fraktionsübergreifend einig, sagte Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble (CDU) bereits Ende März, dass „die Handlungsfähigkeit dieses Verfassungsorgans unter allen Umständen zu wahren“ sei und „gleichzeitig das Infektionsrisiko so weit wie irgend möglich“ minimiert werden müsse. In der Folge wurde vergangene Woche an zwei statt drei Sitzungstagen getagt. Seit die Geschäftsordnung, befristet bis Ende September, geändert wurde, ist der Bundestag bereits mit einem Viertel statt der Hälfte der Abgeordneten beschlussfähig. Auch bei Wahlen gilt Abstand: Momentan wird nicht mittels einer

Stimmkarte, die in eine Wahlurne geworfen wird, sondern per Handzeichen gewählt. Deutlich gestiegen ist die Zahl der Videokonferenzen: Viele Fraktionen verlagerten ihre Arbeit schon frühzeitig in das Heimbüro, auch Fraktionssitzungen fanden erstmals virtuell statt. Virtuelle Konferenzen halfen auch da, wo getagt werden musste – Kreativität und Improvisation bei Tonproblemen, Zeitverzögerungen und Hintergrundgeräuschen inklusive. „Wir betreten Neuland mit dieser Webkonferenz. Die Präsenzveranstaltung war wegen der Pandemie nicht denkbar“, eröffnete der Vorsitzende der Enquete-Kommission „Berufliche Bildung in der digitalen Arbeitswelt“, Stefan Kaufmann (CDU), vergangene Woche die Sitzung über seinen Computer. Erstmals trat die Kommission rein virtuell mit mehr als 70 Teilnehmern zusammen. Wer eine Frage oder Anmerkung habe, solle sich über die Mitteilung „Wortmeldung“ im Chatfenster melden, erklärte Kaufmann das neue Vorgehen. Auch die nächste Sitzung Anfang Mai werde über dieses Verfahren

durchgeführt, hieß es im Anschluss aus der Kommission. „Bitte Abstand“ galt auch im Umweltausschuss. Im großen Sitzungssaal im Marie-Elisabeth-Lüders-Haus des Bundestags fanden sich vergangenen Mittwoch nur wenige Abgeordnete und ein Sachverständiger für ein Fachgespräch ein. Die fünf weiteren Experten saßen vor den Kameras ihrer digitalen Endgeräte. Zuschauer konnten über www.bundestag.de zusehen. „Das hier ist ein Versuch für ein erstes öffentliches Fachgespräch“, sagte die Vorsitzende Sylvia Kötting-Uhl (Bündnis 90/Die Grünen), bevor die Tonverbindung zu den Experten abbrach und sie mehrmals neu hergestellt werden musste. „Hier im Bundestag sind die Sicherheitsvorkehrungen sehr hoch, die Fraktionen nutzen etwas weniger sichere Formate“, erklärte sie den Zuschauern. Nach anfänglichen Schwierigkeiten habe das Experiment aber funktioniert: „Wir lernen daraus, dass auch ungünstige Bedingungen nicht zum Scheitern führen müssen“, bewertete sie den Versuch, dem vermutlich noch weitere folgen werden. *Lisa Brübler*

PERSONALIA

**->Jürgen Anbuhl
Bundestagsabgeordneter 1970-1976,
SPD**

Am 5. Mai vollendet Jürgen Anbuhl sein 80. Lebensjahr. Der promovierte Philologe und Gymnasiallehrer aus Eckernförde trat 1963 der SPD bei und wurde 1967 in den Landesvorstand der schleswig-holsteinischen Jungsozialisten gewählt. Von 1972 bis 1975 amtierte er als Vorsitzender des SPD-Ortsvereins Eckernförde. Seit 1965 engagierte sich Anbuhl dort auch kommunalpolitisch, war Stadtrat sowie Bürgervorsteher. Im Bundestag gehörte er dem Ausschuss für Jugend, Familie und Gesundheit sowie dem Wirtschaftsausschuss an.

**->Manfred Scherrer
Bundestagsabgeordneter 1987-1990,
SPD**

Am 6. Mai begeht Manfred Scherrer seinen 80. Geburtstag. Der Verlagskaufmann aus Neuwied wurde 1962 SPD-Mitglied, war Vorsitzender des Unterbezirks Neuwied-Altenkirchen sowie Mitglied des SPD-Bezirksvorstands Rheinland/Hessen-Nassau. Von 1975 bis 1987 gehörte er dem rheinland-pfälzischen Landtag an. Scherrer, zudem seit 1969 kommunalpolitisch aktiv, war von 1990 bis 2000 Oberbürgermeister von Neuwied. Im Bundestag wirkte er im Ausschuss für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau mit.

**->Reinhold Strobl
Bundestagsabgeordneter 1999-2002,
SPD**

Reinhold Strobl wird am 10. Mai 70 Jahre alt. Der Industriekaufmann aus Schnaitenbach/Kreis Amberg-Weilheim schloss sich 1967 der SPD an, wurde 1983 dort Kreisvorsitzender und gehörte dem SPD-Bezirksvorstand Oberpfalz an. 1978 wurde er erstmals Stadtrat und gehört seit 1984 dem Kreistag Amberg-Weilheim an. Im Bundestag wirkte der Sozialdemokrat im Umweltausschuss sowie im Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen mit. Von 2005 bis 2018 war Strobl Mitglied des Bayerischen Landtags. *bmh*

Früherer Arbeitsminister Blüm gestorben

Der CDU-Politiker und frühere Arbeits- und Sozialminister Norbert Blüm (Foto) ist im Alter von 84 Jahren gestorben. Das teilte sein Sohn am Freitag in Bonn mit. Blüm hatte jüngst öffentlich gemacht, dass er nach einer Blutvergiftung von der Schulter abwärts gelähmt war. Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble (CDU) würdigte Blüm als eine große Politikerpersönlichkeit des Landes: „Seine markante Stimme wird in der deutschen Politik noch lange Nachhall finden.“



Blüm war der einzige Minister, der Bundeskanzler Helmut Kohl (CDU) über dessen gesamte Regierungszeit von 1982 bis 1998 im Kabinett begleitete. Untrennbar mit ihm verbunden ist der Satz: „Die Rente ist sicher.“ Blüm wurde 1935 im hessischen Rüsselsheim geboren und absolvierte eine Werkzeugmacher-Lehre. Über den zweiten Bildungsweg holte er das Abitur nach und schloss ein Studium der Philosophie, Germanistik, Geschichte und Theologie an. 1967 promovierte er. Schon 1950 trat Blüm in die CDU ein.

Dem Deutschen Bundestag gehörte er von 1972 bis 1981 und von 1983 bis 2002 an. Dort engagierte er sich überwiegend im Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung und im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Von 1980 bis 1981 war Blüm stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Stellvertretender Bundesvorsitzender seiner Partei war Blüm von 1981 bis 1990 und von 1992 bis 2002.

In der Union galt er insbesondere während der schwarz-gelben Koalition je nach politischem Standort als „soziales Gewissen“ oder „soziales Feigenblatt“. Als seine nachhaltigste Leistung wird die Einführung der Pflegeversicherung im Jahr 1995 gesehen. Blüm war verheiratet und hat drei Kinder. Er galt als engagierter Katholik, der sich nach seinem Ausscheiden aus der Bundespolitik sozial engagierte und immer wieder zu Wort meldete. *lbr mit dpa*

LESERPOST

Zur Ausgabe 14-15 vom 30. März 2020, „Im Epizentrum“ auf Seite 6:
Ich habe mich über die Unterzeile „Präsident Donald Trump kämpft gegen Corona, Herausforderer Joe Biden um Aufmerksamkeit“ geärgert. Der Eindruck, den diese Zeile vermittelt, ist verheerend: Trump, der in der jetzigen Krise von Anfang an und bis heute total versagt hat, wird zum Kämpfer für die Gesundheit des amerikanischen Volkes stilisiert, während dabei Joe Biden zum wahlkämpfenden Showman herabgewürdigt wird. Dass in Medien heutiger Prägung journalistische Grundsätze oft dem Boulevard geopfert werden, ist eine bedauerliche Zeiterscheinung. Dass das offizielle Organ des Deutschen Bundestages offensichtlich davon auch nicht frei ist, macht einfach nur zornig. *Helmut Schmidt, Kirchensahr*

Zur selben Ausgabe „Krise ohne Vorbild“ auf Seite 1:
Aktuell hört man im Zuge dieser Krise ohne Vorbild immer wieder, dass die Weltwirtschaft wegen des Corona-Virus wackelt, dass in Washington wöchentlich Millionen Joblose aufschlagen und Ökonomen sich in düstersten Prognosen ergehen. Dann könnte man doch auch noch ein paar drakonische Strafzölle verhängen, zum Beispiel um das renitente China zu erziehen? Oder man dreht dem Iran den Öl-Hahn zu? Man sorgt für einen Regimewechsel in Venezuela oder unterbindet, dass Nordkorea Raketen verschießt? *Andreas Scheuer, Kerpen*

Zum selben Artikel:
Covid-19, die Geißel des neuen Jahrzehnts! Ein unbekanntes Virus versetzt unsere komplexe Welt in Angst, Schrecken und Trauer. Die Pandemie verursacht seit dem Zweiten Weltkrieg die größte globale Krise und zeigt die weltweiten Schwächen der Globalisierung auf. Sie zwingt fast alle Völker der Welt zum Lockdown. Virologen und Ärzte gelangen bei der Suche eines passenden Impfstoffes oder von Medikamenten an die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit. Der Bundestag billigte dagegen einmütig das größte Hilfspaket der Geschichte. Doch das Virus und die Folgen zwingen die Menschen zum Nachdenken. In der Corona-Krise kommt das Gute wie das Schlechte wie in einem Brennglas zu Tage. Machen wir aus allem das Beste! *Klaus P. Jaworek, Büchenbach*

**Haben Sie Anregungen, Fragen oder Kritik?
Schreiben Sie uns:**
Das Parlament
Platz der Republik 1
11011 Berlin
redaktion.das-parlament@bundestag.de
Leserbriefe geben nicht die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen.
Die nächste Ausgabe von „Das Parlament“ erscheint am 11. Mai.
PANNENMELDER
Zur Beilage „Leicht erklärt“ der Ausgabe 16-17 vom 14. April 2020:
Zum Vereinten Königreich Großbritannien gehört neben England, Schottland und Wales auch Nordirland, nicht Irland, wie es fälschlicherweise auf der Titelseite der Beilage heißt.

SEITENBLICKE



DEBATTENDOKUMENTATION

Regierungserklärung und Debatte zur Bewältigung der Pandemie / 156. Sitzung des 19. Deutschen Bundestags am 23. April 2020

Dr. Angela Merkel, CDU, Bundeskanzlerin:

Diese Pandemie ist eine demokratische Zumutung



Angela Merkel (*1954)
Wahlkreis Vorpommern-Rügen

Wir erleben ganz und gar außergewöhnliche, ernste Zeiten. Und wir alle, Regierung und Parlament, unser ganzes Land, werden auf eine Bewährungsprobe gestellt, wie es sie seit dem Zweiten Weltkrieg, seit den Gründungsjahren der Bundesrepublik Deutschland nicht gab. Es geht um nicht weniger als das Leben und die Gesundheit der Menschen. Und es geht um den Zusammenhalt und die Solidarität in unserer Gesellschaft und in Europa.

Ich stehe vor Ihnen als Bundeskanzlerin einer Bundesregierung, die in den vergangenen Wochen zusammen mit den Bundesländern Maßnahmen beschlossen hat, für die es kein historisches Vorbild gibt, an dem wir uns orientieren könnten. Wir haben Ihnen, dem Parlament, Gesetzentwürfe zugeleitet und Sie um die Bewilligung von Finanzmitteln in einer Höhe gebeten, wie sie vor der Coronapandemie schlicht außerhalb unserer Vorstellungen lag. Ich danke von Herzen dafür, dass der Deutsche Bundestag wie im Übrigen ja auch der Bundesrat unter schwierigen Umständen die gesetzlichen Maßnahmen äußerst schnell beraten und beschlossen hat.

Wir leben nun seit Wochen in der Pandemie. Jeder Einzelne von uns hat sein Leben den neuen Bedingungen anpassen müssen, privat wie beruflich. Jeder von uns kann berichten, was ihm oder ihr besonders fehlt, besonders schwerfällt. Und ich verstehe, dass dieses Leben unter Coronabedingungen allen schon sehr, sehr lange vor-

Niemand hört es gerne, aber es ist die Wahrheit: Wir leben nicht in der Endphase der Pandemie, sondern immer noch an ihrem Anfang. Wir werden noch lange mit diesem Virus leben müssen. Die Frage, wie wir verhindern, dass das Virus zu irgendeinem Zeitpunkt unser Gesundheitssystem überwältigt und in der Folge unzähligen Menschen das Leben kostet, wird noch lange die zentrale Frage für die Politik in Deutschland und Europa sein.

Mir ist bewusst, wie schwer die Einschränkungen uns alle individuell, aber auch als Gesellschaft belasten. Diese Pandemie ist eine demokratische Zumutung; denn sie schränkt genau das ein, was unsere existenziellen Rechte und Bedürfnisse sind – die der Erwachsenen genauso wie die der Kinder. Eine solche Situation ist nur akzeptabel und erträglich, wenn die Gründe für die Einschränkungen transparent und nachvollziehbar sind, wenn Kritik und Widerspruch nicht nur erlaubt, sondern eingefordert und angehört werden – wechselseitig. Dabei hilft die freie Presse.

Dabei hilft unsere föderale Ordnung. Dabei hilft aber auch das wechselseitige Vertrauen, das die letzten Wochen hier im Parlament und überall im Land zu erleben war. Wie selbstverständlich sich die Bürgerinnen und Bürger füreinander eingesetzt haben und sich eingeschränkt haben als Bürgerinnen und Bürger für andere, das ist bewundernswert.

Lassen Sie mich Ihnen versichern: Kaum eine Entscheidung ist mir in meiner Amtszeit als Bundeskanzlerin so schwergefallen wie die Einschränkungen der persönlichen Freiheitsrechte.

Auch mich belastet es, wenn Kinder im Moment nicht einfach ganz unbeschwert ihre Freundinnen und Freunde treffen können und das so vermissen. Auch mich belastet es, wenn Menschen derzeit grundsätzlich nur mit einem weiteren Menschen außerhalb ih-

res eigenen Hausstands spazieren gehen können und immer auf den so wichtigen Mindestabstand achten müssen.

Auch mich belastet ganz besonders, was die Menschen erdulden müssen, die in Pflege-, Senioren-, Behinderteneinrichtungen leben. Dort, wo Einsamkeit ohnehin zum Problem werden kann, ist es in Zeiten der Pandemie und ganz ohne Besucher noch viel einsamer. Es ist grausam, wenn außer den Pflegekräften, die ihr Allerbestes tun, niemand da sein kann, wenn die Kräfte schwinden und ein Leben zu Ende geht. Vergessen wir nie diese Menschen und die zeitweilige Isolation, in der sie leben müssen. Diese 80-, 90-Jährigen

Kaum eine Entscheidung ist mir in meiner Amtszeit als Bundeskanzlerin so schwergefallen.

haben unser Land aufgebaut. Den Wohlstand, in dem wir leben, haben sie begründet. Sie sind Deutschland genau wie wir, ihre Kinder und Enkel. Und wir kämpfen den Kampf gegen das Virus auch für sie. Ich bin deshalb auch über-

zeugt, dass die so harten Einschränkungen dennoch notwendig sind, um diese dramatische Krise als Gemeinschaft zu bestehen und das zu schützen, was unser Grundgesetz in das Zentrum unseres Handelns stellt: das Leben und die Würde jedes einzelnen Menschen.

Durch die Strenge mit uns selbst, die Disziplin und Geduld der letzten Wochen haben wir die Ausbreitung des Virus verlangsamt. Das klingt wie etwas Geringes, aber es ist etwas ungeheuer Wertvolles. Wir haben Zeit gewonnen und diese wertvoll gewonnene Zeit gut genutzt, um unser Gesundheitssystem weiter zu stärken. Dreh- und Angelpunkt aller Bemühungen im medizinischen Bereich sind die Intensivstationen. Dort entscheidet sich das Schicksal für die am schwersten von Corona Betroffenen. Wir alle kennen die furchtbaren Berichte aus Krankenhäusern in einigen Ländern, die vom Virus ein paar Wochen lang schlicht überrannt waren. Dass es dazu nicht kommt, das ist das schlichte und gleichzeitig so

anspruchsvolle Ziel der Bundesregierung. Ich danke unserem Gesundheitsminister Jens Spahn, aber auch den Gesundheitsministern der Länder, die so unermüdlich auf dieses Ziel hinarbeiten – und mit sichtbaren Erfolgen.

Wir haben die Anzahl der Beatmungsbetten deutlich ausgeweitet. Mit dem COVID-19-Krankenhausentlastungsgesetz

haben wir sichergestellt, dass die Krankenhäuser die zusätzlichen Intensivversorgungskapazitäten aufbauen können. So können wir heute feststellen: Unser Gesundheitssystem hält der Bewährungsprobe bisher stand. Jeder Coronapatient erhält auch in den schwersten Fällen die bestmögliche menschenwürdige Behandlung. Mehr als allen staatlichen Maßnahmen verdanken wir das der aufopfernden Arbeit von Ärzten und Ärztinnen, von Pflegekräften und Rettungssanitätern, von so vielen Menschen, die mit ihrem Fleiß und ihrer Tatkraft das aus-

machen, was wir oft einfach „unser Gesundheitssystem“ nennen. Ihnen danken wir mit diesem Applaus, und in diesen Dank möchte ich auch Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr einschließen, die an vielen Stellen helfen. Eine vielleicht in der Öffentlichkeit weniger beachtete, aber ebenso entscheidende Rolle im Kampf gegen die Pandemie spielt der öffentliche Gesundheitsdienst. Fast 400 lokale Gesundheitsämter sind das. Wenn es uns in den nächsten Monaten gelingen soll, das Infektionsgeschehen zu kontrollieren und einzudämmen, dann brauchen wir diese Ämter in starker Verfassung, und ich sage: in stärkerer Verfassung, als sie vor der Pandemie waren.

Deshalb haben Bund und Länder gerade vereinbart, diesen Ämtern mehr Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu geben, damit sie zum Beispiel diese überaus wichtige – ja, ich sage: entscheidende – Aufgabe, nämlich die Kontakte eines Infizierten nachzuverfolgen, auch tatsächlich effektiv wahrnehmen können. Das Robert-Koch-Institut wird darüber hinaus 105 mobile Teams aus Studierenden aufstellen, die sogenannten Containment Scouts, die dort, wo besonderer Bedarf besteht, eingesetzt werden können.

Von Anfang an hat die Bundesre-

gierung sich auch dem Thema der persönlichen Schutzausrüstung gewidmet. Die Versorgung mit diesen Gütern, insbesondere mit medizinischen Schutzmasken, ist schnell zu einer der zentralen Aufgaben geworden, und nicht nur für uns, sondern für die ganze Welt. Denn ohne gesunde Ärztinnen und Ärzte, Pflegerinnen und

Vergessen wir nie diese Menschen und die zeitweilige Isolation, in der sie leben müssen.

Pfleger nützen auch vorhandene Intensivbetten und Beatmungsgeräte nichts. Die Lage auf den Weltmärkten für solches Material ist angespannt. Die Handelsrouten in den ersten Wochen der Pandemie waren, sagen wir mal, rau.

Deshalb hat die Bundesregierung, obwohl wir nach dem Infektionsschutzgesetz nicht zuständig sind, entschieden, die Beschaffung persönlicher Schutzausrüstung zentral zu koordinieren und die Waren dann an die Bundesländer weiterzugeben. Ich danke auch den Unternehmen, die uns dabei mit ihrer Erfahrung geholfen haben.

Die Pandemie lehrt uns: Es ist nicht gut, wenn Schutzausrüstung ausschließlich aus fernen Ländern bezogen wird. Masken, die wenige Cent kosten, können in der Pandemie zu einem strategischen Faktor werden. Die Bundesrepublik Deutschland und die Europäische Union arbeiten deshalb daran, auf diesem Gebiet wieder unabhängiger von Drittländern zu werden. Deshalb bauen wir die Produktionskapazitäten für Schutzgüter in Deutschland und Europa mit Hochdruck aus.

Wenn wir uns fragen, was uns zugekommen ist in dieser ersten Phase der Ausbreitung des Virus, so sind das – neben den relativ vielen Intensivbetten – die hohen Testkapazitäten und das dichte Netz an Laboren. Die Experten sagen uns: testen, testen, testen. – So gewinnen wir ein besseres Bild von der Epidemie in Deutschland,

Dies ist eine gekürzte Version der Debatte. Das Plenarprotokoll und die vorliegenden Drucksachen sind im Volltext im Internet abrufbar unter:

<http://dip21.bundestag.de/dip21.web/bt>

Der Deutsche Bundestag stellt online die Übertragungen des Parlamentfernsehens als Live-Video- und Audio-Übertragung zur Verfügung. www.bundestag.de/live/tv/index.html

bekommen größere Klarheit über die Dunkelziffer der Infektionen, können Pflegekräfte häufiger testen, um die Ansteckungsgefahr in Krankenhäusern und Heimen zu senken. Deswegen haben wir die Kapazitäten für eine umfassende Testung schon kontinuierlich ausgebaut und werden sie weiter ausbauen.

Dennoch: Beenden können werden wir die Coronapandemie letztlich wohl nur mit einem Impfstoff, jedenfalls nach allem, was wir heute über das Virus wissen. In mehreren Ländern weltweit sind Forscher auf der Suche. Die Bundesregierung hilft mit finanzieller Förderung, damit auch der Forschungsstandort Deutschland dabei seine Rolle spielen kann. Genauso

aber stehen wir auch finanziell hinter internationalen Initiativen wie der Impfstoffinitiative CEPI. Auch für die Medikamentenentwicklung und für ein neues nationales Forschungsnetzwerk zu Covid-19 hat die Bundesregierung kurzfristig erhebliche Mittel zur Verfügung gestellt. Das hilft Forschern und Ärzten an allen deutschen Universitätskliniken, Hand in Hand an dieser Aufgabe zu arbeiten. Wir werden ja noch viele Studien brauchen, in der Zukunft auch Antikörperstudien. Dafür sind wir also gut gerüstet.

Doch Wissenschaft ist nie national. Wissenschaft dient der Menschheit. Deshalb versteht es sich von selbst, dass, wenn Medikamente oder ein Impfstoff, gefunden, getestet, freigegeben und einsatzbereit sind, sie dann in aller Welt verfügbar und auch für alle Welt bezahlbar sein müssen. Ein Virus, das sich in fast allen Staaten ausbreitet, kann auch nur im Zusammenwirken aller Staaten zurückgedrängt und eingedämmt werden. Für die Bundesregierung ist die internationale Zusammenarbeit gegen das Virus herausragend wichtig. Wir stimmen uns im Kreis der Europäischen Union ab, genauso im Rahmen der G 7 und der G 20.

Mit der Entscheidung, den ärmsten 77 Staaten der Welt alle Zins- und Tilgungszahlungen in diesem Jahr zu stunden, konnten wir etwas Druck von diesen hart geprüften Staatengruppen nehmen. Aber bei dieser Unterstützung wird es natürlich nicht bleiben können. Für die Bundesregierung ist die Zusammenarbeit mit den Staaten Afrikas immer ein Schwerpunkt, und in der Coronakrise müssen wir sie noch verstärken. Nicht nur in Afrika, aber gerade dort kommt es sehr auf die Arbeit der Weltgesundheitsorganisation, WHO, an.

Für die Bundesregierung betone ich: Die WHO ist ein unverzichtbarer Partner, und wir unterstützen sie in ihrem Mandat.

Meine Damen und Herren, wenn wir uns hier in Deutschland die neuesten Zahlen des Robert-Koch-Instituts ansehen, dann zeigen die Indikatoren, dass sie sich in die richtige Richtung entwickeln, zum Beispiel eine verlangsamte Infektionsgeschwindigkeit, derzeit täglich mehr Genesene als Neuerkrankte. Das ist ein Zwischenerfolg. Aber gerade weil die Zahlen

Hoffnungen auslösen, sehe ich mich verpflichtet, zu sagen: Dieses Zwischenergebnis ist zerbrechlich. Wir bewegen uns auf dünnem Eis, man kann auch sagen: auf dünnstem Eis.

Die Situation ist trügerisch, und wir sind noch lange nicht über den Berg; denn wir müssen im Kampf gegen das Virus immer im Kopf haben: Die Zahlen von heute spiegeln das Infektionsgeschehen von vor etwa zehn bis zwölf Tagen wider. Die heutige Zahl der Neuinfizierten sagt uns also nicht, wie es in einer oder zwei Wochen aussieht, wenn wir zwischendurch ein deutliches Mehr an neuen Kontakten zugelassen haben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte diese Gelegenheit nutzen, um noch einmal etwas ausführlicher zu erläutern, was mir gerade Sorge bereitet. Natürlich sind politische Entscheidungen immer Teil eines fortwährenden Abwägungsprozesses nach bestem Wissen und Gewissen. Das gilt auch für die Entscheidungen zur Bekämpfung der Coronapandemie, die ja von größter Tragweite für das Wohlergehen der Menschen in unserem Lande sind.

In dieser so überaus wichtigen Abwägung, die sich niemand, weder im Bund noch in den Bundesländern, leicht macht – das weiß ich –, bin ich bei der Bekämpfung des Coronavirus überzeugt: Wenn wir gerade am Anfang dieser Pande-

mie größtmögliche Ausdauer und Disziplin aufbringen, dann werden wir in der Lage sein, schneller wieder wirtschaftliches, soziales und öffentliches Leben zu entfalten, und zwar nachhaltig, als wenn wir uns – gerade am Anfang – vor dem Hintergrund ermutigender Infektionszahlen zu schnell in falscher Sicherheit wiegen.

Wenn wir also am Anfang diszipliniert sind, werden wir es viel schneller schaffen, Gesundheit und Wirtschaft, Gesundheit und soziales Leben wieder gleichermaßen leben zu können. Auch dann wird das Virus immer noch da sein; aber mit Konzentration und Ausdauer – gerade am Anfang – können wir vermeiden, von einem zum nächsten Shutdown zu wechseln oder Gruppen von Menschen monatelang von allen anderen isolieren zu müssen und mit furchtbaren Zuständen in unseren Krankenhäusern konfrontiert zu sein, wie es in einigen anderen Ländern leider der Fall war. Je ausdauernder und konsequenter wir am Anfang der Pandemie die Einschränkungen ertragen und damit das Infektionsgeschehen nach unten drücken, umso mehr dienen wir nicht nur der Gesundheit der Menschen, sondern auch dem wirtschaftlichen und sozialen Leben, weil wir dann in der Lage wären, jede Infektionskette konsequent zu ermitteln und somit das Virus zu beherrschen. Diese Überzeugung leitet mein Handeln.

Ich sage Ihnen deshalb ganz offen: Ich trage die Beschlüsse, die Bund und Länder am Mittwoch letzter Woche getroffen haben, aus voller Überzeugung mit. Doch ihre Umsetzung seither bereitet mir Sorgen.

Sie wirkt auf mich in Teilen sehr forsch, um nicht zu sagen: zu forscht. Wenn ich das sage, dann ändert das natürlich kein Jota daran, dass ich die Hoheit der Bundesländer, die ihnen nach unserer grundgesetzlich festgeschriebenen föderalen Staatsordnung in vielen Fragen zukommt, natürlich auch beim Infektionsschutzgesetz aus voller Überzeugung achte. Unsere

föderale Ordnung ist stark. Damit hier kein Missverständnis entsteht, wollte ich das noch mal deutlich sagen.

Gleichwohl sehe ich es als meine Pflicht an, zu mahnen, eben nicht auf das Prinzip Hoffnung zu vertrauen, wenn ich davon nicht überzeugt bin. So mahne ich in diesem Sinne auch im Gespräch mit den Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten und auch in diesem Hohen Hause: Lassen Sie uns jetzt das Erreichte nicht verspielen und einen Rückschlag riskieren!

Es wäre jammerschade, wenn uns die voreilige Hoffnung am Ende bestraft. Bleiben wir alle auf dem Weg in die nächste Phase der Pandemie klug und vorsichtig. Das ist eine Langstrecke, bei der uns nicht zu früh die Kraft und die Luft ausgehen dürfen.

Klar ist, dass wir erst einmal nicht zum Alltag, wie wir ihn vor Corona kannten, zurückkehren können. Der Alltag wird einstweilen anders aussehen, auch dann, wenn die derzeit beratenen digitalen Tracing-Modelle zum Einsatz kommen können. Auch die strengen Abstandsregeln, die Hygienevorschriften, auch die Kontaktbegrenzungen werden weiter dazugehören. Das betrifft beispielsweise die Öffnung von Schulen und Kitas. Die Länder sind dabei, die schrittweise Öffnung der Schulen nun auch ganz praktisch umzusetzen bzw. vorzubereiten. Da wird es viel fantasievoller Tatkraft bedürfen. Ich danke heute schon allen, die sich dafür zurzeit einsetzen. Ich weiß, dass das sehr, sehr viele sind.

Ich habe am Anfang von der größten Bewährungsprobe seit den Anfangstagen der Bundesrepublik Deutschland gesprochen. Das gilt leider auch für die Wirtschaft. Wie tief die Einbußen am Ende des Jahres sein werden und wie lange sie anhalten, wann die Erholung einsetzt, das können wir heute noch nicht seriös sagen; denn auch das hängt natürlich von unserem Erfolg in der Auseinandersetzung mit dem Virus ab.

Die Pandemie hat uns in einer Zeit gesunder Haushalte und starker Reserven getroffen. Jahre solider Politik helfen uns jetzt. Es geht jetzt darum, unsere Wirtschaft zu stützen und einen Schutzschirm für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aufzuspannen. Millionen von Anträgen für verschiedene Hilfsprogramme sind eingegangen; Millionen von Menschen und Unternehmen haben bereits Geld erhalten. Wir konnten all diese gesetzlichen Maßnahmen schnell und mit

überwältigender Mehrheit beschließen. Unsere parlamentarische Demokratie ist stark, sie ist leistungsfähig und in Krisenzeiten äußerst schnell.

Auch gestern Abend haben wir im Koalitionsausschuss noch einmal weitere Maßnahmen beschlossen; Sie sind darüber informiert. Doch all unsere Bemühungen auf nationaler Ebene können letztlich nur dann erfolgreich sein, wenn wir auch gemeinsam in Europa erfolgreich sind. Sie haben mich hier in diesem Haus oft sagen hören: Deutschland kann es auf Dauer nur gut gehen, wenn es auch Europa gut geht. – Mir ist es mit diesem Satz auch heute wieder sehr, sehr ernst.

Wie drückt sich das praktisch aus? Zum Beispiel haben wir mehr als 200 Patienten aus Italien, Frankreich oder den Niederlanden in deutschen Intensivstationen behandelt. Wir haben medizinisches Material zum Beispiel nach Italien oder Spanien geliefert und neben unseren Bürgern Tausende gestrandete andere Europäerinnen und Europäer aus aller Welt zurück nach Hause geholt – dafür

übrigens ein herzliches Dankeschön allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Auswärtigen Amt. Man glaubt gar nicht, wie viele Deutsche sich außerhalb der eigenen Landesgrenzen befinden; aber wir konnten

auch vielen anderen Europäern helfen. Danke dafür.

Wir haben auch gemeinsam gehandelt, um dem massiven Einbruch der europäischen Wirtschaft zu begegnen. Wir tun das mit einem Paket von Hilfsmaßnahmen für Unternehmen und Beschäftigte in Höhe von immerhin 500 Milliarden Euro, das unser Finanzminister Olaf Scholz und die anderen Finanzminister in der Euro-Gruppe vor zwei Wochen vereinbart haben. Jetzt geht es darum, diese 500 Milliarden Euro auch wirklich verfügbar zu machen; dafür wird auch der Deutsche Bundestag noch Beschlüsse fassen müssen. Ich würde mich freuen, wenn wir sagen könnten: Zum 1. Juni ist das Geld auch wirklich da. – Denn es geht hier um Hilfe für kleine und mittlere Unternehmen. Es geht hier um vorsorgliche Kreditlinien, und es geht hier auch um Kurzarbeitergeld, für das einige Mitgliedstaaten vielleicht nicht die finanziellen Ressourcen haben, was aber Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer dort sehr helfen kann.

Nun fordern einige unserer europäischen Partner – aber auch innerhalb der politischen Diskussion in Deutschland ist das ein The-

Wenn wir also am Anfang diszipliniert sind, werden wir es viel schneller schaffen.

Es wäre jammerschade, wenn uns die voreilige Hoffnung am Ende bestraft.



Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) bei einer Pressekonferenz nach der Videokonferenz des Europäischen Rats

© picture-alliance/dpa

ma -, angesichts der schweren Krise gemeinsame Schulden mit gemeinsamer Haftung aufzunehmen. Diese Frage wird auch bei der Videokonferenz des Europäischen Rates heute Nachmittag sicherlich wieder eine Rolle spielen. Nehmen wir an, die Zeit und der politische Wille zur gemeinsamen Verschuldung seien wirklich vorhanden: Dann müssten alle nationalen Parlamente in der Europäischen Union und auch der Deutsche Bundestag entscheiden, die EU-Verträge so zu ändern, dass ein Teil des Budgetrechts auf die europäische Ebene übertragen und dort demokratisch kontrolliert würde. Das wäre ein zeitraubender und schwieriger Prozess und keiner, der in der aktuellen Lage direkt helfen könnte; denn es geht jetzt darum, schnell zu helfen und schnell Instrumente in der Hand zu haben, die die Folgen der Krise lindern können.

Es wird beim heutigen Europäischen Rat auch darüber beraten, wie wir in Europa in der Zeit nach den strengsten Einschränkungen gemeinsam vorgehen wollen. Wir wollen schnell in Europa handeln; denn wir brauchen natürlich Instrumente, um die Folgen der Kri-

se in allen Mitgliedstaaten überwinden zu können.

Ich halte es in diesem Zusammenhang erst einmal für wichtig, dass die Europäische Kommission jetzt und in den nächsten Wochen fortlaufend prüft, wie die verschiedenen Bereiche der Wirtschaft in Europa von der Krise betroffen sind und welcher Handlungsbedarf sich daraus ergibt. Dies betrifft also auch die unmittelbare Hilfe für die europäische Wirtschaft. Ein europäisches Konjunkturprogramm könnte in den nächsten zwei Jahren den nötigen Aufschwung unterstützen. Deshalb werden wir dafür auch arbeiten.

In unseren heutigen Beratungen wird es noch nicht darum gehen, bereits die Details festzulegen oder schon über den Umfang zu entscheiden. Doch eines ist schon klar: Wir sollten bereit sein, im Geiste der Solidarität über einen begrenzten Zeitraum hinweg ganz andere, das heißt deutlich höhere Beiträge zum europäischen Haus-

halt zu leisten. Denn wir wollen, dass sich alle Mitgliedstaaten in der Europäischen Union wirtschaftlich wieder erholen können.

Europa ist nicht Europa, wenn es nicht füreinander einsteht in Zeiten unverschuldeter Not.

Ein solches Konjunkturprogramm sollte allerdings von vornherein mit dem europäischen Haushalt zusammengedacht werden; denn der gemeinsame europäische Haushalt ist das seit Jahr-

zehnten bewährte Instrument solidarischer Finanzierung gemeinsamer Aufgaben in der Europäischen Union.

Darüber hinaus werde ich heute darauf drängen, dass sich der Europäische Rat schon bald mit grundsätzlichen Fragen befasst: Wo müssen wir auf europäischer Ebene noch enger zusammenarbeiten? Wo braucht die Europäische Union zusätzliche Kompetenzen? Welche strategischen Fähigkeiten müssen wir in Zukunft in Europa haben oder halten? Nicht nur bei der Finanzpolitik, der Digitalpolitik und beim Binnenmarkt könnten wir diese Union vertiefen; auch in der Migrati-

onspolitik, der Rechtsstaatlichkeit, der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik oder beim Klimaschutz ist europäische Solidarität gefragt.

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, für uns in Deutschland ist das Bekenntnis zum vereinten Europa Teil unserer Staatsräson. Das ist kein Stoff für Sonntagsreden, sondern das ist ganz praktisch: Wir sind eine Schicksalsgemeinschaft. Dies muss Europa jetzt angesichts dieser ungeahnten Herausforderung der Pandemie beweisen.

Diese Pandemie trifft alle, aber nicht alle gleich. Wenn wir nicht aufpassen, dient sie all denen als Vorwand, die die Spaltung der Gesellschaft betreiben. Europa ist nicht Europa, wenn es sich nicht auch als Europa versteht. Europa ist nicht Europa, wenn es nicht füreinander einsteht in Zeiten unverschuldeter Not.

Wir haben in dieser Krise auch die Aufgabe, zu zeigen, wer wir als Europa sein wollen.

Und so bin ich am Ende meiner Rede wieder beim Gedanken des Zusammenhalts angekommen. Was in Europa gilt, ist auch für uns in Deutschland das Wichtig-

te. So paradox es klingt: In Wochen, in denen die Verhaltensregeln uns weit auseinander zwingen haben und Distanz statt Nähe nötig ist, haben wir zusammengehalten und durch Zusammenhalt gemeinsam geschafft, dass sich das Virus auf seinem Weg durch Deutschland und Europa immerhin verlangsamt hat. Das kann keine Regierung einfach anordnen. Auf so etwas kann eine Regierung letztlich nur hoffen. Das ist nur möglich, wenn Bürgerinnen und Bürger mit Herz und Vernunft etwas für ihre Mitmenschen tun, für ihr Land – nennen Sie es: für das große Ganze.

Mich macht das unendlich dankbar, und ich wünsche mir, dass wir auch so weiter durch diese nächste Zeit gehen. Sie wird noch länger sehr schwer bleiben. Aber gemeinsam – davon bin ich nach diesen ersten Wochen der Pandemie überzeugt – wird es uns gelingen, diese gigantische Herausforderung zu meistern: gemeinsam als Gesellschaft, gemeinsam in Europa. Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Dr. Alexander Gauland, AfD:

Schutzmaßnahmen in die private Verantwortung überführen



Alexander Gauland (*1941)
Landesliste Brandenburg

klungsgefahr sehr vernünftig und diszipliniert um. Die Menschen halten Abstand voneinander, sie versammeln sich nicht, warten geduldig vor Geschäften, viele tragen Mundschutz. Die Quarantänemaßnahmen laufen längst selbstorganisiert. Der Staat ist dabei weitgehend überflüssig.

Es wird also Zeit, die Beschränkung der Grundrechte zu lockern und die Schutzmaßnahmen in die private Verantwortung der Bürger zu überführen.

Das kann natürlich nur mit Augenmaß und Intelligenz funktionieren.

Die schrittweise Lockerung der Quarantänevorschriften ist nicht nur wirtschaftlich geboten, sondern auch gesundheitlich. Wir sind eine Gesellschaft, in der Übergewicht und Krankheiten des Kreislaufsystems die häufigsten Todesursachen sind. Wie wird diese Bilanz aussehen, wenn Millionen Menschen sich monatelang eingesperrt fühlen? Wie geht es Krebskranken, deren Behandlungen gestreckt werden? Wie geht es Menschen, die mit Depressionen allein zu Hause sitzen? Wie viele psychische Erkrankungen kommen dazu bei denjenigen, deren

Existenz durch die Quarantäne bedroht oder gar vernichtet ist? Wie viele Tote sind dadurch zusätzlich zu erwarten? Das sind Fragen, Frau Bundeskanzlerin, die kann man nicht einfach mit Diskussionsverboten wegwischen. Ich darf daran erinnern, dass Länder wie Südkorea, Taiwan und Singapur ohne Lockdown durch die Krise gekommen sind. Nicht das Einsperren der gesamten Bevölkerung ist die Lösung, sondern der Schutz der Risikogruppen.

Meine Damen und Herren, wenn Bayern verkündet, das Oktoberfest ausfallen zu lassen, und Berlin am selben Tag ankündigt, das Demonstrationsverbot für den 1. Mai zu lockern, entsteht zu Recht der Eindruck in der Bevölkerung, dass die Exekutiven einfach nicht wissen, was sie tun.

Wie wäre es beispielsweise, wenn die Regierung festlegte, dass Rentner und Angehörige von Risikogruppen separate Einkaufszeiten erhalten, zum Beispiel am Vor-

mittag? Da die meisten Geschäfte inzwischen Einlasspersonal an ihre Türen gestellt haben, lässt sich das leicht realisieren. Warum dürfen Gaststätten und Biergärten nicht unter Auflagen öffnen?

Eine Mehrwertsteuersenkung, sehr geehrter Finanzminister, bei einem Nullumsatz ist überhaupt keine Lösung in dieser Frage. Auflagen könnten sein: Halbierung der Anzahl der Tische, um damit

Wir betrachten es als unsere Pflicht, über Öffnungen und Alternativen zu diskutieren.

Distanz herzustellen, und Maskenpflicht für das Personal. Wenn die Regierung es schafft, genügend Schutzmasken bereitzustellen, könnte in den öffentlichen Verkehrsmitteln Maskenpflicht bestehen. Die Menschen sind vernünftig genug, ihr persönliches Risiko einzuschätzen und sich gegenseitig zu kontrollieren.

Meine Damen und Herren, völlig unzumutbar ist aus unserer Sicht, seinen Zweitwohnsitz nicht aufsuchen zu dürfen. Die Schriftstellerin Monika Maron – um ein Beispiel zu nennen – erhielt ein Formblatt zugesandt, in dem die Gemeinde, in der die Berliner Autorin seit vielen Jahren einen Zweitwohnsitz unterhält, anordnet, sie habe nicht nur ihr Haus, sondern gleich auch das Bundesland Mecklenburg-Vorpommern zu verlassen. Folge sie der Anweisung nicht, werde umgehend Strafanzeige erstattet. – Bitte

schön, wo sind wir in diesem Lande angekommen, wenn so was möglich ist? Als eine der Freiheit der Bürger verpflichtete Partei

lehnen wir die ersten Ansätze zur Bargeldabschaffung ebenso ab wie die sogenannten Euro-Bonds. Das ist der Punkt, wo wir sogar aufseiten der Bundeskanzlerin stehen. Meine Damen und Herren, von Otto von Bismarck stammt die Beobachtung, dass er „das Wort ‚Europa‘ immer im Munde derjenigen Politiker gefunden“ habe, „die von anderen Mächten etwas verlangten, was sie im eigenen Namen nicht zu fordern wagten“. – Wie wahr ist diese Beobachtung!

Das Virus hat auch der EU eine Lektion erteilt. Es hat der Union im Wortsinne ihre Grenzen aufgezeigt. In der Krise ziehen sich die Menschen in die soliden und vertrauten Strukturen zurück. Das ist im Kleinen die Familie, im Großen der Nationalstaat.

Wir müssen als Abgeordnete die Frage diskutieren, ab wann die Maßnahmen gegen die Pandemie einen größeren Schaden anrichten als die Pandemie selbst.

Und wir werden diese Diskussion nicht aufgeben, Frau Bundeskanzlerin; denn wir müssen die Verantwortung für das, was jetzt kommt, wieder in die Hände der Bürger legen. Es ist nicht Aufgabe der Regierung, das ist Aufgabe der Bürger, hier zusammenzustehen.

Ich bedanke mich.

(Beifall bei der AfD – Ulli Nissen (SPD): Gott sei Dank ist die Rede vorbei!)

Dr. Rolf Mützenich, SPD:

Die Krise bewältigen und unseren Grundsätzen treu bleiben



Rolf Mützenich (*1959)
Wahlkreis Köln III

Meine Fraktion unterstützt die vorsichtigen und verantwortbaren Schritte, die die Bundesregierung zusammen mit den Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten in der vergangenen Woche auf den Weg gebracht hat. Es waren richtige und auch notwendige Schritte, die eine Stärkung der Eigenverantwortung, aber auch des Zusammenhalts dieser Gesellschaft abbilden.

Sie reflektieren etwas, was immer noch der dringenden Beachtung bedarf, nämlich dass wir es schaffen, am Beginn einer Pandemie ein intaktes Gesundheitswesen aufrechtzuerhalten und nicht in der Mitte oder am Ende dieser Pandemie. Worauf es mir und meiner Fraktion insbesondere ankommt, ist – ich vermisse oft diese Hinweise –:

Es geht um den Gesundheitsschutz der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den Geschäften, in den Betrieben, und das wird man nicht von heute auf morgen schaffen können. Insofern sage ich sehr deutlich: Ja, diese Schritte sind verantwortbar, und sie sind eben auch angemessen.

Auf der anderen Seite, finde ich, müssen wir – und wir haben hier im Deutschen Bundestag jetzt des Öfteren darüber gesprochen – es als beachtlich empfinden, wie stark die Bürger seit Wochen Solidarität üben, aber auch den Anforderungen an den Selbstschutz nachkommen. Vielleicht erinnern wir uns dann später auch an die kleinen Geschichten der Nachbarschaftshilfe. In meinem Wahlkreis geht jemand mit einem Leierkasten durch die Straßen und spielt einfach Musik für die Menschen, die sich zurzeit in

ihren Wohnungen aufhalten und nicht bewegen können. All das sind, glaube ich, Dinge, die Mut machen.

Sie haben recht, Frau Bundeskanzlerin: Man muss sich mit den demokratischen Zumutungen auseinandersetzen. Deswegen ist es richtig, dass sich viele in diesem Land, viele Organisationen, letztlich auch viele Vereine, aber auch der Ethikrat, Juristinnen und Juristen, Medienvertreter, die berechnete Frage stellen, ob die Einschränkungen der Rechtsgüter verhältnismäßig sind. Diese Diskussion erreicht auch dieses Parlament. Vor diesem Hintergrund sage ich: Ja, dieses Parlament ist notwendig, um diese Schritte zu gehen, um darüber zu sprechen, aber eben auch Entscheidungen zu treffen. Die Kontrolle und das Selbstbewusstsein sind Voraussetzungen dafür, dass dieser demokratische Staat in seiner Gestalt erhalten bleibt. Insofern sage ich sehr selbstbewusst: Die Parlamentarierinnen und Parlamentarier sind die Ansprechpartner vor Ort. Wer, wenn nicht wir, wird darauf angesprochen, wo vielleicht etwas noch nicht richtig funktioniert?

Ich nenne zum Beispiel ein Hamburger Unternehmen, das erblindeten Menschen eine Berufsperspektive gibt, die Sehende an die

Hand nehmen und durch ihre Welt der Erblindeten führen. Sie bekommen keine Hilfe von der KfW, weil wir zurzeit eben nur gewerbliche Unternehmen dazu ermächtigt haben, diese Hilfen auch in Anspruch

zu nehmen. Und deswegen sage ich: Die Parlamentarierinnen und Parlamentarier sind notwendig, um Korrekturen auf diesem Weg vorzunehmen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU, der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Zum Zweiten: Wir erleben vor Ort, dass junge Menschen uns darauf ansprechen, dass sie jetzt ihren Praktikumsplatz verloren haben, den sie angenommen haben, um im Herbst dieses Jahres ihre Ausbildung zu beginnen. Sie vermuten, dass sie jetzt keinen Ausbildungsplatz bekommen. Hier sage ich sehr klar: Wir müs-

sen alles dafür tun, dass die gemeinschaftliche Aktion für die jungen Menschen, die wir in der Schule gut ausgebildet und für eine Ausbildung gewonnen haben, gelingt und wir in Zukunft zur Not auch mehr außerbetriebliche Ausbildungsplätze zur Verfügung stellen. Dafür brauchen wir das Parlament. Ich bin sehr dankbar, dass wir sehr selbstbewusst diese Fragen stellen.

Das ist auch eine Voraussetzung dafür, dass Demokratie gelingt. Denn ich glaube, die Menschen erleben, was dieser soziale und demokratische Rechtsstaat leistet: in seiner großen Gemeinschaft, in diesem Raum, aber auch darüber hinaus. Einparteienregierungen, Einpersonenregierungen schaffen das eben nicht. Alle warten sozusagen auf die Entscheidung der Machtzentrale; wir haben es erlebt. Autoritäre Herrschaft ist nur an Eigennutz und letztlich am Zurückdrängen der Opposition interessiert. Deswegen bin ich stolz, dass dieses

Deutschland, dass diese Gesellschaft keine antidemokratischen Reflexe zeigt, sondern im Gegenteil hinter diesem sozialen Rechtsstaat steht, und Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten

wollen daran weiterhin mitwirken, meine Damen und Herren. In diesem Zusammenhang – das muss ich auch sagen – bin ich irritiert, dass einige doch immer wieder – das haben Krisen offensichtlich so an sich – die Krise nutzen, geplante Vorhaben oder eigene Interessen in den Vordergrund zu stellen. Hier sage ich: Es ist empörend und überhaupt nicht nachvollziehbar, dass Unternehmen, die um öffentliche Hilfe nachfragen, auf der anderen Seite Dividenden oder Boni ausschütten wollen. Das ist nicht akzeptabel, meine Damen und Herren.

Ich erinnere zum Beispiel an ein Unternehmen wie die Lufthansa, die im Schatten dieser Krise einen kleinen Zweig, nämlich die Germanwings, liquidiert hat. Ich finde, das ist ein Weg, den wir genauso öffentlich anprangern müssen wie manches Fehlverhalten oder antidemokratische Reflexe, die teilweise leider auch aus diesem Hause hier kommen. Zum Dritten – das werde ich

meinem Koalitionspartner nicht ersparen können –: Dass wir in dieser Woche nicht über die Grundrente sprechen können, ist für uns nicht hinnehmbar. Wir werden das weiterhin einfordern. Sie können nicht auf der einen Seite Balkonreden für die systemrelevanten Berufe halten, die eben nur kleine Einkommen haben und für die wir die Grundrente auf den Weg bringen wollen, ihnen aber auf der anderen Seite eine gesetzliche Beratung dieses Vorhabens vorenthalten. Deswegen sage ich: Wir wollen, dass der Gesetzentwurf für diese Grundrente in der nächsten Sitzungswoche hier im Parlament gelesen wird, meine Damen und Herren.

Auch wenn wir wissen, dass uns diese Pandemie noch einige Zeit im Griff haben wird, lohnt es sich trotzdem, über die Zukunft nachzudenken. Frau Bundeskanzlerin, Sie haben über die Konjunkturprogramme und vieles andere gesprochen. Ich sage: Ja, wir müssen zurzeit auf die aktuelle Krise reagieren, aber bereits darüber nachdenken, was wir in den nächsten Wochen

und Monaten tun werden, um sozusagen den Motor wieder anlaufen zu lassen. Angesichts der alten, altmodischen Diskussion über Steuersenkungen, die wir gerade erleben, frage ich mich manchmal: In welcher Welt leben diejenigen, die diese Frage ansprechen?

Denn Menschen stellen sich zurzeit überhaupt nicht die Frage, ob sie mit einer niedrigeren Einkommensteuer vielleicht besser über die Runden kommen, sondern sie fragen: Habe ich noch Arbeit, um überhaupt Einkommensteuer zahlen zu können?

Und deswegen sage ich: Wir müssen uns auf den Weg machen, um unter diesen Bedingungen auch in Zukunft eine Förderung innovativer Techniken und Geschäftsmodelle auf den Weg zu bringen.

Ein weiterer Punkt ist – auch darauf möchte ich meinen Koalitionspartner und die Bundesregierung ansprechen –: Wir reden über die Verletzbarkeit bestehender Wertschöpfungsketten. Wir wollen, dass das Risikomanagement offengelegt wird. Ja, in der Tat, wir erleben, dass diese Lieferketten auf existenzielle Krisen offensichtlich keine Antwort geben. Deswegen bitte ich Sie: Lassen Sie

uns zusammensetzen und überlegen, wie wir das, was wir schon im Koalitionsvertrag niedergelegt hatten, nämlich das Lieferkettengesetz, auf den Weg bringen. Möglicherweise bietet dieses Lieferkettengesetz auch die Chance, dieses Risikomanagement und die Frage besserer Lieferketten gesetzlich zu regeln. Ich glaube, meine Damen und Herren, darauf kommt es an.

Frau Bundeskanzlerin, meine Fraktion unterstützt Sie in den Aussagen, dass es Deutschland nur gut geht, wenn es Europa gut geht. Deswegen sind die ersten Schritte, die gemacht worden sind, genau die richtigen Schritte, die eben auch wirken können. Aber das heißt nicht, dass wir aufhören dürfen. Das heißt, dass wir weitere Antworten geben müssen. Und ja, es wird ein schwieriger, ein herausfordernder Prozess sein.

Wenn die Gemeinschaftsbildung und die Fiskalunion gelingen, werden wir natürlich auch über neue Instrumente nachdenken müssen und darüber, wie wir sie auf den Weg bringen. Ich glaube, insbesondere in einer Krise, wo es nicht darum geht, ob man falsch gewirtschaftet hat, sondern in der man eben durch diese Pandemie unverschuldet herausgefordert ist, ist der richtige Zeitpunkt, diese notwendigen Fragen zu stellen, meine Damen und Herren.

Zum anderen will ich sagen: Die Pandemie hat auch gezeigt, dass es reale Feinde gibt – für die ganze Menschheit. Deswegen lohnt es sich vielleicht auch mal, innezuhalten und darüber nachzudenken, ob es überhaupt noch angemessen ist, diesen wahnwitzigen Rüstungswettlauf, diese unglaublich großen Milliardensummen an Euro für Militärausgaben zu akzeptieren.

Ich sage: Wenn sich der demokratische und soziale Rechtsstaat in dieser Krise als die richtige Regierungsform beweist, warum können dann nicht Demokratien gleichzeitig den notwendigen Impuls für das friedliche Miteinander geben? Ich bin überzeugt, dass eine soziale und gesunde Zukunft nur dann gelingt, wenn wir gleichzeitig Feindschaften abbauen. Um Gutes zu tun, müssen wir beides schaffen: die aktuelle Krise bewältigen und unseren Grundsätzen treu bleiben. Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Die Menschen erleben, was dieser soziale und demokratische Rechtsstaat leistet.

Die Pandemie hat auch gezeigt, dass es reale Feinde gibt – für die ganze Menschheit.

Christian Lindner, FDP:

Die große Einmütigkeit beim Krisenmanagement endet heute



Christian Lindner (*1979)
Landesliste Nordrhein-Westfalen

Die Covid-19-Pandemie war, die Covid-19-Pandemie ist eine unbekannte Herausforderung, die unser Land nahezu unvorbereitet getroffen hat. Deshalb haben wir hier in diesem Parlament in großer Einmütigkeit einschneidende Maßnahmen gemeinsam beschlossen. Wir haben unser Land heruntergefahren. Wir haben Grundrechte, Grundfreiheiten eingeschränkt wie zu keinem Zeitpunkt zuvor in der Geschichte unseres Landes. Das haben wir Freie Demokraten mitgetragen. Ja, teilweise haben wir sogar dazu ermuntert, kontrolliert das gesellschaftliche und wirtschaftliche Leben herunterzufahren.

Nun sind einige Wochen ins Land gegangen. Nun wissen wir mehr. Nun ist das Land weiter. Der Gesundheitsschutz ist unzweifelhaft eine Aufgabe für die staatliche Verantwortungsgemeinschaft. Es gibt eben Dinge, die gehen über die Möglichkeit der individuellen Verantwortungsübernahme hinaus, Herr Gauland.

Aber die Zweifel an der Verhältnismäßigkeit des Zustandes insgesamt und die Zweifel an der Eignetheit einzelner Maßnahmen sind ebenfalls gewachsen. Und weil die Zweifel gewachsen sind, Frau Bundeskanzlerin, endet heute auch die große Einmütigkeit in der Frage des Krisenmanagements.

Sie haben vielfach, Frau Merkel, von Vorsicht gesprochen und auch heute hier den Eindruck erweckt, wer Ihren Gedanken von Vorsicht nicht teilt, müsse sich Fahrlässigkeit oder Leichtfertigkeit vorwerfen lassen. So auch am Montag in Ihrer öffentlichen Stellungnahme. Das sind aber nur scheinbar Alternativen: Vorsicht und Leichtsin. Freiheit und Gesundheit dürfen wir nicht und müssen wir auch nicht gegeneinander ausspielen. Das Land ist weiter. Hier ist von allen Rednern heute – und nicht

nur heute – unterstrichen worden, wie verantwortungsbewusst und solidarisch die Menschen sind – Gott sei Dank. Versorgungsengpässe werden bekämpft. Die öffentlichen Gesundheitsämter und auch das Gesundheitswesen insgesamt haben ihre Kapazitäten erhöht. Also: Das Land ist weiter, und deshalb, Frau Bundeskanzlerin, muss jetzt darüber gesprochen werden, wie wir Gesundheit und Freiheit besser vereinbaren als in den vergangenen Wochen. Es ist jetzt möglich.

Die wissenschaftlichen Grundlagen für die Regierungspolitik haben sich ja regelmäßig verändert. Erst ging es um die Verdopplungszahlen, dann um die Reproduktionsquote. Erst sollten 60 bis 70 Prozent kontrolliert infiziert und dann immun werden, heute geht es um die absolute Eindämmung. Ich rede nur über die Politik der Regierung, nicht über meine Haltung. Masken waren erst unnötig, dann waren sie Virenschleudern, dann waren sie eine Höflichkeitsgeste, dann waren sie ein dringendes Gebot, und heute gibt es eine Maskenpflicht. Ich werfe das niemandem vor, verehrte Anwesende. Aber eins ist doch ersichtlich: Viele Entscheidungen sind nicht gesicherte Erkenntnisse, sind nicht zur Wahrheit

Die wissenschaftlichen Grundlagen für die Regierungspolitik haben sich verändert.

geronnene Forschung, sondern sind politische Entscheidung, und als solche können und müssen sie hier diskutiert werden. Ich bedauere in diesem Zusammenhang das Wort „Diskussionsorgien“. Dahinter steht ein anderes Bild von den Menschen, als wir es haben. Die Menschen werden durch politische Debatten nicht verunsichert, sondern eher bestärkt, dass mit ihren Interessen und Einschätzungen sorgfältig umgegangen, dass sorgfältig abgewogen wird. Der Staat ist immer begründungspflichtig, wenn er Grundfreiheiten einschränkt. Deshalb muss darüber diskutiert werden.

Tatsächlich beklagen Beobachter wie der Politikwissenschaftler Wolfgang Merkel – zufällige Namensähnlichkeit – oder der Philosoph Julian Nida-Rümelin, dass wer in unserem Land über Öffnung diskutieren will, mindestens unter einen moralischen Rechtfertigungsdruck gerät.

Gott sei Dank haben wir eine unabhängige Justiz. Das Bundesverfassungsgericht hat geurteilt, dass in der Covid-19-Pandemie das Versammlungsrecht nicht einfach pauschal eingeschränkt werden kann, und das Landgericht Hamburg hat die unsinnige 800-Quadratmeter-Regel verworfen. Das zeigt: Die unabhängige Justiz lässt

sich durch Regieanweisungen der Politik nicht einschüchtern. Ein gutes Zeichen!

Und tatsächlich: Die 800-Quadratmeter-Regel oder auch die Diskriminierung der gesamten Gastronomie hält auch virologischen Ansprüchen nicht stand. Da sind wir bei den Alternativen.

Zum Ersten. Professor Gérard Krause vom Helmholtz-Institut für Infektionsforschung, also Infektiologie, in Braunschweig, ein früherer Regierungsberater in Zeiten der Ehec-Krise, hat zu Ihren Beschlüssen vom vorvergangenen Donnerstag gesagt, die seien in der Sache nicht nötig, die Orientierung an einzelnen Sparten und Quadratmeterzahlen sei unsinnig, man könne sogar die Gastronomie wieder öffnen, entscheidend sei nur der Abstand zwischen den Tischen. Oder genauer gesagt: Entscheidend ist nicht, was geöffnet und was geschlossen ist, sondern entscheidend ist, ob überall die Hygieneregeln eingehalten werden.

Zum Zweiten: die Orientierung an der Reproduktionsquote. Professor Alexander Kekulé sagte dazu gestern im ZDF, das sei inzwischen das goldene Kalb des Krisenmanagements. Warum? Weil die Reproduktionsquote deutschlandweit auch insgesamt steigt, wenn es ein dramatisches Infektionsgeschehen an nur einem einzigen Hotspot gibt. Der R-Faktor für das ganze Land sagt gar nichts über die reale Situation aus, und deshalb ergibt es keinen Sinn, für Deutschland insgesamt einen Shutdown zu verhängen, sondern wir müssen viel stärker regional gegen Infektionsketten vorgehen. Denn dann haben wir eine Chance, Freiheit und Gesundheit wirklich zu vereinbaren – wirksamer als jetzt.

Zum Dritten. Auch nach Wochen wird diese Pandemie unverändert mit Instrumenten bekämpft, die im Grunde seit dem Mittelalter bekannt sind: Quarantäne, die bekannt ist aus der Zeit, als Schiffe 40 Tage warten mussten, ehe sie anlegen durften, Masken, Isolation. Das sind die Mittel des Mittelalters auch im Jahr 2020, wo uns eigentlich smartere Instrumente durch die Digitalisierung zur Verfügung stehen.

Hier haben wir die dringende Frage an die Regierung: Wo sind die Apps? Wo ist mindestens die Tracing-App, die wir brauchen, um Infektionsketten nachzuvollziehen? Die digitalen Defizite Deutschlands kosten uns Gesundheit, Wohlstand und Freiheit, und das ist nicht länger hinnehmbar.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, eine alternative Krisenstrategie ist möglich, weil unser Land weiter ist. Eine alternative Krisenstrategie ist auch nötig wegen der gesundheitlichen Folgen, auf die

allenthalben hingewiesen wird, heute auch in den Medien. Chefärzte beklagen, dass sich in den Abteilungen, wo es um Herzerkrankungen oder Schlaganfälle geht, niemand mehr meldet, weil die Menschen Angst haben. Das sind gesundheitliche Folgewirkungen. Es sind Faktoren wie soziale Belastungen, wenn Menschen sich nicht mehr austauschen, nicht mehr in der Freiheit bewegen können. Ja, und auch wer Angst um die wirtschaftliche Existenz hat, nimmt Schaden an der Seele.

Sie haben, Herr Kollege Mützenich, durchaus recht: Steuerentlastungen allein helfen da nicht. Sie haben gestern Nacht für die Gastronomie eine Steuerentlastung beschlossen. Ich gebe Ihnen recht: Die hilft nichts. Denn eine reduzierte Mehrwertsteuer hilft, wenn kein Umsatz anfällt, keinem Betrieb beim Überleben.

Also sollten Sie dafür sorgen, dass es schnell unter verantwortbaren Gesundheitsbedingungen wieder zu einer Öffnung kommt.

Grundsätzlich liegen Sie aber falsch. In einem Land, in dem es vor einer Coronapandemie bereits die höchste Steuerquote in seiner Geschichte gab, muss umso mehr danach die Möglichkeit geschaffen werden, dass die Menschen wieder Eigenkapital aufbauen und private Vorsorge stärken können.

Ich sage Ihnen eines, Herr Mützenich – das sage ich auch den Kollegen von Grünen und Linkspartei –: Wir diskutieren gerne nach der Krise mit Ihnen wieder über die Vermögensabgabe und die Vermögensteuer. Jetzt müssen wir uns nur darum kümmern, dass es überhaupt noch eine wirtschaftliche Substanz gibt, die Sie danach besteuern wollen.

Meine Damen und Herren, wir werden uns intensiv damit auseinandersetzen müssen, ob tatsächlich weitere planwirtschaftliche Eingriffe notwendig sind, wie Sie, Herr Mützenich, es eben im Zusammenhang mit dem Lieferkettengesetz angedeutet haben. Darüber können wir gerne streiten. Wir glauben, dass es erforderlich ist, die Infektionsketten zu unterbrechen. Aber irgendwann werden wir auch die Interventionsketten in unserer freiheitlichen Wirtschaftsordnung unterbinden müssen. Denn der Staat ist mit Sicherheit nicht der bessere Unternehmer. An dieser Einsicht hat sich auch nach Corona nichts verändert.

(Beifall bei der FDP – Jan Korte (DIE LINKE): Mehr Markt! Wir brauchen mehr Markt! Das ist eine gute Idee! Total gute Idee! Darauf muss man kommen in diesen Zeiten! Darauf muss man erst mal kommen! So ein Unsinn!- Ulli Nissen (SPD): Dass da die FDP noch klatscht, versteh ich nicht!)



Die Initiative #hannoverschützt verkauft Masken.

© picture-alliance/dpa

Ralph Brinkhaus, CDU:

Wir gehen mit dieser Krise verantwortungsvoll um



Ralph Brinkhaus (*1968)
Wahlkreis Gütersloh I

Ich glaube, wir haben in den letzten Wochen sehr viel erreicht durch sehr viel Disziplin in diesem Land, durch sehr viel Geduld, durch sehr viel Arbeit. Ich denke da nicht nur an die Menschen, die im Gesundheitswesen arbeiten, sondern auch an die vielen Eltern, die ihre Kinder zu Hause betreuen und zu Hause beschulen.

Wir haben in der Tat große Einschränkungen erlebt. Ich möchte nur an eine Sache erinnern: Das Osterfest hat für viele Christen nicht in Kirchen stattfinden können. Das war in weiten Teilen des Landes selbst 1945 nicht der Fall. Das heißt also, wir haben eine Menge auf uns genommen. Wir müssen jetzt aufpassen, meine Damen und Herren, dass wir das, was wir aufgebaut haben, nicht wieder einreißen. Deswegen ist es richtig, dass wir hier darüber diskutieren: Wie gehen wir mit Lockerungen um? Wie vorsichtig sind wir? Wie ist die Balance zwischen den Interessen der Arbeit, des Zusammenlebens auf der einen Seite und dem Interesse der Gesundheit auf der anderen Seite?

Ich möchte dazu nur eines sagen: Wir können viele Sachen, nicht alle, aber viele, auch im wirtschaftlichen Bereich, wieder korrigieren – das ist mir sehr wichtig –, aber was wir nicht korrigieren können, ist der Verlust eines Menschenlebens.

Daran muss man bei dieser Sache immer denken, meine Damen und Herren. Deswegen sollten wir die Diskussion mit den Ministerpräsidenten mit großem Bedacht, mit großer Ernsthaftigkeit führen; aber wir sollten sie führen.

Dies vorausgeschickt, möchte ich auf vier Punkte eingehen:

Erstens. Fangen wir an mit dem Parlament. Mir hat das, was Herr Gauland gesagt hat, überhaupt nicht gefallen und das, was Herr Lindner gesagt hat, nur sehr be-

grenzt gefallen. Herr Lindner, ob Justiz eingeschüchtert wird, das überlegen Sie sich noch mal. Gucken Sie sich Ihr Redemanuskript mal an. Aber, ehrlich gesagt, wir sind hier im Parlament, und dazu gehört die Auseinandersetzung, dazu gehören erregte Zwischenrufe, wenn irgendwas gesagt wird. Denn das Parlament, meine Damen und Herren, ist der Ort, wo die politische Entscheidungsfindung stattfindet. Und deswegen ist es gut und richtig, dass wir heute diese Debatte führen. Deswegen ist es gut und richtig, dass es heute eine Regierungserklärung gibt. Auch wenn ich teilweise selbst daran beteiligt bin: Koalitionsausschüsse und auch Ministerpräsidentenkonferenzen sind keine Verfassungsorgane. Wir hier sind das Verfassungsorgan, meine Damen und Herren.

Vor dem Hintergrund ist hier der Ort, an dem wir die Debatte führen müssen, wie wir auch mit ethischen Fragen umgehen, wie wir mit der ethischen Frage umgehen, was wir denn als Gesellschaft ertragen können. Und deswegen, Herr Bundestagspräsident, ist es unser aller Aufgabe, dieses Parlament auch in der Krise, auch in der Pandemie am Laufen zu halten. Wir werden in den nächsten Wochen zeigen, dass wir vollumfänglich beraten, dass wir die Regierung kontrollieren, dass wir Ergänzungen und Verbesserungsvorschläge machen, wie Rolf Mützenich es gesagt hat, und dass wir uns auch die Freiheit nehmen, zu kritisieren. Es ist richtig und wichtig gewesen, dass die Exekutive schnell gehandelt hat. Aber dies ist eine Republik der Legislative, und das nehmen wir als CDU/CSU-Bundestagsfraktion – ich glaube, auch alle anderen Fraktionen – sehr, sehr ernst, meine Damen und Herren.

Ein zweiter Punkt, der mir sehr wichtig ist: Freiheit. Das Thema ist gerade mehrfach angesprochen worden, und ich nehme es auch sehr ernst. Es geht um die Freiheit, überall dort hinzugehen, wo man hingehen möchte, die Freiheit, sich zu versammeln, und die Freiheit, natürlich ohne staatliche Interventionen sein Leben zu leben. Aber, meine Damen und

Herren, wenn ich mir die Freiheit nehme, zu einer Versammlung zu gehen, wenn ich mir die Freiheit nehme, in ein Fußballstadion zu gehen, dann schränke ich die Freiheit von anderen ein. Denn ich treffe in der Pandemie nicht nur eine Entscheidung für mich, sondern ich treffe auch eine Entscheidung für die Schwächeren, die sich nicht wehren können, die diese Freiheit nicht haben. Das ist der COPD-Kranke, der zu Hause liegt, das ist der ältere Mensch, der nicht besucht werden kann, und das sind viele andere, die Einschränkungen hinnehmen müssen. Deswegen ist es mir viel zu eindimensional, immer das große Lied der individuellen Freiheit zu singen, Herr Lindner. Wir müssen uns vielmehr auch mal mit den Menschen beschäftigen, die diese Freiheit in der Pandemie nicht haben. Wir müssen sehr aufpassen, dass wir durch unsere eigenen Freiheitsrechte nicht andere Menschen in ihrer Freiheit einschränken. Das gehört auch zur Wahrheit dazu.

Ich sage ganz deutlich: Wir stehen dazu, dass wir unseren europäischen Partnern helfen.

auch getriggert sind durch Briefe, durch Mails, die wir kriegen, wem man jetzt noch irgendwo helfen muss. Wenn man, wie wir, in den Wahlkreisen unterwegs ist und die individuelle Not sieht – ob es Reisebüros, Busunternehmer, Gastronomie oder auch andere Betriebe sind –, wenn man sieht, dass Menschen in Kurzarbeit sind und nicht mehr genug zum Leben haben, dann nehmen wir das sehr ernst. Aber wir müssen eine Sache vielleicht auch mal beachten: All das, was wir beschließen – übrigens auch das, was wir gestern Abend beschlossen haben –, kostet Geld – viel Geld –, das von irgendjemandem mal wieder zurückgezahlt werden muss. Wir müssen in dieser Zeit wirklich aufpassen – bei all dem Guten, was wir momentan machen und übrigens auch machen müssen und uns bis jetzt auch noch leisten können –, dass wir bei der ganzen Sache nicht Maß und Mitte verlieren und nicht im Wo-

chentakt nachlegen. Das ist eine Sache, bei der ich durchaus auch einige Mitglieder der Bundesregierung angucke, die da meinen, uns über die Medien immer wieder treiben zu müssen und sagen zu müssen, was zu machen sei. Da gucke ich auch den einen oder anderen Ministerpräsidenten an. Ich kann da nur eines sagen: Wir als Unionsfraktion verstehen uns als Hüter der fiskalischen Solidität, auch in Zeiten der Krise, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Jetzt möchte ich zu dem vierten Punkt kommen: das Thema Europa. Da bin ich – ich sage das mal sehr diplomatisch –, auch wenn ich in die eine oder andere ausländische Zeitung gucke, sehr irritiert. Wer meint, dass nur derjenige ein guter Europäer ist – im Übrigen gibt es einige hier in Wissenschaft und Politik, die dieses Lied auch singen –, der der Vergemeinschaftung von Schulden das Wort redet, der verschweigt eine Menge. Der verschweigt nämlich, dass wir hier in Deutschland – das möchte ich an dieser Stelle ausdrücklich sagen, weil wir es auch gerne und aus gutem Grund tun – der größte Nettozahler in der Europäischen Union sind, der größte Garantie- und Kapitalgeber bei all den Rettungspaketen sind, dass wir mehr von der Last der Migration und der Flucht, der legalen und illegalen Migration, übernehmen als jedes andere europäische Land.

Darüber, dass wir in Deutschland in der Krise das Kostbarste, was es momentan überhaupt gibt, anderen Ländern zur Verfügung gestellt haben, nämlich Intensivbetten, wird nicht geredet – das tun wir gerne, weil wir in der europäischen Solidarität sind –, auch nicht darüber, dass wir Deutsche, in Gestalt von Angela Merkel und Olaf Scholz, ein Vier-Säulen-Paket auf den Weg gebracht haben, mit dem wir über den ESM, über die Europäische Investitionsbank, über den Artikel 122 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union, über europäische Haushaltsmittel ein Hilfspaket, das sich wirklich sehen lassen kann, für andere europäische Länder auf den Weg bringen, denen es nicht so gut geht, die mit der Krise noch nicht so gut fertigwerden. Da geht es um mehrere Hundert Milliarden Euro; das hätten wir uns alle vor einigen Wochen nicht vorstellen können. Und in dieser Situation stellt man in Zweifel, dass wir solidarische Europäer sind.

Ich würde mir wünschen, dass der eine oder andere – auch in anderen Ländern in Europa –, der immer mit großen Worten das Hohelied von Europa singt, so solidarisch ist, wie wir es hier in Deutschland sind, meine Damen und Herren.

Ich sage ganz deutlich: Wir stehen dazu, dass wir unseren europäischen Partnern helfen. Wir stehen im Übrigen auch dazu – Gerd Müller sitzt gerade nicht hier –, dass wir auch denjenigen helfen, die noch schwächer sind und die noch mehr Probleme haben. Die Pandemie wird Afrika wahrscheinlich stärker treffen als uns in Europa. Wir stehen dazu, zu helfen. Das meinen wir aufrichtig und ernst; denn wir können uns Europa nur so vorstellen, dass wir solidarisch sind und dass wir in der Krise zusammenhalten. Es muss allerdings auch erlaubt sein, das eine oder andere zu hinterfragen. Meine Damen und Herren, wir handeln. Von anderen hört man oftmals nur Lippenbekenntnisse.

Wir werden – die Bundeskanzlerin hat darauf hingewiesen – mit der Pandemie nicht schnell fertigwerden. Wir werden unser normales Leben wahrscheinlich erst wieder zurückbekommen, wenn es einen Impfstoff gibt. Das muss man den Menschen offen und ehrlich sagen. Wir sollten keine falschen Hoffnungen wecken.

Wir haben in den letzten Wochen und Monaten gezeigt, dass wir vernünftig mit dieser Krise umgehen können. Ich habe hier vor vier Wochen gesagt, dass wir in diesem Land zusammenhalten und dass wir eine große Gemeinsamkeit entwickelt haben. Unsere Wirtschaft ist sehr stark, und wir haben gute Maßnahmen auf den Weg gebracht, um unsere Wirtschaft zu stützen. Deswegen bin ich immer noch sehr zuversichtlich, dass wir sehr gut, geschlossen und gemeinsam aus dieser Krise herauskommen werden.

Bei aller parlamentarischen Diskussion, die wir führen, und bei aller Kritik, die geäußert wird: Es ist unsere Aufgabe, diesem Land die Zuversicht zu geben, dass wir gut aus dieser Krise herauskommen. Ich glaube, diese Zuversicht können wir diesem Land mit gutem Gewissen geben; denn wir wissen, was zu tun ist. Wir gehen mit dieser Krise verantwortungsvoll um. Vielleicht gehen wir manchmal einen Schritt zu weit, vielleicht gehen wir manchmal einen Schritt in die andere Richtung, aber wir sind immer bereit, die Schritte zu korrigieren und Veränderungen vorzunehmen. Diesen Weg werden wir weitergehen. Und wie gesagt: Ich bin überzeugt, dass der Deutsche Bundestag der richtige Ort ist, um das der Öffentlichkeit klarzumachen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Dr. Dietmar Bartsch, Die Linke:

Diese Krise darf die Gesellschaft nicht zerreißen



Dietmar Bartsch (*1958)
Landesliste Mecklenburg-Vorpommern

Frau Bundeskanzlerin, Sie haben von einer außerordentlichen, von einer ernstesten Situation gesprochen, von der größten Bewährungsprobe, vor der unser Land steht. Dafür, dass die Krisenbewältigung in Deutschland weitgehend passabel läuft – das ist natürlich dem großen Verständnis in weiten Teilen der Bevölkerung zu verdanken –, haben Sie vielen gedankt. Ich will mich dem Dank, auch im Namen meiner Fraktion, ausdrücklich anschließen. Ja, der Begriff „Solidarität“ hat in diesem Land wieder einen anderen Klang. Ja, es geht zuallererst um Krisenbewältigung und nicht zuallererst um Parteipolitik. Deshalb will ich klar sagen: Ich sehe es als Frechheit an, wenn die Union in dieser Situation versucht, die Grundrente zu versenken.

Sie haben schon die Ursprungsidee von Herrn Heil über die Monate immer mehr verwässert. Ich sage Ihnen: Es ist ganz einfach schäbig, den Kassiererinnen, Pflegekräften und Logistikerinnen zu applaudieren und dann gegen die Grundrente zu sein.

Was glauben Sie denn, wer die Grundrente bekommt? Es sind genau die Menschen, die dieses Land jetzt am Laufen halten. Es sind Krokodilstränen, die Sie vergießen. Viele der Altenpflegerinnen und der Paketboten sind diejenigen, die später auf eine Grundrente angewiesen sein werden. Deshalb ist es unfassbar, was Sie machen, und nicht zu akzeptieren. Sie begründen das Ganze mit Geld, was in dieser Situation schon etwas Besonderes ist. In diesem Zusammenhang muss ich sofort an die Pläne der Verteidigungsministerin erinnern.

Sie wollen 45 neue Kampfbomber, teilweise atomwaffenfähig, anschaffen. Das ist unverantwortlich. Der Verteidigungshaushalt steigt und steigt. Kurz vor der Pandemie haben Sie ihn um 6,4 Milli-

arden Euro erhöht, und jetzt wollen Sie der Kassiererin die Rente kürzen? Das ist inakzeptabel!

Uns bedroht keine fremde Armee, uns bedroht ein Virus. Deswegen brauchen wir jetzt einen der Coronakrise entsprechenden Verteidigungsetat. Ich hätte mir gewünscht, dass Sie Initiativen für weltweite Abrüstung ergreifen. Wenn viel mehr Geld ins Gesundheitswesen geflossen wäre und nicht in Aufrüstung, dann hätten wir heute eine ganz andere Situation, eben eine viel bessere, meine Damen und Herren.

Wir brauchen einen anderen Umgang mit börsennotierten Unternehmen. Wenn Konzerne weiter Dividenden ausschütten, um Eigentümer noch reicher zu machen, wenn Boni an Manager ausgeschüttet werden und Milliarden eingesetzt werden, um Aktien zurückzukaufen, dann darf es keine Staatshilfen mehr geben. Im Übrigen ist es auch unternehmerisch eine Bankrotterklärung, in so einer Krise Geld aus Unternehmen abzuziehen, bei denen man überhaupt nicht weiß, wohin die Reise geht. Das ist unternehmerisch völliger Unsinn. Deswegen braucht es die klare Entscheidung der Bundesregierung: Wer heute Boni zahlt, der bekommt zukünftig keine Staatsunterstützung mehr.

Ich will eine Kleinigkeit erwähnen. Ich freue mich, dass alle Fraktionen des Hauses die Initiative der Linken mittragen, die Erhöhung der Diäten auszusetzen. Das ist ein symbolischer, aber wichtiger Akt. Herzlichen Dank dafür. Aber ich will in diesem Zusammenhang auch daran erinnern, dass es Kabinette gibt, die sehr wohl auch über einen entsprechenden Verzicht nachdenken. Diese Beispiele könnten auch für Sie interessant sein. Am Anfang gab es viel gemeinsames Agieren, jetzt wird es zunehmend ein Kommunikationswirrwarr. Frau Merkel, Sie haben das völlig zu Recht kritisiert. Es droht ein Chaos, das am Ende auch die Akzeptanz für die Maßnahmen massiv reduzieren könnte. Ihre Krisenpolitik steuert immer mehr auf einen Flickenteppich zu. Sie haben gesagt, manches wirke „zu falsch“. Ich teile das.

Es ist im Übrigen außerordentlich problematisch, wenn die Coronakrise mit der Kür des CDU-Kanzlerkandidaten zusammenfällt. Herr Söder und Herr Laschet sind leider schon ein Stück weit verhaltensauffällig. Denen müssen

Sie Ihre Kritik als Allererstes sagen. Frau Bundeskanzlerin, es geht um das Leben und die Existenz von Menschen und nicht um die Karrieren in der Union.

Meine Damen und Herren, die ergriffenen Maßnahmen gehen mit härtesten Einschnitten bei den Grund- und Freiheitsrechten einher. Sie haben von einer „demokratischen Zumutung“ gesprochen. Das muss immer wieder laut ausgesprochen werden; denn es darf keine Gewohnheit werden, dass es zu Einschränkungen von Grund- und Freiheitsrechten kommt. Harte Einschränkungen müssen immer wieder diskutiert werden, und sie müssen auch immer wieder begründet werden, Frau Bundeskanzlerin. Das ist Normalität und keine Orgie; da hat Herr Brinkhaus im Übrigen sehr recht.

Die getroffenen Maßnahmen müssen enden, und zwar so spät wie unbedingt notwendig, aber so schnell wie irgend möglich. Es ist dringend angebracht, immer wieder darüber zu diskutieren, gerade weil es so gewaltige Einschränkungen sind. Es ist gut, dass wir heute darüber intensiv gesprochen haben.

Ich will kurz rekapitulieren, wie es überhaupt zu der Notwendigkeit dieser härtesten Einschnitte kam. Es gab viel zu wenige Vorbereitungen. Warum wurden Anfang Januar keine Masken bestellt und die Lager aufgefüllt? Warum gab es überhaupt keine Beschränkungen für Reisen aus früheren Risi-

kogebieten nach Deutschland? Warum gab es keine verbindlichen Tests für Einreisende aus diesen Gebieten? Im Januar hätten die Alarmglocken schrillen müssen, meine Damen und Herren. Es gab doch den Pandemieplan des Robert-Koch-Instituts von 2012 – da ist doch alles wunderbar beschrieben –, aber den haben Sie voll und ganz ignoriert.

Eines zeigt diese Krise ganz deutlich: Die Privatisierung und Kommerzialisierung des Gesundheitswesens war ein Fehler. Sie ist mitverantwortlich für diese Situation. Jetzt schaffen Sie die Krankenhauskapazitäten, die Sie jahrelang wegrationalisiert haben. Und Sie sehen jetzt doch hoffentlich auch, dass die Fallpauschalen der Wahnsinn sind. Man sieht es doch in dieser Situation. Ich möchte den Präsidenten der Bundesärztekammer, Herrn Reinhardt, zitieren. Er sagt: Kliniken sind Einrichtungen der Daseinsfürsorge und keine Industriebetriebe.

Krankenhäuser müssen den Patienten dienen, nicht dem Profit. Das muss sich ins kollektive Gedächtnis einbrennen. – Ja, meine Damen und Herren, das müssen wir ins kollektive Gedächtnis einbrennen.

Ich möchte auf die besondere Situation von Kindern hinweisen. Millionen Kinder sollen noch wochen-, monatelang zu Hause bleiben. Das kann untragbare soziale und psychische Kollateralschäden bedeuten. Kinder, Frauen und Familien drohen die Verlierer der Pandemie zu werden. Es ist doch absurd, wenn großen Kaufhäusern teilweise erlaubt wird, wieder zu öffnen, und Kindern wird verbo-

ten, sich auf eine Schaukel zu setzen. Da ist doch etwas schief.

Die Situation der Alleinerziehenden ist besonders dramatisch. 1,8 Millionen berufstätige Alleinerziehende, fast alles Frauen, werden im Stich gelassen, wenn es nicht bald Betreuungslösungen für ihre Kinder gibt. Eltern sind eben keine Erzieherinnen und Erzieher und auch keine Lehrer und auch keine Therapeuten. Es muss dringend Kompensation geben. Sie können nicht für junge Familien alles zusperren und sie im Regen stehen lassen. Deswegen ist ein Coronaelterngeld, wie Linke und Grüne es fordern, eine sinnvolle Idee. Bitte denken Sie darüber nach.

Ich will noch einmal daran erinnern, dass die Kitaempfehlung auf der Leopoldina-Studie basiert, und in diesem Zusammenhang Folgendes festhalten: In der Arbeitsgruppe zu dieser Studie, die mehr Meinung als Wissenschaft ist, waren insgesamt mehr Männer mit dem Namen Jürgen als Frauen. Das erklärt vielleicht die Ignoranz gegenüber Kindern und ihrer Betreuung, meine Damen und Herren.

Wir brauchen dringend einen Fahrplan – Frau Giffey hat gestern darüber gesprochen –, weil die Familien, weil die Alleinerziehenden Licht am Ende des Tunnels sehen müssen; eigentlich müsste man es schon lange sehen.

Wir alle erleben in dieser Zeit eine unglaubliche Solidarität und auch ein großes Verantwortungsbewusstsein in unserem Land. Viele Menschen ziehen mit; das kann man gar nicht anders sagen. Aber ich sage auch: Sonnen Sie sich nicht in Ihren hohen Zustimmungswerten. Die Menschen erwarten weiter Antworten: Wann gibt es in jedem Altenheim ausreichend Masken? Wann gibt es flächendeckend Tests, auch auf Antikörper? Hier muss wirklich mehr passieren.

Ja, Frau Bundeskanzlerin, Sie haben recht; diese Krise darf die Gesellschaft nicht zerreißen. Es besteht aktuell die Gefahr, dass wir viel schlechter rausgehen, als wir reingingen. Aber ich sage ganz deutlich: Es ist auch eine Chance. Es ist eine Chance auf einen neuen, auf einen anderen Zusammenhalt in unserer Gesellschaft. Wir als Linke werden uns aktiv dafür engagieren.

Herzlichen Dank.

Millionen Kinder sollen noch wochen-, monatelang zu Hause bleiben.



Kunden warten in einer langen Schlange, um Einlass zu einem Baumarkt in Vorfelde (Wolfsburg) zu erhalten.

© picture alliance / Foto Huebner

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Dr. Anton Hofreiter, Bündnis 90/ Die Grünen:

In Europa liegt unsere Zukunft, und dafür müssen wir es erhalten



Anton Hofreiter (*1970)
Landesliste Bayern

Wir sind epidemiologisch weiter in seiner sehr, sehr fragilen Lage. In der Lombardei, im Elsass, in New York konnte man sehen, welche schrecklichen Auswirkungen diese Pandemie haben kann. Im Vergleich dazu sind wir in Deutschland bisher sehr glimpflich davongekommen. Dafür muss man sich bei all den Menschen bedanken, die sich an die Regeln gehalten haben, bei all den Menschen, die eine wahnsinnig wertvolle Arbeit in den Gesundheitssystemen leisten, allerdings auch bei allen Kassiererinnen und Kassierern, bei all denjenigen, die unser Leben am Laufen halten. Vielen Dank!

Trotz der Tatsache, dass wir bisher so glimpflich davongekommen sind, war und bleibt es einfach richtig, mit Vorsicht und mit Besonnenheit vorzugehen. Ja, eine Debatte ist nötig, und eine Debatte ist möglich. Es bestreitet auch niemand, dass die Debatte geführt wird; aber man muss sich die Argumente anschauen. Warum gibt es eine Begrenzung, zum Beispiel bei den Geschäften? Weil man aus Infektionsschutzgründen nicht will, dass die Innenstädte wieder komplett voll sind mit Menschen, weil dann die Abstände automatisch nicht mehr eingehalten werden können. Das ist die Begründung dafür, dass man nur einen Teil der Geschäfte aufmacht. Diese Begründung sollte Ihnen von der FDP auch zugänglich sein.

Wissen Sie, man sollte schlichtweg aufhören, die eigene Freiheit zu verwechseln mit dem Recht des Stärkeren. Das ist nämlich eine vulgäre Form von Freiheit.

Deshalb ist es ganz entscheidend, dass wir intensiv debattieren, aber bei Entscheidungen vorsichtig vorgehen, nicht zu schnell und nicht unüberlegt handeln. Sonst gefährden wir nämlich alles, was wir bis jetzt erreicht haben; sonst laufen

wir Gefahr, dass das Gesundheitssystem überfordert wird.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die wirtschaftlichen Kosten sind hoch, die Fließbänder stehen still, die Geschäfte sind geschlossen, Kultureinrichtungen sind zu, soziale Einrichtungen sind zu, Künstlerinnen und Künstler können nicht mehr auftreten, wirtschaftliche Existenzen sind gefährdet, Arbeitsplätze sind bedroht. Aber bei alledem dürfen wir auch keinen Moment vergessen, dass nicht nur die wirtschaftlichen Kosten hoch sind, sondern auch die sozialen Kosten bedrückend sind. Kinder drohen den Anschluss zu verlieren, weil sie nicht mehr in die Schule gehen können, Familien sind am Limit, Menschen drohen in Armut zu landen. Über all das müssen wir debattieren. Deshalb müssen bei vorsichtigen, verantwortungsvollen Schritten in Richtung Öffnung die soziale Frage und die wirtschaftliche Frage auf Augenhöhe behandelt werden. Liebe Kolleginnen und Kollegen, nach allem, was wir wissenschaftlich begründet wissen, werden wir mit diesem Virus leben müssen, bis wir einen wirksamen Impfstoff haben. Deshalb ist in dieser Zeit eine der wichtigsten Fragen: Wie gelingt es uns, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, die Ausbreitung des Virus zielgerichteter einzudämmen? Dabei geht es – Sie haben das gesagt, Frau Bundeskanzlerin – ums Testen, Testen, Testen, nochmals Testen. Es geht um die Nachverfolgung der Infektionsketten durch die Gesundheitsämter. Es geht darum, eine App zu haben, die dabei hilft. Es geht um ausreichend Schutzausrüstungen, und es geht um Masken. Nichts davon – das muss man ehrlicherweise sagen – ist neu. Das wissen wir seit vielen Wochen. Ich habe aber leider den Eindruck, dass in Ihrer Bundesregierung nicht in allen Ministerien diese Aufgaben mit dem Einsatz, mit der Entschiedenheit und mit der Tatkraft verfolgt werden, wie das angebracht wäre.

Noch vor zwei Wochen hat uns das Wirtschaftsministerium geantwortet, dass die Koordinierung der Wirtschaft in der Pandemie in dem Ministerium keine Priorität hat. Es ist schön, dass Herr Altmaier anscheinend jetzt seine Meinung geändert hat. Aber es ist wertvolle Zeit verstrichen. Und auch bei der App hört man nichts Gutes. Deshalb erwarte ich von Ihnen, dass Sie diese Aufgaben als

nationale, als europäische Kraftanstrengung betrachten und dementsprechend handeln.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben in der letzten Sitzungswoche in großer Gemeinsamkeit einen ganz umfassenden wirtschaftlichen und sozialen Rettungsschirm aufgespannt. Vieles davon hat sich bewährt, manches korrigieren wir, und manches fehlt noch. Die Erhöhung des Kurzarbeitergeldes finde ich – das sage ich ausdrücklich – richtig. Aber dass Sie weiterhin ausgerechnet den Ärmsten der Armen eine zumindest temporäre Erhöhung des Arbeitslosengeldes II verweigern, das finde ich, ehrlich gesagt, unverantwortlich.

Dass Sie sich des Weiteren weigern, ein Coronaelterngeld einzuführen, finde ich angesichts des Drucks, unter dem alle Familien und insbesondere die Alleinerziehenden stehen, unverantwortlich. Wissen Sie, wenn wir als Grüne – in meinen Augen völlig zu Recht – dafür streiten, dass die Lufthansa gerettet wird, erwarte ich, ehrlich gesagt, dass auch die Union dafür streitet, dass wenigstens temporär die Ärmsten der Armen in unserer Gesellschaft angemessen unterstützt werden.

Wir erleben gerade einen wirklich historischen Einbruch unserer Wirtschaft. Er trifft Menschen, Un-

ternehmen, Staaten weltweit. Für konjunkturelle Maßnahmen ist es angesichts der epidemiologischen Lage noch zu früh. Was jetzt aber klar sein muss, ist, dass es, wenn es möglich wird, ein großes Konjunkturpaket, ein großes Investitionspaket geben wird; denn die Unternehmen und die Beschäftigten brauchen Planungssicherheit, die brauchen Klarheit. Wenn wir schon den Zeitpunkt nicht festlegen können, dann muss man wenigstens deutlich machen: Es wird ein großes und umfangreiches Paket geben.

Und was auch klar sein muss, ist, dass dieses Paket sich am Klimaschutz, am Green Deal orientieren muss. Die letzten Jahre waren die heißesten Jahre seit der Wetteraufzeichnung. Dieses Frühjahr ist bereits jetzt wieder deutlich zu trocken. Wir drohen in den dritten Dürresommer in Folge zu gehen. Deshalb: Wenn wir nicht wollen, dass das 21. Jahrhundert ein Zeitalter wird, in dem eine Krise die nächste überlagert, müssen wir aus dieser Krise lernen, dass man Krisen präventiv angeht. Das gilt insbesondere auch für die Klimakrise.

Und: Als Land im Herzen von Europa, als starkes Exportland, als Land, in dem die Autoindustrie eine unserer Leitindustrien ist, die auf funktionierende Lieferketten angewiesen ist, brauchen wir den Zusammenhalt innerhalb der Europäischen Union. Ich kann ja noch verstehen, dass man am Anfang der Krise, als man unsicher war, wie man damit umgeht, mit nationalstaatlichen Reflexen wie der temporären Exportbeschränkung

für Medizingüter, die in Italien einen schweren Schaden psychologischer Natur angerichtet hat, reagiert hat. Wofür ich allerdings wenig Verständnis habe, ist, dass man jetzt, nach Wochen, immer noch keine vernünftigen eigenen Vorschläge präsentiert, wie man Europa finanziell und wirtschaftlich zusammenhält.

Dann wird immer wieder argumentiert, man müsste die Verträge ändern. Frau Merkel, das ist ein rechtlich tricky Argument. Sie wissen doch selber ganz genau, dass es den Artikel 122 AEUV gibt und dass es schon 1975 gemeinsame Anleihen gab. Und deshalb: Hören Sie auf, einen vernünftigen Recovery Fund mit einem entsprechend vernünftigen Wiederaufbaufonds und mit entsprechendem Volumen zu blockieren! Das ist das, was wir dringend brauchen, um die Europäische Union zusammenzuhalten, und zwar in unserem ureigensten Interesse.

Allein VW bezieht circa 20 000 unterschiedliche Teiltypen aus Norditalien. Deshalb ist es unser ureigenstes Interesse, dass die Europäische Union zusammengehalten wird. Deshalb verschanzen Sie sich nicht hinter fadenscheinigen rechtlichen Argumenten, sondern sorgen Sie dafür, dass das getan wird, was notwendig ist. Und das ist ein starker Wiederaufbaufonds mit den nötigen Garantien; denn in Europa liegt unsere Zukunft, und dafür müssen wir es jetzt erhalten und gestärkt durch diese Krise führen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie des Abg. Dr. Dietmar Bartsch (DIE LINKE))

Achim Post, SPD:

Wir haben alle Grund zu Selbstbewusstsein



Achim Post (*1959)
Wahlkreis Minden-Lübbecke I

Ich fange am Tag der heutigen Bundestagsdebatte und am Tag des heutigen EU-Gipfels mal mit einer Sache an, von der ich glaube, dass die meisten von uns

hier übereinstimmen: Ich finde, wir haben alle Grund zu Selbstbewusstsein; denn das, was wir in den letzten sechs Wochen hingebracht haben in der Bundesregierung und im Deutschen Bundestag, auch in den Ländern – die Hilfspakete, die wir geschnürt und verabschiedet haben –, ist nicht nur beispiellos, sondern kann sich auch sehen lassen, und noch wichtiger, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist: Sie fangen an zu wirken. Das ist doch das Wichtigste heutzutage.

Zum Zweiten sage ich mit allem parlamentarischen Selbstbewusstsein – daran mangelt es mir wirklich nicht -: Ich finde, dass sich das, was der Bundesfinanzminister in den letzten sechs Wochen ge-

macht hat, nämlich die Bündelung und die Organisation aller finanziellen Fähigkeiten und Möglichkeiten, um daraus praktische Politik zu machen für Unternehmen und Beschäftigte, für Große und Kleine, für nationale und europäische Maßnahmen, sehen lassen kann. Dafür bedanke ich mich in aller Form: Herzlichen Dank, Olaf Scholz.

Jetzt kommen wir zu den Dingen, bei denen man nachlegen muss, man etwas machen muss, man mehr machen muss und nicht nur nachsteuern, nicht nur nachbessern darf. Es wurde gerade von Toni Hofreiter angesprochen. Natürlich müssen wir jetzt überlegen, wie ein ordentliches, umfassendes, nachhaltiges Konjunktur-

und Investitionsprogramm aussehen muss. Es ist doch klar, dass wir das müssen. Und wir müssen noch was machen: Wir müssen jetzt nicht nur über Deutschland und über Europa reden – darauf komme ich gleich –, sondern auch über unsere Kommunen, denen die Einnahmen wegbrechen, die besonders leiden, die schon vorher häufig nicht auf Rosen gebettet waren. Für sie brauchen wir jetzt einen Schutzschirm, für sie brauchen wir eine Altschuldenregelung und eine Möglichkeit, zu investieren. Und deshalb, liebe Herren Ministerpräsidenten aus Düsseldorf und München: Hier würde ich mir einen Wettlauf, einen Wettbewerb wünschen, wer am meisten für die Kommunen in Nordrhein-Westfalen, in Bayern und in ganz Deutschland tut, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Jetzt zu Europa, zu dem Gipfel von heute. Ich finde, der Start Europas, auch der Start der Nationalstaaten im europäischen Verbund war schlecht, holprig, zum Teil miserabel. Es ist besser geworden, deutlich besser geworden, vor allen Dingen durch eine Sache: das 500-Milliarden-Programm, das geschnürt wurde. Das ist kein Pappentier, sondern die Grundlage dafür, schnell, unbürokratisch und rasch zu helfen. Denn eines ist doch uns allen klar: Unsere Partner, unsere Freunde in Italien, in Spanien, in Frankreich und in anderen Ländern, die besonders betroffen sind, können nicht lange warten. Sie können schon gar nicht warten auf ideologische Grundsatzdebatten. Sie können schon gar nicht warten und wollen auch nicht warten auf Belehrungen und auf Besserwisserei. Sie

wollen überhaupt nicht warten auf neue Spardiktate, die schon vor zehn Jahren nicht funktioniert haben, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Was sie stattdessen brauchen, ist ein solidarisches Wiederaufbauprogramm. Frau Bundeskanzlerin, heute müssen die Grundlagen dafür gelegt werden, dass wir ordentlich was auf den Weg bringen und die Möglichkeiten schaffen, zusammen mit Anleihen, gemeinsamen Anleihen, wie sie das Europäische Parlament vorgeschlagen hat, zielgerichtet zu helfen. Ich glaube und ich weiß, dass das möglich ist, auch ohne Vertragsänderungen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Zusammengefasst will ich mal sagen: Ich finde, dass wir stolz sein können auf das, was geleistet wurde. Ich finde, dass wir noch

viel vor uns haben. Die Kommunen waren nur ein Beispiel, es gibt noch viele andere Punkte. Und ich finde, dass Deutschland seiner Rolle in Europa gerecht werden muss; denn wir sind das größte Land, wir sind die stärkste Volkswirtschaft. Im Übrigen hat das, was wir tun, was wir tun müssen, eine Menge mit Solidarität und eine Menge mit Gemeinschaft zu tun, aber vor allen Dingen auch mit Eigeninteresse, mit unseren Absatzmärkten in Europa, mit Lieferketten und mit Waren, die wir nur in Europa verkaufen können. Deshalb: Deutschland kommt nur dann nachhaltig wieder auf die Beine, wenn auch unsere Freunde und Partner in Europa wieder auf die Beine kommen.

Ich will Ihnen hier zum Schluss sagen, liebe Kolleginnen und Kollegen: Ich habe Vertrauen in einen

handlungsfähigen Staat. Meine Fraktion hat Vertrauen in einen handlungsfähigen Staat. Wir haben gemeinsam Vertrauen in unsere Demokratie, in dieses Parlament und auch in ein funktionierendes solidarisches Europa.

Schönen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Dies ist eine gekürzte Version der Debatte. In der Debatte sprachen zudem die Abgeordneten Sebastian Münzenmaier (AfD), Alexander Dobrindt (CDU/CSU), Bärbel Bas (SPD), Eckhardt Rehberg (CDU/CSU), Dr. Katja Leikert (CDU/CSU), Dr. Frauke Petry (fraktionslos), Dr. Carsten Linnemann (CDU/CSU) sowie Dr. Georg Nüßlein (CDU/CSU).

Debatte zum FDP-Antrag zur Öffnungsstrategie / 156. Sitzung des 19. Deutschen Bundestags am 23. April 2020

Michael Theurer, FDP:

Interventionsketten des Staates müssen gestoppt werden



Michael Theurer FDP (*1967)
Landesliste Baden-Württemberg

noch nicht über einen Impfstoff und auch nicht über wirksame Medikamente zur Heilung der schweren Coronainfektion verfügen werden.

Die Krisenkommunikation der Bundesregierung hatte allzu oft die Halbwertszeit von zwei Tagen. Es ist stets das wahrscheinlichste Szenario eingetreten, doch Herr Spahn sprach ständig von einer neuen Lage. Am 14. März beispielsweise wurde die Absage von Großveranstaltungen noch abgelehnt. Mitte März wurden die real bevorstehenden Einschränkungen als Fake News verunglimpft. Mitte Februar hat der Wirtschaftsminister die Forderung nach einem Krisengipfel für die Wirtschaft noch abgelehnt. Anfang März gab Herr Altmaier zu, keine Notfallpläne für die Wirtschaft zu haben. Hat die Bundesregierung die Lage falsch eingeschätzt, oder sollten die gewählten Parlamente und die Öffentlichkeit bewusst im Unklaren gelassen werden? Das sind Fragen, die nach der Krise analysiert und bewertet werden müssen.

Heute geht es uns Freien Demokraten nicht um die Bewertung von Versäumnissen der Vergangenheit, sondern darum, dass endlich von der Bundesregierung klare, transparente, nachvollziehbare Kriterien entwickelt werden, wie man Gesundheitsschutz und wirtschaftliche und gesellschaftliche

Öffnung miteinander verbinden kann. Denn die Beschlüsse, die die Bundeskanzlerin mit den Regierungschefs der Länder in der Woche nach Ostern verkündet hat, wirken ja willkürlich. Nehmen wir nur die 800-Quadratmeter-Regel beim Einzelhandel. Wenn man infektiologisch denkt, wenn man virologisch denkt, müsste doch ein ganz anderes Kriterium zugrunde gelegt werden, etwa Quadratmeter pro Kunde.

Meine Damen und Herren, wir in Deutschland sind die Weltmeister des organisierten Arbeitsschutzes. Die Bundesregierung sollte deshalb jetzt endlich einen interdisziplinär besetzten Expertenrat zur Begutachtung der Coronaan-

steckungsrisiken in Gesellschaft und Wirtschaft berufen. Dieser sollte klare, transparente Kriterien erarbeiten, die dann für alle Bereiche durchdekliniert werden. Der Maschinenführer an einem CNC-Bearbeitungszentrum braucht vielleicht andere Schutzmaßnahmen als ein Montageteam, das in der Automobilindustrie im engen körperlichen Kontakt, praktisch Hand in Hand, Teile an eine Karosserie montiert.

Niemandem ist damit gedient, wenn eine Insolvenzwelle weite Teile des Mittelstandes hinwegfegt. Wir sind in großer Sorge, was die Unternehmen in Deutschland und die Millionen von Arbeitsplätzen angeht. Deshalb fordern wir in unserem Antrag ein Programm für Wachstum, Beschäftigung und Innovation. Wir wollen ein Belastungsmoratorium. Es darf keine neuen Steuererhöhungen geben, keine neue Bürokratie, keine neuen Umverteilungsprogramme. Im Gegenteil: Wir brauchen Sofortabschreibungen für bewegli-

che Wirtschaftsgüter, die komplette Abschaffung des Soli, eine Entlastung bei der Körperschaftsteuer und endlich auch Verlustrückträge, also eine negative Gewinnsteuer, die Liquidität in die Unternehmen pumpt.

Kurzum: Es geht gerade in der Pandemiebekämpfung um die Unterbrechung der Interventionsketten. Aber wir müssen auch dafür sorgen, dass die Interventionsketten des Staates, die jetzt in Gang gesetzt worden sind, gestoppt werden, damit die Grenze des Staatseingriffes nicht immer weiter in Richtung einer Planwirtschaft verschoben wird, sondern dass die Wachstumskräfte der Marktwirtschaft wieder wirken können. Das ist gut für die Haushaltseinnahmen des Staates. Das ist gut für die Sicherung der Arbeitsplätze. Das ist richtig für die Zukunft unserer vielen mittelständischen Unternehmen in Deutschland.

(Beifall bei der FDP)



Mitarbeiter eines Kosmetikshops in der Mall of Berlin bereiten ihren Laden auf die Öffnung vor. Berliner können wieder in vielen Geschäften jenseits des Lebensmittelhandels einkaufen.

picture alliance/dpa

Dr. Joachim Pfeiffer, CDU:

Deutschland und Europa müssen aus der Krise gestärkt hervorgehen



Joachim Pfeiffer (*1967)
Wahlkreis Waiblingen

© Deutscher Bundestag/Thomas Trutschel

kleinen Betriebe mit null bis zehn Beschäftigten. Knapp 1,9 Millionen Betriebe, also fast die Hälfte aller dieser Betriebe, haben diese Sofortkredite beantragt. Fast 10 Milliarden Euro sind bereits abgerufen und angekommen, um die Brückenfunktion wahrzunehmen, die wir damit anstreben. Die Liquiditätshilfen wirken. Knapp 28 Milliarden Euro sind beantragt. Dort, wo notwendig – Stichwort: Schnellkredite –, haben wir weiter optimiert, sodass die Branchen, bei denen es am Anfang noch gehakt hat, auch den Zugang bekommen. Der Wirtschaftsstabilisierungsfonds ist quasi ausgearbeitet und ist jetzt in der Endabstimmung mit Brüssel; denn er muss ja notifiziert werden. Es geht darum, wie wir Betriebe erhalten wollen, die zur kritischen Infrastruktur im Bereich der Luftfahrt, im Bereich der Schiene und auch im Vorhinein von anderen angesprochenen Transportsektor, der beim Wiederhochfahren natürlich von entscheidender Bedeutung ist, gehören.

Die Bürgschaften, die steuerlichen Maßnahmen, Stundungen, Kurzarbeit, all diese Dinge funktionieren. Auch dort werden wir, wo es notwendig und sinnvoll ist, entsprechend nachsteuern. Gestern hat man im Bereich der Gas-

tronomie befristet für ein Jahr die Mehrwertsteuer auf 7 Prozent gesenkt. Wir werden nachsteuern, und Sie können entsprechend mithelfen, dass wir das zügig tun können. Wir haben in nächster Zeit genügend Sitzungen, um dies zu tun. Hinzuverdienste sollen bis zum vollen Monatsverdienst ermöglicht werden. Auch das Kurzarbeitergeld soll, sofern es länger in Anspruch genommen werden muss, noch erhöht werden.

Wir arbeiten mit Hochdruck daran, dass im Bereich von Veranstaltern, im Bereich der Reiseunternehmen und auch im Bereich der Start-ups Hilfen auf den Weg gebracht werden. Diejenigen, die forschen und entwickeln, die zukunftsfähige Produkte haben, sollen nicht auf der Strecke bleiben, sondern diese Innovationen sollen auch in Zukunft wieder stattfinden können.

Auch für diejenigen, die ganz düstere Perspektiven haben, zum Beispiel die Schausteller, die quasi in diesem Jahr null Perspektive haben und vielleicht voriges Jahr beim Weihnachtsmarkt den letzten Umsatz gemacht haben, brauchen wir Möglichkeiten; denn natürlich wollen wir auch diese Berufsgruppe und diesen Sektor nicht verlieren.

Das Ganze ist aber kein Selbst-

zweck, Kollege Theurer, sondern wir wollen damit Zeit gewinnen, um die Infektionsrate unter die berühmten 1,0 zu senken. Ich bin kein Virologe und kein Arzt. Kollege Theurer, auch Sie sind kein Virologe und kein Arzt. Wir beide sind Ökonomen und Kaufleute; aber auch da haben wir Statistik gelernt. Wir haben in Deutschland 20 000 Betten, die für die Beatmung zur Verfügung stehen; wir brauchen auch Intensivbetten für Patienten mit anderen Krankheiten. Da die Statistik besagt, dass wir beim Faktor von 1,2 in vier Monaten 50 000 Betten brauchen und beim Faktor von 1,3 in drei Monaten 90 000, bedeutet das: Das würde unser System sprengen. Deshalb muss das Ziel sein, diese Infektionsrate unter 1,0 zu halten.

Deshalb hat die Bundeskanzlerin recht, wenn sie heute Morgen sagt: Wir müssen aufpassen, dass wir das, was wir jetzt aufgebaut haben, nicht leichtfertig verspielen. Genau das ist unsere Maßgabe bei der Öffnungsstrategie. Wir haben jetzt gewisse Dinge geöffnet. Man kann sicher darüber streiten, ob man auf dem Golfplatz im Freien jetzt schon spielen können sollte oder nicht, selbstverständlich, ja, aber wenn wir es zu schnell hochfahren, dann besteht die Gefahr des Rückfalls. Diesen wollen wir auf keinen Fall.

Wenn wir wirklich das erreichen wollen, was wir auch 2009 erreicht haben, nämlich dass wir gestärkt aus der Krise hervorgehen, dann müssen wir jetzt bei der Öffnungsstrategie vorsichtig agieren. Wenn zehn Tage nachdem die ersten Läden aufgemacht haben, die

Infektionsrate unter 1,0 bleibt, können wir die nächsten Schritte tun. Alles andere wäre, glaube ich, unverantwortlich.

Aber wir können auch jetzt Dinge tun. Wir können zum Beispiel jetzt die Zeit nutzen, unsere Abläufe zu beschleunigen. Wir haben es hier bei der Parlamentsarbeit getan. Ausschüsse können digital – zunächst befristet; ich würde mir wünschen, wir machen das auch dauerhaft – tagen und entscheiden. Ich denke, das müssen wir beispielsweise auch bei Genehmigungsverfahren machen. Weder bezüglich Baumaßnahmen im Bereich der erneuerbaren Energien noch bei Schienenprojekten oder auch Straßenbauvorhaben finden gerade Anhörungen statt. Deshalb müssen wir unsere Genehmigungsverfahren optimieren, digitalisieren und damit auch beschleunigen. Das können wir jetzt machen. Dazu brauchen wir keine 800 Quadratmeter oder mehr. Da sind wir gefordert. Deshalb gilt es, die Rahmenbedingungen jetzt so zu gestalten, dass wir weitere Entlastungen – die steuerlichen Verrechnungsmöglichkeiten sind angesprochen worden – parat haben, wenn die Öffnungsstrategie so verläuft, dass wieder richtig Fahrt aufgenommen werden kann.

Das Ziel muss sein, dass Deutschland und Europa am Ende des Tages aus dieser Krise wie schon 2009/2010 gestärkt hervorgehen. Deshalb lassen Sie uns hier wirklich klug und verantwortungsvoll agieren.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Tino Chrupalla, AfD:

Der Alltag ist der Ausnahmezustand



Tino Chrupalla (*1975)
Wahlkreis Görlitz

© Deutscher Bundestag/Achim Meide

weit. Zweifellos erfordern Ausnahmesituationen außergewöhnliche Maßnahmen. Aber wir müssen den Nutzen, sprich: die Sinnhaftigkeit, und mögliche negative Folgen dieser Maßnahmen gegen eine weitere Ausbreitung des Virus kontinuierlich überprüfen. Denn wenn wir da übers Ziel hinauschießen, laufen wir Gefahr, den wirtschaftlichen Schaden, der bereits jetzt unübersehbar ist, noch zu vergrößern.

Insofern können wir dem vorliegenden Antrag der FDP-Fraktion im Grundsatz nicht widersprechen. Wir brauchen klare und transparente Kriterien für eine Öffnungsstrategie. Meine Damen und Herren, über diese Kriterien müssen wir offen und ehrlich reden und auch reden dürfen. Die

Bürger haben ein Recht darauf; sie haben ein Recht darauf, zu erfahren, dass sie dieser Shutdown jede Woche 42 Milliarden Euro kostet. Wir müssen ihnen auch sagen, dass dieses Geld nicht vom Himmel regnet. Denn nicht die Bundeskanzlerin, der Finanzminister oder der Arbeitsminister zahlen am Ende die Rechnung – nein –; diese Rechnung müssen die Bürger bezahlen. Sie müssen all die Milliarden Euro, die jetzt zu Recht an Hilfen ausgegeben werden, mit ihrer tagtäglichen Arbeit wieder erwirtschaften.

Ich hoffe nicht, dass es auf Vermögensabgaben hinausläuft, wie die SPD schon vorgeschlagen hat.

Die Ersparnisse der Mittelschicht werden Sie nicht mit den Stimmen der AfD einziehen. Das

wollen wir hier schon mal prophylaktisch festhalten.

Stattdessen müssen wir genauso minutiös, wie wir täglich die Ausbreitung des Virus kontrollieren, evaluieren, wie wir alle Wirtschaftsbereiche verantwortungsvoll wieder hochfahren können. Ich denke, da kann und muss die Bundesregierung auf der Basis der inzwischen reichlich vorhandenen Daten eine verlässliche Öffnungsstrategie vorlegen. Wir dürfen nicht länger zuschauen, wie die Fundamente unserer Volkswirtschaft erodieren.

Ich will hier nur einige wenige Zahlen nennen. Im Hotel- und Gaststättengewerbe drohen laut DEHOGA 70 000 Pleiten. Das heißt, viele der bisher dort beschäftigten 2 Millionen Arbeitnehmer stehen dann auf der Straße. Und Herr Altmaier, was nutzt eine Mehrwertsteuersenkung in der Gastronomie, wenn diese Geschäft-

te überhaupt nicht öffnen dürfen? Das müssen Sie mir wirklich mal erklären.

Der Einzelhandel fürchtet, dass von 450 000 Geschäften 45 000 schließen müssen. Was wird aus den vielen Mitarbeitern? 1,8 Millionen Arbeitsplätze in Deutschland sind direkt oder indirekt von

der Automobilindustrie abhängig. Ihre Zukunft ist genauso ungewiss.

Meine Damen und Herren, auch auf der wirtschaftlichen Seite der Viruskrise geht es um ganz persönliche Lebensschicksale, um die Existenzen von

Unternehmern und Arbeitnehmern. Viele fragen sich zu Recht: Warum darf ein Laden mit 800 Quadratmetern öffnen, einer mit 804 Quadratmetern aber nicht? Warum gilt diese Ausnahme für das Autohaus, aber nicht für das Möbelhaus? Warum dürfen Buchläden öffnen, Elektronikmärkte aber oftmals nicht? Was unter-

Was wir brauchen, ist so viel Freiheit wie möglich und so viel Einschränkung wie nötig.

Was wir derzeit erleben, hätte sich noch zur Jahreswende niemand vorstellen können. Der Alltag ist der Ausnahmezustand – nicht nur bei uns, sondern vielerorts welt-

scheidet den Einkauf im Supermarkt vom Einkauf im Elektronikmarkt?

Meine Damen und Herren, ein Journalist schrieb unlängst sehr treffend – ich zitiere -: Das Virus weiß nicht, ob es vor einem Kühlregal oder einem Schuhregal steht.

Die Krisenpolitik der Bundesregierung tut aber so, als sei das Virus vor dem Schuhregal gefährlicher als vor dem Kühlregal. Dieser Unfug muss schleunigst aufhören! Was wir brauchen, ist so viel Freiheit wie möglich und so viel Einschränkung wie nötig.

Klar ist: Jedes weitere Herauszögern der wirtschaftlichen Tätigkeit wird zwangsläufig zu weiteren finanziellen Belastungen nach der Krise führen. Darum müssen wir die Volkswirtschaft mit klar umrissenen neuen Schwerpunkten wieder hochfahren. Dazu gehört un-

ter anderem, in strategische Lieferketten zu investieren, die unsere Abhängigkeit von Drittländern reduzieren. Das betrifft neben der Automobilbranche vor allem die Gesundheits- und Pharmaindustrie sowie die Lebensmittelwirtschaft. Und wir brauchen drin-

gend einen Plan. Ich glaube, ich liege nicht ganz falsch, wenn ich behaupte: Die Bundesregierung, die hat keinen Plan.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

Sören Bartol, SPD:

Füreinander einstehen und wieder kontrolliert hochfahren



Sören Bartol (*1974)
Wahlkreis Marburg

on zeigen, dass der Umgang mit der Coronakrise, vor allen Dingen auch die Debatte um den richtigen Weg, zuallererst hier in dieses Parlament gehört.

Der Ethikrat hat in seiner, wie ich finde, sehr guten Stellungnahme noch einmal deutlich betont, dass Entscheidungen, die die ganze Gesellschaft betreffen, von denen getroffen werden müssen, die durch das Volk mandatiert sind. Liebe Kolleginnen und Kollegen, in der Coronakrise schlägt insofern nicht alleine die Stunde der Exekutive, in dieser Krise schlägt die Stunde der demokratisch legitimierten Politik insgesamt und damit vor allen Dingen auch die des Parlaments.

Wir als Koalition haben schnell, umfassend und mutig auf die Kri-

se reagiert und riesige Rettungsschirme beschlossen und gestern im Koalitionsausschuss nachgelegt. Wir können aber nie ganz genau wissen, was absehbar wichtig werden wird und welche Beschlüsse dann noch anstehen. Das gilt für kurzfristige Maßnahmen in der Krise, es gilt aber vor allen Dingen auch für mögliche Konjunkturimpulse nach der Krise.

Der Antrag der FDP ist ein wildes Wunsch-dir-Was. Bei dieser Gelegenheit: Forderungen nach dem Rückgängigmachen von Standards im Klimabereich schaden

Wir können auch die Wirtschaft nicht endlos mit Staatsgeld künstlich aufrechterhalten.

den Unternehmen mehr, als dass sie helfen. Auf diese Weise verschleudert man Milliarden Euro an Investitionen und schadet unserer Wettbewerbsfähigkeit und der Umwelt. Wir dagegen zeigen, dass wir zielgenau nachsteuern können. Die Aufstockung des Kurzarbeitergeldes bedeutet für viele betroffene Beschäftigte eine echte Hilfe.

Die Absenkung des Mehrwertsteuersatzes in der Gastronomie ist eine Möglichkeit, um verlorene Umsätze teilweise zu kompensieren. Es muss aber auch hier allen klar sein: Diese Maßnahme ist natürlich befristet und wird trotz Wahlkampfzeit 2021 auslaufen. Neben den gestrigen Beschlüssen müssen wir vor allen Dingen auch die Branchen im Blick haben, die womöglich als letzte wieder hochfahren können. Dazu zählen zum Beispiel Klubbetreiber und Messebauer, und natürlich werden wir

hier auch die Schausteller einbeziehen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, man kann ein ganzes Land nicht jahrelang einschließen. Alle freiheitsbeschränkenden Maßnahmen müssen immer besonders begründet sein. Wir können auch die Wirtschaft nicht endlos mit Staatsgeld künstlich aufrechterhalten; das endet im beiderseitigen Bankrott. Daher müssen wir wieder kontrolliert hochfahren. Das geht nur, wenn wir weiter füreinander einstehen und die Risikogruppen beschützen. Wir müssen verantwortlich füreinander sein.

Wir müssen diszipliniert sein und zeigen, dass wir mit den Lockerungen umgehen können. Wenn uns das nicht gelingt, scheitern wir in der Infektionsbekämpfung, scheitern wir als Gesellschaft, schaden wir der Wirtschaft mehr, als es ein Hilfsprogramm jemals reparieren kann.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie des Abg. Klaus-Peter Willsch (CDU/CSU))

Alexander Ulrich, Die Linke:

Öffnungsdiskussion und die Maßnahmen behutsam umsetzen



Alexander Ulrich (*1971)
Landesliste Rheinland-Pfalz

sion und die Maßnahmen dazu wirklich behutsam umsetzen. Lasst uns erst mal erkennen, was die Schritte, die in der letzten Sitzungswoche beschlossen worden sind, für Auswirkungen haben.

Ich komme aus der Nähe von Kaiserslautern. Ich habe die menschenarme Stadt letzte Woche öfters gesehen. Ich habe in dieser Woche gesehen, welche Menschenmengen in der Fußgängerzone diese wenigen Maßnahmen schon wieder hervorgebracht haben. Ich habe da ein ungutes Gefühl. Lassen Sie uns doch erst einmal abwarten, was das in den nächsten Wochen bedeutet. Dann können wir darüber reden, in welchen Schritten möglicherweise weitere Gewerbe geöffnet werden können oder auch nicht; darin sind wir uns auch ziemlich einig.

Ich komme aus Rheinland-Pfalz, das habe ich bereits erwähnt. In Rheinland-Pfalz ist die

FDP an der Landesregierung beteiligt; auch deshalb verstehe ich den Antrag der FDP nicht. Die FDP sollte sich meines Erachtens eher darum kümmern, dass die Dinge, die beschlossen worden sind, vernünftig umgesetzt werden; denn in keinem Bundesland ist die Soforthilfe so langsam ausbezahlt worden wie in Rheinland-Pfalz, wo zum Teil auch nach drei Wochen noch keine Bescheide vorliegen. Wer ist zuständig? Der FDP-Mann Wissing.

Sich einmal um solche Dinge zu kümmern, wäre sinnvoller, als hier Scheinanträge zu stellen, in denen wieder die alten Gasenhauer hervorgebracht werden wie Sonntagsarbeit, Steuersenkung und andere Dinge, die die FDP immer wieder fordert.

Lassen Sie uns doch erst einmal abwarten, was das in den nächsten Wochen bedeutet.

Da die FDP auch in den Chor der AfD einstimmt und gegen weitere Steuererhöhungen ist, will ich deutlich zum Ausdruck bringen: Jawohl, wir brauchen nach dieser Krise Steuererhöhungen; denn es gibt auch Krisengewinner wie Amazon, und die müssen endlich einmal zur Kasse gebeten werden.

Diesen Unternehmen zu versprechen, sie brauchten vor uns keine Angst zu haben, das können die FDP und die AfD machen, aber verantwortliche Politik für unser Land sieht anders aus. In einigen Branchen besteht noch großer Nachholbedarf; sie sind hier erwähnt worden.

Ich will noch etwas zur Kurzarbeit sagen: Die Schritte, die heute Nacht beschlossen worden sind, gehen uns nicht weit genug. Der DGB und auch wir Linke haben viel weiter gehende Vorschläge. Jetzt wieder in ein Klein-Klein zu verfallen und zu fordern, dass die Arbeitsagenturen zu prüfen haben, wer wie lange in 50 Prozent Kurzarbeit gewesen ist, ist eine falsche Vorgehensweise. Man hätte es für al-

le sofort auf mindestens 80 Prozent anheben sollen. Das war ein falscher Schritt. Wir müssen im Prinzip deutlich machen, dass Staatshilfe nur geleistet werden kann, wenn Unternehmen auf Dividenden und Bonusauschüttungen verzichten. Es ist der Grundgedanke sozialer Marktwirtschaft, dass man nur dann solidarisch sein kann, wenn auch die andere Seite solidarisch ist.

Ich habe mich mit einem Busunternehmer aus meinem Wahlkreis unterhalten. Er hat zu mir gesagt, er habe zwei Busse, mit denen er in diesem Jahr wahrscheinlich kein Geschäft mehr machen wird. Er bezahlt für jeden Bus im Reiseverkehr 4 000 Euro Leasing. Er hat jeden Monat Kosten in Höhe von 8 000 Euro. Die Hilfe, die er bekommt, ist sehr gering. Aber ein Unternehmen wie TUI bekommt Staatshilfe in Milliardenhöhe und lässt seine Flotte unter maltesischer Flagge fliegen. Das empfinden die Menschen in diesem Land zu Recht als ungerecht, und da muss Politik endlich handeln.

Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Zur politischen DNA meiner Partei und Fraktion gehört die politische Forderung in allen Lagen, dass Menschen vor Profite zu stellen sind.

Und wo, wenn nicht auch in dieser politischen Debatte und im Hinblick auf Corona, trifft das zu? Deshalb sagen wir ganz deutlich bei dieser Debatte, die von der FDP angestoßen wurde: Lasst uns diese Öffnungsdiskus-

Dieter Janecek, Bündnis 90/ Die Grünen:

Wir brauchen nachvollziehbare Kriterien bei der Öffnung



© Deutscher Bundestag/Thomas Trutschel

Dieter Janecek (*1976)
Landesliste Bayern

Herr Chrupalla, wenn man auf den Topvirologen der AfD – Herr Müller sitzt ja da hinten – gehört hätte, der Covid-19 mit einer leichten Grippe vergleicht, dann hätten wir mittlerweile Hunderttausende Tote in diesem Land und eine zerkrachte Volkswirtschaft.

Das ist die Wahrheit, die Sie einmal zur Kenntnis nehmen sollten. Gut, dass man in dieser Situation nicht auf Sie hört.

Jetzt komme ich zum ernstzunehmenden Teil des Parlaments. Ich finde, wir können wirklich stolz sein, was wir gemeinsam in den letzten Wochen erreicht haben. Ich möchte mich explizit bei den Menschen im Land bedanken, die diese Einschränkungen mitgetragen haben, insbesondere auch bei den Familien, die seit Wochen mit ihren Kindern zu Hause ausharren. Es ist nun einmal leichter, wenn man ein Haus mit Garten hat, als wenn man zu fünft in einer Zweizimmerwohnung wohnt.

Hier ist unser Dank angebracht. Hier müssen wir jetzt auch helfen und wirklich vorankommen; es geht beim Thema Öffnung auch darum, dass wir Lösungen finden für die Menschen.

Aber wir müssen auch weiterhin vorsichtig sein. Wir sind noch nicht über den Berg; wir sind noch nicht dort, wo wir sein müssen, um konsequenter öffnen zu können. Denn es bringt nichts, wenn wir jetzt schnell öffnen und

dann wieder schließen müssen. Ich glaube, das wäre verheerend für die Gesellschaft. Deswegen ist es richtig, jetzt mit Maß und Besonnenheit vorzugehen.

Gleichzeitig braucht es aber auch Mut, neue Dinge auszuprobieren. Ich sehe diesen Mut zum Beispiel bei Unternehmen in meinem Wahlkreis, die ihre Produktion umstellen. Herr Altmaier, in meinem Wahlkreis gibt es ein Unternehmen, ein Werkzeugmaschinenfabrikant, der Schutzmasken herstellen möchte, und zwar im großen Stil. Er könnte hunderttausend am Tag herstellen, könnte weiter beschäftigen und müsste keine Kurzarbeit anmelden; aber er braucht dann auch Abnahmemärkte und von Ihrer Regierung das Signal, dass endlich gekauft wird, auch lokal und regional. Ich glaube, man hätte früher anfangen können, diese Signale zu senden.

Die Digitalisierung kommt jetzt auf uns zu. Als Vater von drei Kindern kann ich sagen: Im Home-

schooling sind die Eltern engagiert, die Lehrer sind engagiert, die Kinder sind engagiert. Es findet ein Prozess statt; aber auch da muss es jetzt Verbesserungen geben, damit das Lernen auch wirklich bei den Kindern ankommt und auch das Soziale bei den Kindern ankommt. Hier muss jetzt ein Schritt nach vorne gemacht werden. Was relevant und wichtig sein wird – in diesem Punkt gebe ich der FDP recht -: Wir brauchen nachvollziehbare Kriterien bei der Öffnung.

Wir müssen verstehen: Wie ist das Infektionsgeschehen vor Ort? Wie sind die Datengrundlagen? Warum gibt es innerhalb der Europäischen Union unterschiedliche Öffnungsstrategien anhand unterschiedlicher Dateneinschätzungen? Hier müssen wir schnell vorankommen, um zum Beispiel zu wissen, wie das Infektionsgeschehen bei den Kindern wirklich ist. Hier brauchen wir eine Klärung; hier müssen wir vorankommen.

Auch beim Thema Corona-App – darüber wurde viel gestritten – brauchen wir Lösungen. Die Lösung kann aber nicht heißen, dass wir den Menschen verpflichtend vorschreiben, dass sie eine App zu nutzen haben. Wir brauchen Standards; wir brauchen aber auch die Möglichkeit, dass die

Menschen endlich Lösungen in Anspruch nehmen. Also auch in diesem Bereich wäre es schön, wenn man endlich einmal vorankommt.

Keine moderne Ökonomie funktioniert ohne die Vereinbarkeit von Beruf und Familie; diese Einsicht kam in der Kommunikation, insbesondere in meinem Bundesland Bayern, sehr spät. Dafür müssen wir jetzt sorgen. Wir können nicht einfach die Geschäfte wieder hochfahren, ohne den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zu helfen. Auch hier braucht es Hilfen; hier braucht es das Coronageld für die Eltern. Hier braucht es Betreuungsmöglichkeiten für die Kinder; auch da brauchen wir Entscheidungen.

Wir müssen bei den Kulturschaffenden, bei den Selbstständigen jetzt ganz genau hinschauen. Es gibt eine ganze Reihe von Branchen, die werden ohne Hilfe nicht existieren können. Wir brauchen in bestimmten Bereichen sozusagen ein Winterschlafmodell. Hier brauchen wir Hilfen, hier müssen wir ansetzen und gemeinsam handeln. Darum geht es auch in den nächsten Wochen und Monaten.

Danke schön.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abg. Dr. Eva Högl (SPD))

Klaus-Peter Willsch, CDU:

Krise so menschenverträglich wie möglich bewältigen



© CDU/Ian Kopetzky

Klaus-Peter Willsch (*1961)
Wahlkreis Rheingau-Taunus-Limburg

Herr Theurer, es ist heute viel Vernünftiges diskutiert worden; es gab viel Übereinstimmung. Wir werden den Antrag in den Ausschuss geben und dort weiter beraten.

Wir leiden alle miteinander darunter, dass das gesellschaftliche Leben, die wirtschaftliche Aktivität, die Initiativkraft lahmgelegt werden. Wir haben jetzt Ende April. In meinem Wahlkreis stünden jetzt viele Veranstaltungen an: Die Weinfeste im Rheingau, die ersten Kirmessen im Westerwald,

die ersten Kerben im Taunus sind abgesagt worden, und es werden viele weitere noch abgesagt werden. Das fehlt mir. Ich möchte Menschen treffen und mit ihnen zusammen sein. Aber wir wissen: Das können wir zurzeit nicht. Ich möchte wieder die leuchtenden Kinderaugen auf dem Karussell sehen und das Jauchzen hören, wenn sie mit der Achterbahn fahren. Aber wir wissen: Das wird jetzt erst einmal nicht gehen.

Wir müssen aber gleichwohl darüber sprechen, wie wir Aktivitäten wieder hochfahren, was verantwortbar ist. Bei der Armee haben wir das „Leben in der Lage“ genannt: Jeden Tag neu bewerten, wo wir stehen. Was haben wir erreicht? Wo müssen wir hin? Was müssen wir tun? Für den Fall, dass wir es angesichts der Datenlage und des Seuchenverlaufs für vertretbar halten, zu sagen: „Jawohl, jetzt kann der gastronomische Betrieb in diesem oder jenem Umfang wieder aufgenommen werden“, müssen wir vorbereitet sein. Das ist wichtig jetzt zu tun. Wir müssen jetzt mit den Betroffenen,

mit den Verbänden sprechen; denn wir als Gesetzgeber kennen gar nicht die ganze Vielfalt des wirtschaftlichen Lebens im Detail so wie die Branchenvertreter. Deshalb müssen wir mit ihnen jetzt über Szenarien, Möglichkeiten, Betriebsverfahren reden, die – wenn die Seuchenlage es zulässt – wieder Schritt für Schritt in ein normales Leben führen. Wir müssen mit den Betroffenen vereinbaren, was man in welcher Situation vertreten kann.

Natürlich sind die Einschränkung der Wirtschaft und der individuellen Freiheit, die in verschiedenen Bereichen geboten sind – das wurde von allen Fraktionen übereinstimmend festgestellt –, begründungsbedürftig. Wir haben eine solche Begründung. Aber wenn die Umstände es zulassen, dass wir Schritt für Schritt wieder öffnen können, dann ist es wichtig, dass die Menschen wieder in die Lage kommen, ihre Dienstleistung zu erbringen, ihre Arbeit zu tun und auch den Dienst am Nächsten zu leisten. Ich glaube, es hat nichts mit Überbietungswett-

bewerb zu tun, wenn die Debatte hier stattfindet, sondern das ist verantwortliche Vorbereitung auf die Situation und die Möglichkeiten, die Wirtschaft geordnet wieder hochzufahren. Ich bin froh: Wir haben am Mittwoch in unserem Parlamentskreis Mittelstand der Fraktion beschlossen, dass wir uns gerade mit Blick auf das Gastgewerbe verschiedene Maßnahmen wünschen. Eine davon ist die Senkung des Mehrwertsteuersatzes für die Gastronomie, um ihr die Chance zu geben, einen Teil des ausgefallenen Umsatzes aufzuholen. Denn wenn eine Kneipe wieder aufmacht, wird der Gast nicht sagen: Ich esse heute mal zwei Schnitzel, weil ich im letzten Monat eins verpasst habe. – Deshalb müssen wir diese Möglichkeit nutzen, und ich bin froh, dass das gestern Abend vereinbart worden ist.

Wann wir uns wieder singend und miteinander feierend auf einem Weinfest oder auf der Kirmes in den Armen liegen werden, kann ich nicht vorhersagen. Auch ich bin kein Virologe. Ich bin jemand, der das Leben wach beobachtet und mit den Menschen darüber spricht, was geschieht. Wir tun das ja von morgens bis abends; bei mir ist das jedenfalls so: Telefonkonferenzen, Videokonferenzen, Gespräche mit Banken, mit ihren Kreditsachbearbeitern, und mit Unternehmern, die

sich beklagen, dass dies oder jenes nicht funktioniert. Und in vielen Fällen können wir helfen. Das ist auch ein ermutigendes Zeichen. Es gibt da positive Rückmeldungen.

Lassen Sie uns deshalb gemeinsam daran arbeiten, dass wir diese Krise so menschenverträglich wie möglich bewältigen und den Menschen wieder Raum geben für das, was sie ausmacht: für das Miteinander, das soziale Miteinander und auch das geschäftliche Miteinander. Zum Schluss will ich sagen: Mir fehlt es auch, sonntags in die Kirche zu gehen und mit der Gemeinschaft der Gläubigen Gottesdienst feiern zu können. Ich freue mich, dass die Sachsen schon mal gezeigt haben, wie man da vielleicht vorwärtsgehen kann. Lassen Sie uns, wenn wir das überwunden haben, gemeinsam in die Kirche gehen und „Großer Gott, wir loben dich“ singen! In diesem Sinne: Wir arbeiten für die Menschen und sollten das weiter tun.

Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU – Michael Theurer (FDP): Singen kann man auch mit Abstand und im Freien sogar!)

Dies ist eine gekürzte Version der Debatte. In der Debatte sprach zudem die Abgeordnete Dr. Eva Högl (SPD).



Kurz-Arbeit

Hilfe in der Corona-Krise



Im folgenden Text geht es um die Corona-Krise.

Es geht um die Probleme, die Betriebe dadurch bekommen.

Und es geht um ein Mittel, um diesen Betrieben zu helfen. Und ihren Mitarbeitern.

Dieses Mittel nennt man: Kurz-Arbeit.

Um folgende Fragen geht es zum Beispiel im Text:

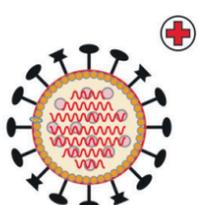
- Was ist Kurz-Arbeit?
- Wozu ist Kurz-Arbeit da?
- Warum ist Kurz-Arbeit gerade jetzt in der Corona-Krise ein wichtiges Thema?



Die Corona-Krise

Schon seit mehreren Monaten steckt Deutschland in der Corona-Krise.

Viele Dinge in unserem Alltag haben sich verändert.



Zum Beispiel:

- Veranstaltungen sind abgesagt.
- Gast-Stätten und Hotels sind geschlossen.
- Viele Geschäfte sind geschlossen.
- Man kann nur noch sehr schwer reisen und in den Urlaub fahren.



Weniger Einnahmen

Das alles ist sehr schwierig für Betriebe in Deutschland.

Denn: Sie verdienen weniger Geld.

Betriebe, die Veranstaltungen machen, können nichts verdienen, wenn es keine Veranstaltungen gibt.

Geschlossene Gast-Stätten, Hotels und Geschäfte verdienen auch nichts.

Wenn die Menschen nicht verreisen, verdienen zum Beispiel die Flug-Gesellschaften nichts.



Außerdem ist die Corona-Krise auch eine sehr unsichere Zeit für die Kunden.

Sie wissen nicht, was kommen wird.

Deswegen geben sie nicht mehr so viel Geld aus.

Sie sparen es lieber.

Auch dieses Geld fehlt dann den Betrieben.



Gefahr für Betriebe

Das bedeutet also:

Durch die Corona-Krise verdienen viele Betriebe weniger Geld.

Manche verdienen auch gar kein Geld mehr.

Für die Betriebe ist das eine große Gefahr.

Sie müssen nämlich weiter Geld ausgeben.

Sie müssen zum Beispiel Miete zahlen.

Und sie müssen ihre Mitarbeiter bezahlen.

Wenn ein Betrieb nichts verdient, aber Geld ausgibt, geht er irgendwann kaputt.

Er kann nichts mehr bezahlen. Also muss er schließen.

Das bedeutet dann auch: Die Mitarbeiter dieses Betriebs werden arbeitslos.



Eine Hilfe für Betriebe: die Kurz-Arbeit

In Deutschland gibt es verschiedene Mittel, um den Betrieben und ihren Mitarbeitern zu helfen.

Eines dieser Mittel ist die Kurz-Arbeit.



Die wurde nicht extra in der Corona-Krise erfunden, sondern es gibt sie schon lange.

Im Moment hat sie aber eine besondere Bedeutung.

Was ist Kurz-Arbeit?

Der Name „Kurz-Arbeit“ sagt es schon.

Es geht darum, dass die Mitarbeiter in einem Betrieb eine kürzere Zeit pro Woche arbeiten.

Das funktioniert so:

Einem Betrieb geht es nicht so gut.

Er ist aber nicht selbst schuld daran.

Er hat zum Beispiel weniger Aufträge, weil es auch bei anderen Betrieben gerade nicht gut läuft.

Dann kann der Betrieb unter bestimmten Bedingungen Kurz-Arbeit bei einem Amt beantragen.

Er verringert dann die Arbeits-Zeit eines Mitarbeiters.

Bisher hat der Mitarbeiter zum Beispiel 40 Stunden in der Woche gearbeitet.

Jetzt arbeitet er vielleicht nur noch 20 Stunden in der Woche.

Also nur noch halb so lang.

Der Betrieb muss ihm dann auch nur noch halb so viel Geld zahlen.

Dadurch spart der Betrieb also Geld.



Für den Mitarbeiter ist das aber schlecht.

Denn ihm fehlt jetzt die Hälfte von seinem Lohn.

Dafür gibt es dann: das Kurz-Arbeiter-Geld.





Kurz-Arbeiter-Geld funktioniert so:

Der Staat zahlt dem Mitarbeiter einen Teil von dem Lohn, den er von seinem Betrieb nicht mehr bekommt.

Und zwar bis zu 12 Monate lang.

Im Moment ist die Regel so:
Der Staat zahlt 60 Prozent.

Das bedeutet zum Beispiel:
Wenn der Mitarbeiter von seinem Betrieb 1000 Euro weniger bekommt, zahlt im der Staat 600 Euro.

Wenn man Kinder hat,
bekommt man noch etwas mehr.

Das Ziel von Kurz-Arbeit

Der Schutz von Betrieben



Kurz-Arbeit soll Betrieben helfen, die für eine kurze Zeit Probleme haben.

Allerdings nur Probleme, gegen die der Betrieb nichts machen konnte.

Zum Beispiel, weil es eine Natur-Katastrophe gab.

Oder weil gerade ganz viele Betriebe Probleme haben.

Auch gegen das Corona-Virus können die Betriebe nichts machen.

Sie sind also nicht schuld, dass es bei ihnen gerade nicht gut läuft.

Kurz-Arbeit soll dann den Betrieben helfen, diese schwierige Zeit leichter zu überstehen.

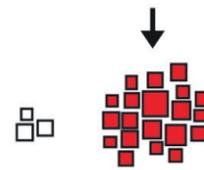
Der Schutz von Arbeit-Nehmern



Kurz-Arbeit soll vor allem auch die Arbeit-Nehmer schützen.

Sie soll dafür sorgen, dass ein Betrieb seine Mitarbeiter nicht entlassen muss.

Es sollen also möglichst wenige Menschen arbeitslos werden.



Wie viel Kurz-Arbeit gibt es im Moment?

Im Moment haben so viele Betriebe wie noch nie zuvor Kurz-Arbeit angemeldet.

In normalen Jahren melden einige tausend Betriebe Kurz-Arbeit an.

Letzte Woche waren es aber schon fast eine Million Betriebe.

Das liegt zum einen an der schwierigen Lage durch Corona.

Außerdem hat die Bundes-Regierung es leichter für Betriebe gemacht, Kurz-Arbeit anzumelden.

Das bedeutet:

Viele Millionen Arbeit-Nehmer sind davon betroffen.

Das Problem am Kurz-Arbeiter-Geld



Wenn ein Betrieb Kurz-Arbeit macht, bekommen die Mitarbeiter deutlich weniger Geld.

Das Kurz-Arbeiter-Geld kann da ein wenig helfen.

Aber: Ein Arbeit-Nehmer bekommt nur einen Teil von dem Geld, das ihm der Betrieb nicht mehr zahlt.

Er hat also noch immer weniger als normalerweise.

Für viele Menschen kann das ein Problem sein.

Vor allem für Menschen, die ohnehin schon wenig Geld verdienen.

Eine Lösung: die Aufstockung durch den Betrieb

Eine Lösung für das Problem nennt man: Aufstockung.

Das bedeutet: Ein Betrieb kann seinem Mitarbeiter noch zusätzliches Geld zum Kurz-Arbeiter-Geld geben. Für dieses Geld muss der Betrieb aber nicht alle Steuern zahlen.



Er spart also noch immer etwas Geld.



Das Gute daran: Der Arbeit-Nehmer hat dann etwas mehr Geld.

Das Schlechte daran: Meist bekommt der Arbeit-Nehmer dann noch immer nicht sein volles Gehalt.

Es fehlt ihm also noch immer Geld.

Außerdem muss der Betrieb ja dann doch wieder mehr Geld für den Lohn ausgeben.

Und genau das kann er ja vielleicht nicht.

Denn darum hat er ja überhaupt erst Kurz-Arbeit beantragt.

Eine andere Lösung: mehr Kurz-Arbeiter-Geld



Im Moment wird noch über eine andere Lösung gesprochen.

Es wird darüber geredet, inwieweit das Kurz-Arbeiter-Geld erhöht werden kann.

Zumindest für einige Monate. Bis die Corona-Krise vielleicht nicht mehr ganz so schlimm ist.

Zu dieser Idee gibt es verschiedene Meinungen.

Einige Politiker sind dafür, das Kurz-Arbeiter-Geld zu erhöhen.

Sie finden: So kann man den Arbeit-Nehmern am besten helfen.

Andere Politiker sind dagegen.

Sie fragen:

Wie soll man das bezahlen?

Denn es würde viel teurer für den Staat werden.

Auch die Politiker, die für eine Erhöhung sind, haben verschiedene Ideen.

Eine Frage ist, um wie viel man das Kurz-Arbeiter-Geld erhöhen soll.

Eine weitere Idee ist auch: Nicht für jeden soll das Kurz-Arbeiter-Geld auf die gleiche Weise steigen.

Je weniger jemand verdient, desto mehr von seinem normalen Lohn sollte er vom Staat dazubekommen.



Wie geht es jetzt weiter?

Letzte Woche hat die Bundes-Regierung über das Thema gesprochen.

Sie hat beschlossen:

Es soll eine Erhöhung vom Kurz-Arbeiter-Geld geben.

Die Neuerung gilt für Arbeit-Nehmer, die nur noch halb so lange arbeiten wie normalerweise.

Oder noch weniger.

Wenn sie mehr als 3 Monate in Kurz-Arbeit sind, gibt es eine erste Erhöhung.

Wenn sie mehr als 6 Monate in Kurz-Arbeit sind, gibt es eine zweite Erhöhung.

Außerdem sollen Menschen in Kurz-Arbeit leichter Geld dazuverdienen dürfen.

Die Regeln sollen erst einmal bis zum Ende des Jahres gelten.

Damit die neuen Regeln gelten, muss jetzt noch ein Gesetz gemacht werden.

Weitere Informationen in Leichter Sprache gibt es unter: www.bundestag.de/leichte_sprache

Impressum

Dieser Text wurde in Leichte Sprache übersetzt vom:



**Nachrichten
Werk**

www.nachrichtenwerk.de

Ratgeber Leichte Sprache: <http://tny.de/PEYPP>

Titelbild: © picture alliance / Westend61, Fotograf: Zeljko Dangubic. Piktogramme: Picto-Selector. © Sclera (www.sclera.be), © Paxtoncrafts Charitable Trust (www.straight-street.com), © Sergio Palao (www.palao.es) im Namen der Regierung von Aragon (www.arasaac.org), © Pictogenda (www.pictogenda.nl), © Pictofrance (www.pictofrance.fr), © UN OCHA (www.unocha.org), © Ich und Ko (www.ukpukvve.nl). Die Picto-Selector-Bilder unterliegen der Creative Commons Lizenz (www.creativecommons.org). Einige der Bilder haben wir verändert. Die Urheber der Bilder übernehmen keine Haftung für die Art der Nutzung.

Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“ 18-19/2020
Die nächste Ausgabe erscheint am 11. Mai 2020.